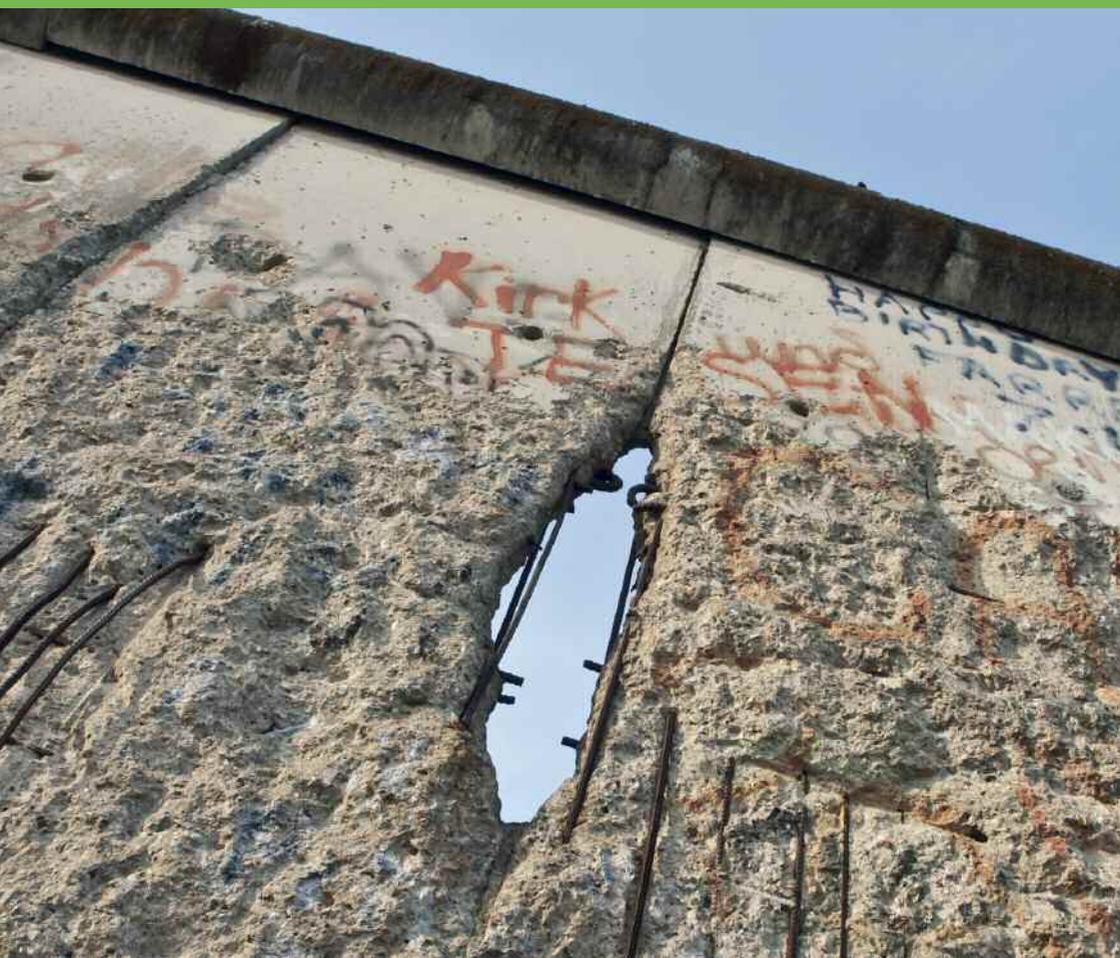


GESCHICHTE MACHT SCHLAU

DIE ENQUETEKOMMISSION AUFARBEITUNG UND IHRE FOLGEN FÜR BRANDENBURG



IMPRESSUM

Herausgeberin	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag Alter Markt 1 14467 Potsdam Tel. 0331 966 1701 Fax 0331 966 1702 info@gruene-fraktion.brandenburg.de www.gruene-fraktion-brandenburg.de www.facebook.com/GrueneLandtagBB twitter.com/gruenelandtagbb
Verantwortlich (V.i.S.d.P.)	Tobias Arbinger
Gesamtredaktion	Tobias Franke-Polz
Gestaltung	ZITRUSBLAU GmbH, Berlin
Druck	Druckhaus Dülmen Betz Vertriebs GmbH
Fotonachweise	Seiten 16, 17, 27, 33, 35, 38, 39, 52, 54, 61, 65: Landtag Brandenburg Seiten 1: © joachimplehn-Fotolia.com, 28: ©laufer-Fotolia.com, 46: ©Reimer-Pixelvario-Fotolia.com, 44: ©WoGi-Fotolia.com, 51: ©Cornelia Hoffmann-Fotolia.com, 67: ©Reimer-Pixelvario-Fotolia.com Alle Bilder ohne Angabe: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag
ISBN	978-3-9815807-5-4

Diese Publikation enthält Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag und ist nicht zum Zweck der Wahlwerbung bestimmt.

GESCHICHTE MACHT SCHLAU

DIE ENQUETEKOMMISSION AUFARBEITUNG UND IHRE FOLGEN FÜR BRANDENBURG

Der Arbeitsauftrag an die Enquetekommission	06
Rede von Axel Vogel zur Einsetzung der Enquetekommission	10
Die Enquetekommission: Daten, Zahlen und Fakten	12
Miteinander ins Gespräch kommen – ein Beitrag von Tobias Franke-Polz	20
„Die Regierung beim Wort nehmen“ – Interview mit Helmut Müller-Enbergs	24
Über den Umgang mit den Benachteiligten und Verfolgten der SED-Diktatur	26
„Sportland Brandenburg“? – Kritische Bestandsaufnahme in der Enquete	28
Rechtsfrieden auf dem Lande: Ungleichbehandlung von Neusiedlererben beenden!	31
LPG-Umwandlungen: Mangelhaft bis unwirksam	37
SPD und Linke: Mitunter verquere Sichten – ein Beitrag von Tobias Franke-Polz	39
„Deckel drauf und zu – das war einmal“ – Gastbeitrag von Axel Vogel in den Potsdamer Neuesten Nachrichten	42
Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission: Agenda für heute und morgen	44
Das große Finale: Ein Rückblick auf das Abschluss Symposium zur Enquete Aufarbeitung	72
Wenn Sie mehr wissen wollen: Tipps für das Surfen im Internet	110

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Die Enquetekommission zur Aufarbeitung der DDR Geschichte in Brandenburg hat Beachtliches geleistet. Sie hat Türen aufgestoßen, an Tabus gerüttelt, ein gesellschaftliches Forum geschaffen und eine wichtige Debatte in den Landtag geholt, um die so manch einer gerne einen großen Bogen gemacht hätte. Die Kommissionsmitglieder haben beharrlich gefragt und kontrovers darüber diskutiert, wie wir mit den Hinterlassenschaften der DDR umgehen, wie sich unser Land nach dem Zusammensturz der SED-Diktatur entwickelt hat, was dabei erreicht wurde und wo es Fehler gab – und was wir daraus für die Zukunft lernen können. Dabei konnte und durfte es nicht darum gehen, sich nur dem in Brandenburg so präsenten Thema Staatssicherheit zuzuwenden, auch wenn die Debatte um die Überprüfungen im Öffentlichen Dienst und die Stasi-Kontakte von Manfred Stolpe regelmäßig sehr kontrovers geführt wurde.

Ob PolitikerInnen, VertreterInnen aus Wissenschaft und Medien oder interessierte BürgerInnen-schaft: Bei dem Gremium mit dem schwierigen Titel „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ haben alle Neuland betreten. Nirgendwo sonst gab es auf Landesebene den Versuch, die wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung eines Landes nach dem dramatischen Umbruch von 1989 ernsthaft und wissenschaftlich fundiert einer gründlichen Revision zu unterziehen. Der Abschlussbericht der Kommission dokumentiert daher auch einen Lernprozess, selbst wenn an einigen Stellen sein Kompromisscharakter deutlich wird.

Dass es aber überhaupt zu dieser Kommission und zu einem gemeinsam verabschiedeten Abschlussbericht kommen konnte, ist ein kleines Wunder und zeigt, das Brandenburg weiter ist als manch einer unterstellte. Die Enquetekommission geht auf eine bündnisgrüne Initiative zurück. Mit Unterstützung von CDU und FDP konnte das für die Einsetzung notwendige Quorum erreicht werden – trotz aller Widerstände aus den Reihen der rot-roten Koalition. Später sprangen, wenn auch widerwillig und immer wieder mit eigenen, selbsterrichteten Barrikaden kämpfend, auch SPD und Linke mit ins Boot. Mit dem Willen zur Verständigung und mit zunehmenden Pragmatismus wurde am Ende ein breiter Grundkonsens möglich, der bei vielen Betroffenen und Experten große Anerkennung findet. Einige Reaktionen und Stimmen sind in diesem Heft wiedergegeben.

Diese Broschüre ist für unsere Fraktion genauso wenig ein Schlussstrich wie es der Abschlussbericht der Enquetekommission sein kann. Die Auseinandersetzung mit Geschichte ist so alt wie die Geschichte selbst, sie lässt sich nicht abschließen. Der Landtag Brandenburg hat den Bericht und die Handlungsempfehlungen einstimmig zur Kenntnis genommen. Das ist ein starkes Signal: Wir stellen uns unserer Geschichte und wollen aus ihr lernen.

Die Enquete hat im Frühjahr 2014 ihren Abschlussbericht vorgelegt, den Sie hier in Auszügen nachlesen können. Tatsächlich geht die Arbeit aber jetzt erst richtig los. Manche Fehler, die in den letzten 25 Jahren beim Umgang mit den Hinterlassenschaften der DDR gemacht wurden, können nicht mehr korrigiert werden. Andere schon: Die Kommission hat wertvolle Handlungsempfehlungen erarbeitet, die durch Landesregierung und Landtag nunmehr auch umzusetzen sind – von der Bildungspolitik bis zur Opferrehabilitierung, von der Landwirtschaftspolitik bis zum Verbandssport, von Gedenkkultur bis zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. In der Landtagsdebatte über die Ergebnisse der Enquete Aufarbeitung lobte Ministerpräsident Woidke die Enquetekommission und ihre Empfehlungen für die Zukunft. Wir werden ihn beim Wort nehmen!

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



**Axel Vogel, Vorsitzender der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im
Brandenburger Landtag**

DER ARBEITSAUFTRAG AN DIE ENQUETE

Laut Einsetzungsbeschluss beauftragte der Landtag Brandenburg die Enquete-Kommission 5/1,

- „den Umgang und die Aktivitäten des Landtages und der kommunalen Ebene zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Brandenburg zu erörtern; insbesondere, welche Konzepte und Vorstellungen es zur Überprüfung auf MfS-Verstrickungen, Belastungen aus Funktionärstätigkeit oder anderen Handlungen gab und wie diese umgesetzt wurden. Es ist insbesondere zu prüfen, ob diese Aktivitäten geeignet waren, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre frei gewählten Abgeordneten zu stärken. Ferner ist zu erörtern, inwieweit dadurch der Landtag durch sein Handeln als Vorbild für die Politik, die Landesverwaltung und die Kommunen wirkte. Es sind gegebenenfalls Vorschläge zu entwickeln, wie verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden kann;
- zu untersuchen, welches Geschichtsbild von der SED-Diktatur und ihren institutionellen Trägern, deren wichtigsten Etappen, von den Benachteiligten und Verfolgten, der friedlichen Revolution, der Bildung des Landes und der deutschen Einheit in den Medien, bei den Bürgern, in der Politik und in kulturellen Einrichtungen reflektiert beziehungsweise geprägt wird. Im Ergebnis ist zu prüfen, inwieweit die Politik in diesem Bereich Impulse setzen sollte, um gegenwärtigen und nachfolgenden Generationen den Charakter der SED-Diktatur in seiner ganzen Dimension zu verdeutlichen;
- zu untersuchen, wie im Land Brandenburg mit Benachteiligten und Verfolgten der SED-Diktatur umgegangen wird. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob die gegenwärtig vorhandenen Regelungen und Maßnahmen und das vorhandene Beratungsangebot ausreichend sind, erfahrenes Unrecht im Nachhinein auszugleichen, und ob die Erfahrungen der Betroffenen angemessen berücksichtigt und gewürdigt werden. Es sind Vorschläge auszuarbeiten, wie Defizite gegebenenfalls so überwunden werden können, dass sich Benachteiligte und Verfolgte der SED-Diktatur angemessen wiederfinden;
- zu untersuchen, ob die Personalpolitik der verschiedenen Verwaltungen im Land Brandenburg (etwa bei Polizei, Justiz, Kommunen) beziehungsweise der im Land Brandenburg angesiedelten Verwaltungen Dritter (Treuhand, Arbeitsämter und so weiter) dazu beigetragen hat, demokratische, transparente, rechtsstaatliche, bürgernahe und innovative Verwaltungen zu schaffen, und welche Rolle dabei die administrativ-personelle Unterstützung durch die Partnerländer gespielt hat. Insbesondere ist zu prüfen, welche Konzepte und Vorstellungen es zur Überprüfung auf MfS-Verstrickungen, Belastungen aus Funktionärstätigkeit oder anderen Handlungen gab und wie diese umgesetzt wurden beziehungsweise geeignet waren, das Vertrauen der Bürger in die Verwaltungen

zu stärken. Falls dieses Vertrauen nicht zureichend erworben wurde, sind Vorschläge zu erarbeiten, um dieses zu verbessern;

- zu untersuchen, ob in der Bildungspolitik des Landes Brandenburg durch personelle Kontinuität und Erneuerung, Fortbildungen, Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien wie auch durch die Rahmenbedingungen dazu beigetragen wurde und wird, Wissen über den Charakter der SED-Diktatur, die Bedeutung der friedlichen Revolution und die deutsche Einheit zu vermitteln und zugleich Zivilcourage, Toleranz und demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen zu fördern. Es ist zu untersuchen, ob zu diesem Zweck die außerschulischen Angebote wie Heimatmuseen, Gedenkstätten etc. geeignet sind, diese Ziele zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist auch der Wandel des Sports und dessen Vorbildwirkung zu erörtern. Ferner ist zu untersuchen, inwieweit es gelungen ist, das Individuum als Träger des freien Willens in den Mittelpunkt der Bildungsarbeit zu stellen. Es sind, soweit erforderlich, Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten;

- zivilrechtliche Fragen zu diskutieren, die sich aus dem Versuch, die Eingriffe der SED-Diktatur in die Eigentumsformen zu heilen, ergeben haben. Es ist insbesondere am Beispiel der kollektivierten Landwirtschaft zu untersuchen und zu erörtern, ob Ansprüche von Landeigentümern und landlosen Bauern bei der Vermögensauseinandersetzung und -zuordnung ausreichend berücksichtigt worden sind. Darauf aufbauend sollen die landwirtschaftlichen Strukturen nach den Kriterien Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatzsicherung, Landschaftspflege, Ökologie und Eigentumsstreuung überprüft werden. Es sind Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, wie gegebenenfalls erkannte Defizite im Rahmen der noch zur Privatisierung anstehenden Flächen behoben werden können;

- den Zustand der demokratischen Kultur im Land Brandenburg zu analysieren, insbesondere, inwieweit sich die Bevölkerung mit dem Rechtsstaat identifiziert beziehungsweise welchen Stellenwert Extremismus, politische Gleichgültigkeit und Seilschaften haben. Inwieweit ist es im Zuge der Aufarbeitung und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur gelungen, Vorurteilen oder möglichen Vorbehalten (zum Beispiel Ost -West, gegenüber polnischen Bürgern) entgegenzutreten? Es ist zu untersuchen, welche Rolle hierbei die Medienlandschaft im Land Brandenburg einnimmt und ob durch Erneuerung und Vielfältigkeit genügend Voraussetzungen für eine plurale und differenzierende Meinungsbildung gegeben sind. Erfolgt bei den politischen Organisationen und Parteien Brüche und Erneuerungen, um ein angemessenes Angebot für demokratische Beteiligung zu bieten, und welche Vorschläge haben sie hierzu entwickelt? Reichen die Integrationsangebote für Schichten und Gruppierungen, die der demokratischen Entwicklung skeptisch, abwartend oder feindlich gegenüberstehen? Es sind, soweit erforderlich, Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten.“¹

DER ARBEITSAUFTRAG AN DIE ENQUETE (FORTSETZUNG)

Auf Antrag der Fraktionen SPD und LINKE wurde der Auftrag an die Enquete-Kommission noch erweitert. Im Einzelnen wurden folgende Fragen ergänzt:

- Auf welchen Wegen ist es in Brandenburg im Verlauf des Transformationsprozesses gelungen, ein den spezifischen Voraussetzungen dieses Landes angemessenes, zukunftsfähiges und nachhaltiges ökonomisches Modell zu entwickeln?
- In welchem Maße ist es im Verlauf der Transformation gelungen, ein identitätsfähiges Gemeinwesen zu errichten, dem sich prinzipiell alle Bürgerinnen und Bürger zugehörig fühlen konnten? Wie steht es im Ergebnis der Transformation um die 'demokratische Konsolidierung der politischen Kultur' (Wolfgang Merkel) in Brandenburg?
- In welchem Spannungsverhältnis standen im Verlauf des ergebnisoffenen Prozesses der Transformation die politischen Ziele, einerseits größtmögliche politische und soziale Integration und Systemkonsolidierung zu erreichen und andererseits die Aufarbeitung der SED-Diktatur voranzutreiben? Wie wurde dieses Spannungsverhältnis aufgelöst? Wie hätte es besser aufgelöst werden können?
- Gibt es in Brandenburg gesellschaftliche Gruppen, die den Anschluss an die Dynamik des Transformationsprozesses verpasst haben? Welche konkreten Versäumnisse können benannt werden? Worauf gehen sie zurück?
- Wie haben sich die Veränderungen der Eigentumsstruktur (Arbeit der Treuhand, Unternehmensneugründungen, Privatisierung von Wäldern, landwirtschaftlichen Flächen und Seen) auf die Einkommens- und Vermögensstruktur und auf das soziologische Gefüge der Bevölkerung ausgewirkt?
- Welche langfristigen Auswirkungen – positiv wie negativ – hatte die starke Orientierung an den institutionellen, rechtlichen und organisatorischen Vorgaben des westdeutschen Modells?

-
- Die Funktionseleiten nahezu aller prägenden gesellschaftlichen Subsysteme Brandenburgs (Verwaltung, Recht, Wissenschaft, Wirtschaft – weniger Politik, Kultur, Sport) wurden zunächst in hohem Maße aus der alten Bundesrepublik rekrutiert beziehungsweise mussten von dort rekrutiert werden. Wie ist ihre Arbeit zu bewerten? Wie sehen die soziologischen Folgen dieser Konstellation aus?
 - Mit komparativem Blick auf die Transformationserfahrungen der anderen ostdeutschen Bundesländer sowie postkommunistischer Staaten in Mittel- und Osteuropa: Was ist in Brandenburg besser gelungen als anderswo? Auf welchen Gebieten lässt sich – soweit noch möglich – von anderen lernen?²

REDE VON AXEL VOGEL ZUR EINSETZUNG DER ENQUETEKOMMISSION

AM 24. MÄRZ 2010 DISKUTIERT DER LANDTAG ÜBER DIE INITIATIVE FÜR EINE ENQUETEKOMMISSION „AUFARBEITUNG DER GESCHICHTE UND BEWÄLTIGUNG VON FOLGEN DER SED- DIKTATUR UND DES ÜBERGANGS IN EINEN DEMOKRATISCHEN RECHTSSTAAT IM LAND BRANDENBURG“

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gerade einmal fünf Monate sind seit der konstituierenden Sitzung des Landtages vergangen, der Sitzung, in der sich die Landtagsfraktionen erstmals nach 15-jähriger Unterbrechung für eine Überprüfung aller Landtagsabgeordneten durch die Stasi-Unterlagen-Behörde ausgesprochen haben, einer Sitzung, in der ich die Erwartung äußerte, dass das Thema Stasi mit der Überprüfung der Landtagsabgeordneten nicht abgeschlossen sein werde, und in der ich namens meiner Fraktion GRÜNE/B90 erstmals die Einrichtung einer Enquetekommission anregte. Dieser Vorschlag veranlasste den Ministerpräsidenten Platzeck ausweislich des Plenarprotokolls zu dem Zwischenruf: „Das sind die Probleme dieses Landes.“ Gemeint war damit – getreu der bis dahin geltenden Devise –: Immer nur vorwärts, niemals zurück! Das blanke Gegenteil.

Seien wir doch ehrlich: Niemand konnte damals auch nur ansatzweise überblicken, welche Dynamik die Diskussion über frühere Stasizuträger in den Reihen der Linken, später auch der SPD und aktuell bei der FDP gewinnen sollte. Niemand konnte einschätzen, dass längst abgestreift geglaubte Begriffe aus den ersten Nachwendejahren – wie „der Brandenburger Weg“ oder „die kleine DDR“ – wieder medial präsent würden, dass der Ministerpräsident gezwungen sein würde, mit Ulrike Poppe nicht nur eine herausragende Vertreterin der Bürgerrechtsbewegung als Diktaturbeauftragte des Landes vorzuschlagen, sondern dieser zudem – entgegen der ursprünglichen Konzeption – weitgehende Unabhängigkeit in ihrem Handeln zuzubilligen.

(Görke [DIE LINKE]: Dazu brauchten wir Sie aber nicht!)

Niemand konnte voraussehen, dass das in Politik, Medien und Gesellschaft längst beiseite geschobene Thema „Aufarbeitung der Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg“ plötzlich bundesweit Furore machen sollte. Eine Dynamik entstand, in der aus den ersten Ankündigungen der Oppositionsfraktionen zur Schaffung einer Enquetekommission ein gemeinsames Projekt von CDU, FDP und GRÜNE/B90 wurde, dessen Stoßrichtung und inhaltliche Ausgestaltung sich im Laufe des Erarbeitungsprozesses weiter qualifizierte und wandelte.

So steht heute nicht mehr die vordergründige Auseinandersetzung mit einzelnen Stasizuträgern im Mittelpunkt. Es reicht uns auch nicht, uns allein mit der Übernahme ehemaliger Parteifunktionäre und Systemträger in den öffentlichen Dienst des Landes zu beschäftigen. Gemeinsam wollen wir den Übergang in den demokratischen Rechtsstaat in den Blick nehmen, um daraus Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen. Hier treffen wir uns heute mit den Regierungsfractionen, die sich nach ursprünglicher Ablehnung heute mit dem Projekt identifizieren und nunmehr in ihrem Ergänzungsantrag „die Einsetzung einer Enquetekommission, die sich mit der Aufarbeitung der Geschichte und der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur 20 Jahre nach der Neugründung des Landes Brandenburg beschäftigt“, als besonders sinnvoll erklären. Hut ab! Auch wir halten die in Ihrem Antrag skizzierte Untersuchung der strukturellen, repräsentativen und informellen Verhaltenskonsolidierung – wenn auch mit weniger geschraubt klingenden Worten – und die Untersuchung des Zustands der Bürgergesellschaft für richtig. Hier treffen wir uns.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bei der Amtseinführung von Frau Poppe zu hören war, ist das Land Brandenburg das erste Bundesland, das sich nicht nur mit seiner DDR-Geschichte, sondern auch mit der Aufarbeitung nach 1989 beschäftigen will: mit dem Übergang von der DDR in das neue Bundesland, mit den Fehlern und Versäumnissen, aber auch mit dem, was gut gelungen ist; Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit nicht für die Geschichtsbücher, sondern um Lehren daraus zu ziehen und Vorschläge zu erarbeiten, was wir künftig besser machen können, um das in den letzten Jahren geschundene Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie wiederzugewinnen. Viele von uns sind bereit, sowohl die eigenen Rollen als auch die Rolle unserer Parteien in der Aufbauphase dieses Landes nach 1989 kritisch zu hinterfragen.

Als Politiker dieses Landes müssen wir uns auch fragen, wo die im Jahr 1990 noch vorhandene Begeisterung für die Demokratie geblieben ist. Nahmen bei der ersten Volkskammerwahl noch 93 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ihr Wahlrecht wahr, pendelt bei Europa- und Landratswahlen die Wahlbeteiligung mancherorts deutlich unter der 20-Prozent-Marke.

Studien bescheinigen unseren Schülerinnen und Schülern gravierende Wissensdefizite über die DDR und die deutsche Teilung. Dabei geht es uns nicht um Faktenwissen, um Kenntnisse der Amtszeiten von Wilhelm Pieck oder Walter Ulbricht, sondern um den emotionalen Zugang zum Wissen um das Leben in einer Diktatur, um das Empfinden dafür, wie es ist, wenn die Entscheidungsmöglichkeiten im öffentlichen Leben drastisch reduziert sind, wenn der gesamte Staatsapparat – einschließlich der Schulen – ein System der Kontrolle und Gegenkontrolle perfektioniert, wenn jeder

REDE VON AXEL VOGEL ZUR EINSETZUNG DER ENQUETEKOMMISSION (FORTSETZUNG)

80. Mitbürger bei der Staatssicherheit engagiert ist, um ein Gefühl, wie es sich in einer Diktatur lebt, einen Eindruck davon zu haben, wie Angst systemstabilisierend wirken kann, und warum es sich lohnt, die Demokratie zu leben und demokratische Grundrechte zu verteidigen. Das muss Lernziel sein.

In einer Rundfunksendung hörte ich letzte Woche: „Demokratie ist die einzige Herrschaftsform, die man erlernen muss. In einer Diktatur bekommt man seinen Platz zugewiesen. Da ist nicht viel zu lernen.“ – Ich möchte hinzufügen: Man muss einen emotionalen Zugang zu Demokratie erlernen. Dafür braucht es Vorbilder, und zwar am besten in der Familie, in der Schule und im Berufsleben. Aber was ist zu tun, wenn zu wenige Vorbilder vorhanden sind, wenn in der Familie DDR-Geschichte eher verklärt als erklärt wird?

(Zuruf von der SPD)

Die Erfahrung, die an den Küchentischen weitergegeben wird - so wusste schon Freud -, ist nachhaltiger als spätere Belehrung. Lehrerinnen und Lehrer, die sich nicht offen und selbstkritisch mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen, werden in ihren Klassen keinen Erkenntnis Schub bewirken.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Woher wissen Sie das?)

Allen Antragstellern ist bewusst, dass diese Enquetekommission die Bewältigung der Folgen der DDR-Geschichte in Brandenburg nicht in vollem Umfang aufarbeiten kann, sondern sich auf einzelne Themenfelder konzentrieren und fokussieren muss.

Die im Erweiterungsantrag der Koalition geforderte umfangreiche Prüfung, ob es gelungen sei, ein den spezifischen Voraussetzungen dieses Landes angemessenes zukunftsfähiges und nachhaltiges ökonomisches Modell zu entwickeln, mag zwar den marxistischen Grundsätzen entsprechen, wonach die materielle Basis den Überbau bestimmt,

(Görke [DIE LINKE]: Wahrscheinlich liegt das an der sozialen Intention, dass Sie es nicht verstehen können!)

aber muss das in einer Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur untersucht werden? Aufarbeitung bedeutet heutzutage nicht mehr die juristische Verfolgung von Straftaten. Aufarbeitung bedeutet auch nicht – wenn es denn überhaupt möglich wäre –, das Rad der Geschichte zu-

rückzudrehen. Vielmehr bedeutet Aufarbeitung, sich damit auseinanderzusetzen, dass mit der Vereinigung nicht nur aus DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürgern Bundesbürgerinnen und Bundesbürger wurden, dass nicht nur die Menschen in all ihren privaten und sozialen Lebenszusammenhängen, sondern zugleich auch Strukturen und Mentalitäten aus der DDR in dieses neue Bundesland Brandenburg übergegangen sind. Aufarbeitung bedeutet auch, zu prüfen, welche Wirkmächtigkeiten diese Strukturen und Mentalitäten im Guten wie im Schlechten heute noch entfalten und wo gegebenenfalls gegengesteuert werden muss. Ich denke, wir stimmen alle darin überein, dass Brandenburg heute über eine rechtsstaatlich verfasste Polizei verfügt. Wir alle vertrauen darauf, dass unsere Polizistinnen und Polizisten sich nicht mehr in der Tradition der Volkspolizei sehen und dass sich die ursprünglich mehr als 1 500 ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter und mehr als 200 hauptamtlichen Mitarbeiter in ihren Reihen zu aufrechten Demokraten entwickelt haben. Dennoch müssen wir uns fragen, wie es Opfern der staatlichen DDR-Gewalt geht, wenn sie heute ihren Peinigern von einst auf der Polizeiwache begegnen und welchen Beitrag wir zum Opferschutz heute noch leisten können und müssen.

Nur: Die Betroffenen bzw. die Benachteiligten der SED-Diktatur und vor allem auch diejenigen, die nach 1989 keine Chance hatten, gibt es bislang nur summarisch-abstrakt in Sonntagsreden. Auch hier wollen wir es konkret. Diesen Menschen hat dieses Land öffentlich die Würde, öffentlich ein Gesicht zurückzugeben. Es muss sowohl Orte als auch Erinnerungen und Achtung für sie geben, und zwar in Schulbüchern, in Gedenkstätten und im gesellschaftlichen Bewusstsein. Wenn das der Brandenburger Weg der Zukunft ist, dann werden wir vorn dabei sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Jahre Schweigen des Landtages über die Folgen der SED-Diktatur im Land Brandenburg finden mit dem heutigen Tag ihr Ende. Vertuschungen und Verharmlosungen bestimmten lange Jahre das Bild. Mit der Enquetekommission wollen wir alle zusammen einen aufrechten, fairen und ehrlichen Umgang mit der SED- Diktatur, den Tätern, Opfern und Mitläufern finden.

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in der Enquetekommission ist kein Anliegen allein der Opposition mehr. Mit den heute vorliegenden Anträgen wird dokumentiert, dass dies zu unser aller Anliegen geworden ist. Ich denke, damit schreibt dieser Landtag ein Stück Zeitgeschichte. Wenn dieser Grundkonsens in der Arbeit der Kommission beibehalten wird, können wir und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes stolz sein. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

DIE ENQUETEKOMMISSION: DATEN, ZAHLEN UND FAKTEN

ZUR GESCHICHTE EINER BESONDEREN KOMMISSION: VON DEN ANFÄNGEN BIS ZUM – VORLÄUFIGEN – ENDE

21. Juni **2009**

Beschluss des Landesparteirats von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Beeskow: Resolution zum Umgang mit ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS im Öffentlichen Dienst in Brandenburg nach 1990: [...] „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden nach ihrem Einzug in den nächsten Landtag die Einberufung einer parlamentarischen Enquetekommission zum Umgang mit ehemaligen Stasi-Funktionären und IM's beantragen.“

24. März **2010**

Beschluss des Landtags zur Einsetzung einer Enquetekommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Dem Beschluss liegt ein Antrag von 31 Abgeordneten der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP zugrunde: Der Arbeitsauftrag wird mit den Stimmen von SPD und LINKE erheblich erweitert.

11. Juni **2010**

Konstituierende Sitzung der Enquetekommission 5/1

2010 – 2013

Einige Anhörungen und Gutachtenbesprechungen in der Kommission haben schon konkrete Folgen.

So kündigt die Landesregierung eine Verbesserung der Personalsituation bei der Rehabilitierungsbehörde sowie eine verbesserte Finanzausstattung der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam an. Der Landessportbund erklärt sich bereit, die Situation für DDR-Dopingopfer zu verbessern und verspricht mehr Sensibilität bei der Überprüfung von Funktionären auf einer frühere MfS-Mitarbeit. Die Untersuchungen zur Darstellung von DDR-Geschichte und Friedlicher Revolution in den Museen und Erinnerungsorten forcieren ebenso wie lokale Transformationsstudien die Diskussionen vor Ort.

25. Oktober 2012

„**Blick zurück nach vorn**“ – unter diesem Motto lädt die Landtagsfraktion zu einer Veranstaltung ein, in der die Diskussionen in der Enquete über die Rolle der Parteien in den Brandenburger Aufbruchsjahren aufgegriffen und fortgeführt wird.

6. Dezember 2012

Als Konsequenz der kritischen Diskussionen zur Transformation der Landwirtschaft in Brandenburg im Rahmen der Enquetekommission laden die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU zu einem Fachgespräch mit Experten und Betroffenen. Im Mittelpunkt stehen die gravierenden Folgen der Einziehung von Bodenreformflächen nach 1990 durch das Land Brandenburg. Im Ergebnis erarbeitet unsere Fraktion einen Gesetzentwurf, mit dem betroffene Neusiedlererben wieder in ihre Rechte gesetzt werden sollen. Der Entwurf wird mit den Stimmen der rot-roten Regierungsmehrheit abgelehnt.

**DIE ENQUETEKOMMISSION:
DATEN, ZAHLEN UND FAKTEN
(FORTSETZUNG)**

11. Februar **2014**

„Ende gut, alles gut!“ fragt unsere Fraktion kurz vor Beschluss des Abschlussberichts, der viele bündnisgrüne Impulse für Handlungsempfehlungen aufgreifen wird. Zu der Veranstaltung kommen mehr als 150 Interessierte, zum ersten Mal muss aufgrund der auch im neuen Landtag begrenzten Kapazitäten in einen zweiten Raum per Videokonferenz übertragen werden.

21. Februar **2014**

Beschluss des Abschlussberichts



14. März **2014**

Übergabe des Abschlussberichts an den Landtagspräsidenten

2. April **2014**

Vorstellung und Diskussion des Abschlussberichts im Landtagsplenum



Die Enquetekommission überreicht im März 2014 ihren Abschlussbericht an den Landtagspräsidenten.

ZAHLEN & FAKTEN

EK 5/1: Die **Fünf** steht für die fünfte Legislaturperiode nach der Neugründung des Landes Brandenburg im Jahr 1990. Die **Eins** steht für die erste Enquetekommission der Legislaturperiode, im Jahr 2011 folgte mit der EK 5/2 noch eine weitere zum Umbau der Kommunal- und Landesverwaltung.

40 Mal tagte die Kommission in ihrer **vierjährigen Tätigkeit**. Alle Sitzungen waren öffentlich, die meisten fanden im alten Landtagsgebäude auf dem Brauhausberg statt, die abschließenden Sitzungen im neuen Landtagsgebäude am Alten Markt. **Zwei Mal** wurden mit der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße und dem ehemaligen Zuchthaus und heutigen Menschenrechtszentrum Cottbus wichtige Erinnerungsorte als Tagungsort gewählt.

Im Gegensatz zu Landtagsausschüssen können nach dem Brandenburger Enquete-Gesetz auch Nicht-Abgeordnete als Kommissionsmitglieder benannt werden. Neben den **sieben Landtagsabgeordneten** gehörten dem Gremium auch **sieben ehrenamtlich tätige Wissenschaftler** an. Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur gehörte der Kommission mit beratender Stimme an.

Ganze 4 Mal wechselte die SPD-Fraktion ihre ordentlichen Mitglieder in der Enquetekommission. Nach Clara Geywitz folgten Dietmar Woidke, Rainer Speer und schließlich Thomas Günther.

Sieben Politikfelder bearbeitete die Kommission gemäß ihren Einsetzungsanträgen. Mit dem Ergänzungsantrag der Regierungsfractionen wurde der Untersuchungsgegenstand beträchtlich erweitert. Im Mittelpunkt der Arbeit standen dessen ungeachtet vor allem Fragen der Wiedergutmachung und der nachhaltigen Würdigung der Opfer des SED-Regimes (Themenfeld II), der Bildungspolitik und des Sports (Themenfeld IV), der Landwirtschaft (Themenfeld V) und der Entwicklung der Medien und der Meinungsvielfalt im Lande.

Für jedes der sieben Politikfelder wurden **bis zu vier Berichterstatter** benannt. Dabei wurde nicht nur darauf Wert gelegt, dass es sich zur gleichen Anzahl um parlamentarische und nichtparlamentarische Mitglieder handelt, sondern dass sich in den Berichterstattergruppen auch ein möglichst breites Meinungsspektrum widerspiegelt.

77 Zeitzeugen und externe Sachverständige wurden befragt.

34 Gutachter erstellten **Expertisen zu insgesamt 28 Einzelthemen**.

76 Fragen umfasste ein von der Kommission gemeinsam mit dem Meinungsforschungsinstitut FORSA entwickelter Fragenkatalog zu Fragen der Aufarbeitung im Land Brandenburg im Jahr 2011.

1 Mal im Monat, später in größeren Abständen, lud die Fraktion zu einem Arbeitskreis ein, in dem mit Bürgerinnen und Bürgern über die Arbeit und die Ziele der Enquete-Arbeit diskutiert wird.

100 Prozent Öffentlichkeit: Die Sitzungen der Enquete fanden immer öffentlich statt, so wie es unsere Fraktion zu Beginn der Legislaturperiode im Grundsatz auch für die Landtagsausschüsse durchsetzen konnte. Allerdings mussten einige Sitzungen im alten Landtagsgebäude aufgrund des großen Andrangs in weitere Räumlichkeiten übertragen werden.

Der **443 Seiten** starke Abschlussbericht der Kommission wurde nach hartem, aber meist fairen Ringen **mit einer Gegenstimme** (Dr. Jörg Kürschner) verabschiedet. Er enthält **ein ergänzendes Minderheitenvotum** von Adj.-Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs.

MITEINANDER INS GESPRÄCH KOMMEN

ZU DEN ERFOLGEN DER ENQUETE HINTER DEN KULISSEN.

EIN BEITRAG VON TOBIAS FRANKE-POLZ, REFERENT DER
ENQUETEKOMMISSION 5/1 FÜR DIE FRAKTION
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Wer miteinander spricht, schießt nicht aufeinander“, das ist eine der meistzitierten Diplomatiweisheiten in der Ukraine Krise. Das alte Credo der Brandt'schen Ostpolitik hat – trotz vieler Rückschläge – noch immer Substanz. Was das mit Brandenburg und der Enquete zu tun hat? Eine ganze Menge!

Wir wä hnen uns weit weg von den Irrungen und Wirrungen unserer teilokkupierten Nachbarn im Osten. Hier gibt es keine ethnischen Konflikte, pro-ukrainisch, prowestlich, pro-russisch, pro-sowjetisch – oder wie auch immer die komplizierten Konfliktlinien verlaufen. Doch Vergangenheit und Zukunft werden auch hier ganz unterschiedlich buchstabiert. Buchstabiert: Denn bei uns geht es glücklicherweise um Worte, nicht um Waffengewalt.



Axel Vogel, Tobias Franke-Polz (li.)

In Brandenburg geht es um Befindlichkeiten, schlimmstenfalls um Ideologien. Wie hältst Du's mit der DDR? Das ist vielerorts – mal unterschwellig, mal offen – noch immer eine der Gretchenfragen in unserem Land. Was heißt das für die Zukunft?

Unsere Gesellschaft droht immer stärker in voneinander abgeschottete Milieus zu zerfallen, die ihre eigene Geschichte, ihre eigene Weltanschauung wiederkauen. Jeder bastelt an seiner eigenen Erzählung der Wirklichkeit und sucht die Gruppen, in der diese Erzählung akzeptiert und verstärkt wird. Kognitive Dissonanz, so nennen Wissenschaftler die Abweichung von der eigenen Weltsicht, gilt es in einer immer komplexer werdenden Welt zu vermeiden. Medien und Internet bieten dafür perfekte Zufluchtsräume. Im Internet gibt es unzählige Blogs, in denen sich die Opfer der

MITEINANDER INS GESPRÄCH KOMMEN (FORTSETZUNG)

SED-Diktatur ihre Geschichte erzählen, genauso wie es Foren gibt, in denen Ewiggestrige den DDR-Repressionsapparat schönreden. Statt miteinander ins Gespräch zu kommen, erhärtet sich so ein Menschen- und Gesellschaftsbild, das nur zwei Farben zu kennen scheint: schwarz und weiß.

Natürlich ist das gerade aus der Perspektive derjenigen, denen vor und manchmal auch nach der Friedlichen Revolution Unrecht widerfuhr, nur allzu verständlich. Und in der Tat wäre es zuallererst an denen, die Verantwortung für die SED-Diktatur trugen, das Gespräch zu suchen. Doch eine Debatte, die nur Täter und Opfer kennt, verstellt den Blick auf die Mechanismen, die Menschen zu dem werden ließen, was sie wurden. Die SED-Funktionäre hatten ein feinmaschiges Netz gesponnen, in dem sich Täter, Mitläufer und Opfer einrichteten oder verfangen. Nur wenn wir lernen, darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, werden wir daraus Konsequenzen ziehen können.

Geschichte braucht Herkunft, formulierte vor einigen Jahren der damalige Ministerpräsident Matthias Platzeck. Es war – ganz in einer Linie mit Manfred Stolpe – der vereinnahmende Versuch, DDR-Sozialisation und einen vermeintlich homogenen Osten gegen „den Westen“ auszuspielen. Dieser Ansatz musste scheitern, denn die Biografien der in der DDR Geborenen sind so verschieden wie die Biografien der Zugezogenen, die unsere Städte und Dörfer längst mit prägen, bei weitem nicht mehr nur im Berliner Speckgürtel. Junge Leute reden mit, die die DDR nur noch aus der Erzählung kennen; immer mehr Menschen kommen aus anderen Ländern und Regionen und verändern unser Land. Sie alle haben ihre eigene Geschichte, ihre eigene Sicht der Dinge.

Zukunft braucht Herkunft, das ist dennoch kein falscher Satz. Wir müssen nur lernen, dass wir verschiedener Herkunft sind, dass wir unterschiedliche Erfahrungen und Biografien haben, und dass wir alle lernen können, wenn wir darüber miteinander sprechen.

Auch die Enquetekommission Aufarbeitung hat dies – bisweilen schmerzhaft – lernen müssen. Da war der frühere Vertreter der Treuhand, ein Westdeutscher, der erklärte, wie sehr ihn der Weggang von MfS-belasteten Angestellten schmerzte, da mit ihnen auch regionale Expertise verschwinde. Oder, auf der anderen Seite, die beeindruckenden Schilderungen der in der DDR inhaftierten Sibylle Schönemann oder der früheren Spitzenathletin Ines Geipel, die sich sehr kritisch mit dem DDR-Zwangsdoping auseinandersetzte. Axel Vogel hat es mehrfach beschrieben: Es war einer der lichten Momente der Kommissionsarbeit, als die damalige Linke-Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser, selbst konfrontiert mit ihrer eigenen Stasibelastung, nach den Anhörungen in der Enquete dringenden Handlungsbedarf zugunsten der DDR-Diktaturopfer konstatierte. Möglich wurde das nur durch

das Podium der Enquetekommission, in dem auch Menschen ihre Geschichte erzählen konnten, die bisher außen vor waren. Der Austausch in der Kommission hat allen Beteiligten gut getan. Er hat Horizonte eröffnet, die manchem bisher verschlossen waren. Das Zuhören jenseits ideologischer Vorbehalte und über Generationen hinweg ist für mich eine der zentralen Erfahrungen der Enquete – und es ist nicht die schlechteste.

TOBIAS FRANKE-POLZ

... erlebte und engagierte sich für die Friedliche Revolution als Jugendlicher, studierte später Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Anglistik in Jena und Canterbury (GB) und arbeitete viele Jahre für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Landes- und Bundesebene, zuletzt als Referent der Brandenburger Landtagsfraktion für die Enquetekommission Aufarbeitung

„DIE REGIERUNG BEIM WORT NEHMEN“

EIN GESPRÄCH MIT HELMUT MÜLLER-ENBERGS. DER HISTORIKER ARBEITETE ALS VON DER BÜNDNISGRÜNEN FRAKTION BENANNTES SACHVERSTÄNDIGES MITGLIED IN DER KOMMISSION.*

Worin liegt aus Ihrer Sicht der Erfolg der Enquete 5/1?

Müller-Enbergs: Es fehlte eine kritische Erörterung der regionalen Diktaturerfahrung im Land Brandenburg, insbesondere in den Parteien selbst, und teils auch in der Forschung. Dieses Defizit ließ jene im Stich, über die die Geschichte hinweg gegangen ist. Das zum Thema einer Enquete zu machen, ist Erfolg an sich. Umso überraschender, als die rot-rote Regierung mit den Handlungsempfehlungen zumindest nun im Wort ist, manche Impulse aufzunehmen.

Sie haben jedoch ein Minderheitenvotum zum Bericht abgegeben ...

Müller-Enbergs: Ich habe dem Abschlussbericht der Enquete mit gutem Gewissen beigepflichtet, ihm zugestimmt. Nur fehlt darin vieles von dem, was in der Enquete an Wissen geschürft und aus dem Abschlussbericht durch die Regierungsfractionen gegen den Willen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heraus gestimmt wurde. Wesentliche Punkte gesondert aufzuschreiben war daher geboten, was nur noch mit einem abweichenden Votum möglich war. Ergänzungsbericht wäre treffender.

Ein Abschlussbericht liegt vor, einen Schlusstrich aber dürfe es nicht geben, heißt es. Was bedeutet das konkret?

Müller-Enbergs: Ach, den Beteuerungen, keinen Schlusstrich ziehen zu wollen, weht schon im Moment ihrer Äußerung das Moderige an. Von dieser Regierung ist weiter kein Aufarbeitungswille zu erwarten. Denn manche ihrer Abgeordneten stehen noch heute nicht zu ihrer politischen Biographie, die skandalöse Frühgeschichte des Landes Brandenburg um den Regierungsbevollmächtigten für den Bezirk Potsdam ist wie zuvor ein Tabu, und die Stiftungsprofessur, die das aufdröseln könnte, wird, das ist zu erwarten, mit einem Parteisolddaten besetzt werden. Auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kommt also als einzige politische Kraft in der nächsten Legislaturperiode die Aufgabe zu, sich für die Handlungsempfehlungen der Enquete zu exponieren, die Regierung beim Wort zu nehmen. Dann wird sich zeigen, ob die einzige Filiale der Stasi-Unterlagenbehörde in Brandenburg, die in Frankfurt (Oder), bleibt, was die Enquete einstimmig empfahl, oder das Land Brandenburg Stasi-Akten-frei wird. Ein Gradmesser gegen den Schlusstrich könnte schon sein, wenn neben den beachtlichen Aktenbeständen der SED im Land Brandenburg als kleine Schwester die Unterlagen

der Eckermänner der Stasi zur Seite stehen – am besten in Potsdam. Einem Mann wie Dietmar Woidke traue ich zu, da Akzente zu setzen.



März 2014: Axel Vogel und Marie Luise von Halem bedanken sich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Helmut Müller-Enbergs für sein Engagement."

* Interview in der Fraktionszeitung brandGRÜN, Ausgabe Nr. 15

ÜBER DEN UMGANG MIT DEN BENACH- DER SED-DIKTATUR

Beim Umgang mit den Opfern politischer Verfolgung und Benachteiligung gab es in der Vergangenheit in Brandenburg ernsthafte Defizite. Diese Einschätzung kam 2011 nicht von der Landesaufarbeitungsbeauftragten, sondern von der damaligen Linke-Fraktionsvorsitzenden Kerstin Kaiser. In der Enquete waren gerade Gutachter, Experten und Zeitzeugen zum Stand der rechtlichen und gesellschaftlichen Rehabilitation gehört worden. Im Ergebnis herrschte über Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit: So wie bisher soll es nicht weitergehen.

In der Enquete wurde dabei nicht allein der Stand der Rehabilitierungsverfahren erörtert, sondern auch die Ausgestaltung der Verfahren. Hier wurde – nicht zuletzt wenn es um die Anerkennung gesundheitlicher Schäden geht – deutliche Kritik geäußert. Die Rehabilitierungsverfahren seien in Brandenburg unnötig kompliziert ausgestaltet, die Anerkennungsquoten teilweise signifikant unter denen anderer neuer Bundesländer. Hinzu komme, dass es manchem Behördenvertreter aus Sicht von Beobachtern an der nötigen Sensibilität gegenüber den Opferbiographien mangelt.

Viele Defizite sind auf die bis vor wenigen Jahren fehlende Anlaufstelle für Betroffene zurückzuführen. Erst 2010 nahm in Potsdam die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur (LAKD) mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeit auf. Die anhaltende Nachfrage nach den Beratungs- und Informationsangeboten ist deutlicher Beleg für die große Leerstelle, die in Brandenburg lange herrschte – und die ein fragwürdiges Alleinstellungsmerkmal markierte.

Das Interesse an den Opfern und Benachteiligten der Diktatur, oft auch an denjenigen, die die Friedliche Revolution von 1989 geprägt haben, war lange Zeit weder in der Brandenburger Politik noch in der Verwaltung besonders groß. Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation ehemals politisch Verfolgter? Fehlanzeige. Landesprogramme für besonders benachteiligte Opfergruppen wie in Thüringen oder Sachsen? Fehlanzeige.

Mit der Berufung von Ulrike Poppe als Landesbeauftragte und in der Folge der Enquetearbeit zeichnen sich jedoch erste Verbesserungen ab. Die Zahl der Mitarbeiter in den Rehabilitierungsbehörden wurde vergrößert; seit einiger Zeit lädt der Ministerpräsident zu einem jährlichen Empfang für Vertreter von Opferinitiativen. Das sind erste Schritte auf einem langen Weg. Der Abschlussbericht der Enquete gibt mit den darin enthaltenen Handlungsempfehlungen Orientierung für die kommenden Jahre. So empfiehlt die Kommission die Einrichtung eines Härtefallfonds für diejenigen Opfer des SED-Regimes, die bisher durch den Paragraphenschubel gefallen sind, eine verbindliche Förderung von Opferverbänden, Verbesserungen bei der Begutachtung verfolgungsbedingter

TEILIGTEN UND VERFOLGTEN

Gesundheitsschäden und einen Abbau der Hürden beim Beschreiten des Rechtswegs. Gleichzeitig gilt es, nicht allein nach neuen Wegen bei der Würdigung von Biographien zu suchen, sondern Erinnerung der Betroffenen stärker als Ressource historischer und demokratischer Bildungsarbeit zu nutzen.

ULRIKE POPPE, LANDESBEAUFTRAGTE FÜR DIE AUFARBEITUNG DER FOLGEN DER KOMMUNISTISCHEN DIKTATUR (LAKD):

„Die Kommission hat in meinen Augen an sie gestellten Anspruch grundsätzlich erfüllt.“

„Die Heftigkeit, mit der in der ersten Phase der Enquetekommission gestritten wurde, war ein Zeichen dafür, dass zu lange versäumt worden ist, Kontroversen über den Umgang mit der Vergangenheit offen auszutragen.“

(Morgenpost, 20.03.2014)



Die Enquetekommission vor Ort im ehemaligen Gefängnis und heutigen Menschenrechtszentrum Cottbus.

„SPORTLAND BRANDENBURG“? – KRITISCHE BESTANDSAUFNAHME IN



Der Sport in Brandenburg stellte – für viele unerwartet – ein Schwerpunktthema der Enquetearbeit dar. Im Mittelpunkt standen dabei die niedrige Breitensportbeteiligung, die Personalpolitik des Landessportbundes und der Umgang mit Sportlern, die Opfer des DDR-Zwangsdopings wurden. Im Abschlussbericht der Kommission heißt es dazu:

„(...) Im Bereich des Breitensports ist Ostdeutschland allerdings im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern deutlich schlechter aufgestellt. Die Sportbeteiligung liegt dort mit 28 bis 40 Prozent signifikant höher als in den ostdeutschen Ländern mit 12,7 bis 16,6 Prozent. Brandenburg bilde, so die Gutachterin Dr. Braun, gar das Schlusslicht aller Bundesländer.

(...) Ein sportpolitisches Konzept der historischen und juristischen Aufarbeitung des DDR-Sports in Brandenburg ist bislang nicht vorhanden. Der Anzuhörende Prof. Dr. Teichler gab zu bedenken, dass verbandsinterne Aufarbeitungsbemühungen in der unmittelbaren Transformationsphase angesichts der personellen Kontinuitäten in den Sportverbänden nicht zu erwarten waren.

(...) Die Anzuhörende Prof. Geipel sah die Landespolitik durch eine Doppelhypothek des deutschen Sports vor und nach 1989 belastet. Sie kritisierte zum einen, dass auch der gesamtdeutsche Sport wieder auf Effizienz und Medaillenziele. Zum anderen beklagte sie den bis heute fehlenden Men-

DER ENQUETE

talitätsbruch im Landessport und kritisierte die bis heute bestehenden Kontinuitäten von Personal mit Partei- und Stasibelastungen. Angesichts des Verleugnens, der Abwehr von Verantwortung sowie personeller Kontinuitäten fragte Prof. Geipel, wo Opfer hätten Hilfe erwarten können. Ihrer Ansicht nach habe die Brandenburger Politik ihre Sorgfaltspflicht gegenüber den Opfern des DDR-Sports, aber auch hinsichtlich der Evaluierung der Landesfachverbände seit 1990 „sträflich vernachlässigt“. Auch der Anzuhörende Prof. Dr. Teichler vermisst einen aktiven Umgang mit Opfern vonseiten des Sports und der Politik. (...)“

Die in der Enquetekommission Anfang 2013 vorgetragene Kritik von Betroffenen und WissenschaftlerInnen zeigte schnell erste Wirkungen. In einer Erklärung vom 30. April 2013 positionierte sich der Landessportbund zur Diskussion:

„(...) Der LSB begrüßt und unterstützt uneingeschränkt die Arbeit der Enquetekommission des Landes Brandenburg zur "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" zum Themenfeld Sport.

Selbstverständlich stellt sich der LSB dabei der Herausforderung zur aktiven Mitwirkung bei der Aufarbeitung der Geschichte des DDR-Sports auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg und Bewertung der historischen Leistungen des schwierigen Auf- und Umbauprozesses bei der Neugestaltung der Sportstrukturen in Brandenburg in Folge der friedlichen Revolution von 1989/1990.

Dabei ist der LSB um eine unverzügliche korrekte Aufklärung und Bewertung der gegen LSB-Mitarbeiter erhobenen Vorwürfe einer nicht angegebenen Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR bemüht und wird den berechtigten Forderungen nach allseitiger Aufklärung ohne Einschränkungen nachkommen.

Zum Vorwurf der inoffiziellen Mitarbeit Günther Staffas für das Ministerium für Staatssicherheit hat das LSB-Präsidium umgehend reagiert und Akteneinsicht bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Herrn Roland Jahn, am 25.02.2013 und nochmals am 24.04.2013 (durch LSB) sowie am 25.02.2013 (durch Herrn Staffa) beantragt. Der LSB wird unmittelbar nach Akteneinsicht und interner Bewertung eine abschließende Erklärung zu diesem Sachverhalt abgeben sowie zu adäquaten Konsequenzen Stellung beziehen.

Ein Schritt zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des Landes Brandenburg und der geführten Gespräche, insbesondere mit der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Frau Ulrike Poppe, ist die von den

„SPORTLAND BRANDENBURG“? – KRITISCHE BESTANDSAUFNAHME IN DER ENQUETE (FORTSETZUNG)

LSB-Mitarbeitern abgeforderte – und inzwischen vorliegende – Ehrenerklärung, dass sie zu keinem Zeitpunkt für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig waren.

Beim Abschluss aller künftigen Arbeitsverträge werden entsprechende Passagen Vertragsbestandteil, wie sie auch für leitende Beschäftigte öffentlicher Stellen und Personen gem. §§ 20/21 Abs. 1 Nr. 6 g StUG gelten (analog der Regeln für leitende Angestellte des DOSB, seiner Spitzenverbände und Olympiastützpunkte sowie Trainer und verantwortliche Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften).

Für den LSB gilt, dass er künftig in jedem Einzelfall eine unverzügliche Prüfung einleiten wird, wenn konkrete Tatsachen vorliegen bzw. diese den Verdacht einer Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR vermuten lassen.

Weiterhin begrüßt der LSB die Initiative des Berliner Zentrums deutsche Sportgeschichte Berlin-Brandenburg e.V. für ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Geschichte des DDR-Sports auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg und für die Bewertung der historischen Leistungen des schwierigen Auf- und Umbauprozesses im Brandenburger Sport nach 1989.

Außerdem unterstützt der LSB aus seiner historischen Verantwortung heraus und in enger Abstimmung mit den anderen ostdeutschen Landessportbünden, dem Deutschen Olympischen Sportbund und der Nationalen Dopingagentur Deutschland die konsequente Aufarbeitung des DDR-Dopings. In diesem Zusammenhang begrüßt der LSB das vorgestellte Konzept für eine Beratungsstelle dopinggeschädigter Ahtletinnen und Athleten durch Frau Prof. Ines Geipel vom Berliner Forum für selbstbestimmten Sport als Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfe Vereins e.V. und wird sich mit Nachdruck für eine Unterstützung des beim Bundesverwaltungsamt eingerichteten Entschädigungs-Fonds für im DDR-Sport Geschädigte einsetzen (Gesetz über eine finanzielle Hilfe für Dopingopfer der DDR). (...)

Der mit dieser Erklärung formulierte Anspruch, die vernachlässigte Aufarbeitung in den eigenen Reihen zu forcieren und DDR-Dopingopfern mehr Aufmerksamkeit zu widmen, war aus Sicht unserer Fraktion ein wichtiges Signal; genauso wie die Entlassung eines hochrangigen LSB-Mitarbeiters nach der nunmehr erfolgten Stasi-Überprüfung konsequent war. Aus unserer Sicht geht die Verantwortung des Landessportbundes bei der Aufarbeitung allerdings weiter: Es geht nicht nur um die Täter, sondern vor allem um die Opfer des DDR-Sportsystems. Bei der in der Enquetekommission so vehement eingeforderten Unterstützung für Dopingopfer gibt es immer noch wenig mehr als Absichtserklärungen. Landesregierung und Landessportbund stehen hier in der Pflicht.

RECHTSFRIEDEN AUF DEM LANDE: UNGLEICHBEHANDLUNG VON NEUSIEDLERERBİNNEN BEENDEN!

Zu den sehr kontrovers diskutierten Themen in der Enquetekommission gehörte die Landwirtschaftspolitik nach 1989. Im Mittelpunkt standen dabei kritische Fragen nach der ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit der gegenwärtigen Strukturen. Die Bestandsaufnahme viel verheerend aus, die Wertschöpfung im ländlichen Raum Brandenburgs liegt weit unter ihren Möglichkeiten.

Daneben sorgten zwei weitere Themenkreise für intensive Debatten: Neben den vielfach grob fehlerhaften LPG-Umwandlungen Anfang der 90er Jahre galten die Diskussionen vor allem der in Brandenburg besonders intensiven Teil-Abwicklung der Bodenreform. Unsere Fraktion vertiefte diese Debatte zusammen mit CDU und FDP in einem Fachgespräch, zu dem Ende 2012 Experten und zahlreiche Betroffene kamen. Wir sind dabei zu der Überzeugung gelangt, dass wir dem weitverbreiteten Unmut über die faktischen Enteignungen von Bodenreformland in Brandenburg begegnen müssen – und können.

Im Oktober 2013 hat unsere Fraktion dazu im Landtag einen Gesetzentwurf vorgestellt, mit dem die kritisierte Ungleichbehandlung verschiedener Gruppen der sogenannten Neusiedlererben und -erbinen von Bodenreformland beendet werden soll. Um Rechtsfrieden herzustellen, sollen alle NeusiedlerInnen bzw. ihre ErbInnen im Gegensatz zur bisherigen Praxis – unabhängig davon, ob sie zu einem rechtlich vorgegebenen Stichtag in der Landwirtschaft gearbeitet haben oder nicht – ihre früheren Bodenreformflächen zurück erhalten. Möglich geworden ist der Gesetzentwurf durch einen Staatsvertrag zwischen Brandenburg und dem Bund vom April 2013.

Faktische Enteignung: Bodenreformereigentümerinnen und -eigentümer mussten scharenweise ihr Land abtreten

Der Umgang mit Bodenreformereigentum ist der vielleicht am heftigsten kritisierte Bereich bei der Neugestaltung der Eigentumsverhältnisse in den neuen Ländern nach 1989. Nicht nur Betroffene, die ihr sicher geglaubtes Eigentum abtreten mussten, sondern auch zahlreiche Juristen halten die Abwicklung der Bodenreform für missglückt.

Brandenburg war und ist aufgrund seiner Landwirtschaftsstruktur und seiner Größe von diesen Fragen besonders stark betroffen. Das Vertrauen in den Rechtsstaat ist bei vielen früheren Eigen-

RECHTSFRIEDEN AUF DEM LANDE: UNGLEICHBEHANDLUNG VON NEUSIEDLERERBINNEN BEENDEN! (FORTSETZUNG)

tümerInnen von Bodenreformflächen stark beschädigt worden. Zahlreiche Betroffene machen sich für Korrekturen der damaligen Landwirtschaftspolitik stark, andere liegen noch immer im Rechtsstreit mit dem Land oder leiden unter den Folgen der damaligen Verfahrenspraxis.

Im Zuge der Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) nach Kriegsende (insb. 1945) hatten in der Provinz bzw. im Land Brandenburg ca. 50.000 landlose Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie „Umsiedler“ Bodenreformflächen erhalten; gegen Geld- oder Naturalienzahlung bzw. durch Aufnahme von Krediten. Die (Zwangs-)Kollektivierungspolitik, die im Jahr 1960 kulminierte, zielte später darauf ab, dass diese „Neubauern“ ihre Flächen nunmehr in die neugegründeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einbringen mussten. Die Bodenreformflächen blieben allerdings Eigentum der Einbringer, deren Verfügungsgewalt jedoch stark eingeschränkt war.

Mit dem am 06. März 1990 von der Volkskammer unter Hans Modrow verabschiedeten Gesetz über die Rechte der Eigentümer aus der Bodenreform sind sämtliche in der DDR gebräuchlichen Eigentumsbeschränkungen aufgehoben worden. Bodenreformigentum – vom Garten bis zu den üblichen, bis zu 10 Hektar großen Flächen – ist damit in Privateigentum („Volleigentum“) überführt worden. Dadurch galt der Eigentumstransformationsprozess den meisten als abgeschlossen.

Mit dem sogenannten 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz erfolgte 1992 jedoch eine jähe Kehrtwende. In der Enquetekommission Aufarbeitung herrschte unter den Fachjuristen Einigkeit: Das Gesetz in der vorliegenden Form verkannte nicht nur die DDR-Rechtslage, sondern stellte im Ergebnis ein „gigantisches Enteignungsgesetz“ dar. Es fußte auf der später durch den Bundesgerichtshof korrigierten Annahme, dass Bodenreformigentum in der DDR nicht vererbbar gewesen sei.

Die Vorschriften des Gesetzes haben den einzelnen Ländern und damit auch dem Land Brandenburg einen Anspruch gegeben, die Übereignung von Bodenreformigentum zu verlangen. Mit einer Ausnahme: Eine sogenannte „Zuteilungsfähigkeit“ – in der Praxis vielmehr das Recht der Erbinnen und Erben, ihre Liegenschaft behalten zu dürfen – war gebunden an eine zehnjährige Berufstätigkeit in Land-, Forst- oder Nahrungsgüterwirtschaft oder eine entsprechende Berufstätigkeit an einem vorgegebenen Stichtag.

Brandenburger Besonderheiten

Das Land Brandenburg hat die 1992 eröffneten Möglichkeiten zur Einziehung von Bodenreformigentum in besonders intensiver Weise genutzt. Der Bundesgerichtshof bescheinigte dem Land



Dr. Dr. Beate Grün (li.) und Rainer Stumpf (re.) erläutern die Rechtsprobleme bei der Rückgängigmachung der Bodenreform.

2007 „Sittenwidrigkeit“ bei der Einziehung von Bodenreformigentum: Die „Bodenreformaffäre“ beschäftigte das Land mehrere Jahre. Die Rüge des BGH betraf all die Fälle, in denen sich das Land als gesetzlicher Vertreter von unbekanntem Eigentümern einsetzen ließ, die Grundstücke auf sich übertrug und dabei die Interessen der Vertretenen nicht berücksichtigte. Aber auch unabhängig von dieser Praxis war Brandenburg Spitzenreiter, wenn es um die sogenannte „Auflassung“ von Bodenreformflächen ging. Nach Angaben der Bundesregierung von 2004 handelt es sich in Brandenburg um ca. 34.000 Hektar, weit mehr als in allen anderen Ländern. In Thüringen mussten nur 1.662 Hektar an den Fiskus übertragen bzw. „aufgelassen“ werden. Bis zum Jahr 2004 hatte Brandenburg die Auflassung bzw. die Herausgabe des Verkaufserlöses in ca. 1.590 Verfahren vor den Gerichten erfolgreich durchgesetzt. Das waren 39,3 Prozent (!) aller erfolgreichen Verfahren in den neuen Ländern. Das Land Brandenburg hat die Kann-Bestimmung zur Bodenreformabwicklung mithin härter und konsequenter gegen die Besitzer von Bodenreformflächen zur Anwendung gebracht als jedes andere ostdeutsche Bundesland.

Die damalige Verfahrenspraxis prägt noch heute die heimische Landwirtschaft, da sie nicht zuletzt einen möglichen Aufbruch in eine stärker bäuerlich ausgerichtete Landwirtschaft mit Neu- und Wiedereinrichtern behinderte.

Mehr noch: Bis zum heutigen Tage belasten Rechtsstreitigkeiten nicht nur Betroffene, sondern auch das Klima im ländlichen Raum. So kam es – nicht zuletzt, weil die Rechtsprechung selbst ihre Kriterien für „Zuteilungsfähigkeit“ im Laufe der Zeit änderte – immer wieder zu Abgrenzungsproblemen, zum Beispiel bei den Fragen, wann und ob jemand in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft gearbeitet hat, welche Rolle die Mitgliedschaft in einer LPG spielen soll u.a.m.

In Brandenburg entstehen in der Folge der Bodenreformaffäre zudem noch weitere „hausgemachte“ Ungerechtigkeiten. So darf beispielsweise aufgrund des BGH-Urteils von 2007 derjenige,

RECHTSFRIEDEN AUF DEM LANDE: UNGLEICHBEHANDLUNG VON NEUSIEDLERERBINNEN BEENDEN! (FORTSETZUNG)

der sich heute als bisher unbekannter Erbe oder als Erbin meldet, Bodenreformigentum behalten; diejenigen, die bis zum Stichtag 03. Oktober 2000 ihre Flächen gemeldet hatten oder ausfindig gemacht wurden, durften das hingegen nur, wenn sie nachweisen konnten, in der Land-, Forst- oder Nahrungsgüterwirtschaft gearbeitet zu haben. Nach Angaben der Landesregierung umfasst die erste Fallgruppe („anonyme Erben“) 10.208 Grundstücke; in ca. 7.550 Fällen hatte sich das Land „sittenwidrig“ ins Grundbuch eingetragen. In 6.500 Fällen wurden Auflassungsansprüche gegen bekannte Neusiedlererben durchgesetzt.

Vertrauen in den Rechtsstaat bei Vielen erschüttert

Als hochproblematisch erweist sich jedoch zuallererst die Tatsache, dass die teilweise Abwicklung der Bodenreform den Rechtsfrieden im ländlichen Raum bis zum heutigen Tag empfindlich gestört hat. Zur Erinnerung: NeusiedlerInnen mussten im Zuge der Bodenreform für ihr Land mit Geld oder Naturalien bezahlen bzw. Kredite aufnehmen. Im Gegenzug erhielten sie (vererbare) Bodenreformflächen. Alle dafür in der DDR einschlägigen Verfügungsbeschränkungen wurden im Zuge des Modrow-Gesetzes 1990 aufgehoben. Jegliche Rückführungsmöglichkeit in einen staatlichen Bodenfonds galt als ausgeschlossen. Viele EigentümerInnen haben im Vertrauen auf diese Rechtsposition nach 1990 ihr Land veräußert oder planten mit diesem Land ihre Zukunft.

Mit dem 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz von 1992 und abhängig von der Umsetzungspraxis in den Ländern standen viele dann plötzlich vor dem Nichts. Mehr noch: Im Vertrauen auf ihre Eigentümerposition wurde häufig der Rechtsweg beschritten; am Ergebnis änderte dies in der Regel nichts, bis auf die zusätzliche finanzielle Last durch entsprechende Verfahrenskosten.



Enteignete Erbinnen und Erben von Neusiedlerland auf einer von vielen Mahnwachen vor dem Landtag.

Das Bodenreformwiedergutmachungsgesetz

Im Interesse der Rechtsstaatlichkeit und des Rechtsfriedens ist aus unserer Sicht eine vollständige Rückabwicklung der Abwicklung der Bodenreform notwendig – und möglich: Im Gesetz zum Staatsvertrag über die abschließende Aufteilung des Finanzvermögens gemäß Art. 22 des Einigungsvertrages zwischen dem Bund, den neuen Ländern und dem Land Berlin, das am 05. April 2013 in Kraft trat, ist festgelegt worden, dass das dem Landesfiskus zufallende Bodenreformvermögen endgültig im Landeseigentum verbleibt. Damit ist ein jahrzehntelanger Schwebestand beendet; bisher hat das Land die Flächen lediglich verwaltet. Das Land hat nunmehr die Möglichkeit, selbst über den Umgang mit den Flächen zu entscheiden.

Unser Bodenreformwiedergutmachungsgesetz, das wir in Zusammenarbeit mit dem renommierten Potsdamer Fachanwalt Dr. Thorsten Purps vorgelegt haben, sieht die Rückführung von Bodenreformgrundstücken an die Neusiedlererben vor. Voraussetzung ist, dass diese Grundstücke im Anwendungsbereich der Bodenreformabwicklungsbestimmungen der §§ 11-16 Art. 233 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) vom Land Brandenburg in Anspruch genommen wurden. Wenn eine Rückführung nicht möglich ist, ist eine entsprechende Entschädigung zu zahlen. Eventuell entstandene Verfahrenskosten sind den nach unserem Gesetzentwurf Anspruchsberechtigten zu erstatten.

Durch die Rückgabe der Flächen muss zudem die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH (BBG) nicht länger als Geschäftsbesorger für deren Verwaltung beauftragt werden; die dadurch derzeit anfallenden Kosten entfallen.

Im November 2013 diskutierte der Landtag über den vorgelegten Gesetzentwurf. Die Debatte da-



Rechtsanwalt Dr. Thorsten Purps

RECHTSFRIEDEN AUF DEM LANDE: UNGLEICHBEHANDLUNG VON NEUSIEDLERERBINNEN BEENDEN! (FORTSETZUNG)

rüber stellte einen Tiefpunkt der parlamentarischen Debattenkultur in unserem Land dar. Auf der einen Seite behaupteten VertreterInnen der rot-roten Koalition, dass sie das Anliegen teilen würden, im nächsten Schritt wurde aber mit hoch fragwürdigen Pseudoargumenten dagegen gestimmt. Sogar die Überweisung in die Ausschüsse wurde verweigert. Die hausgemachten Probleme solle der Bund lösen, so das Credo von Rot-Rot. Und dies obwohl der Bund die enteigneten Flächen inzwischen den Ländern zur alleinigen Verfügung überlassen hat. Eine solche Form von Verantwortungsverweigerung ist völlig inakzeptabel. Angesichts der skandalträchtigen Vorgeschichte der Bodenreformabwicklung in Brandenburg wären SPD und Linke gut beraten gewesen, sich mit der Problematik und den Sorgen der Menschen wenigstens in den Ausschussanhörungen ernsthaft auseinanderzusetzen. Wir werden hier nicht locker lassen!

Die Rede von Axel Vogel zum Bodenreformwiedergutmachungsgesetz: <http://gruenlink.de/rzt>

Der bündnisgrüne Gesetzentwurf (LT-Ds. 5/8111): <http://gruenlink.de/rzu>

MANFRED GRAF VON SCHWERIN, VORSITZENDER DER AKTIONSGEMEINSCHAFT RECHT UND EIGENTUM (ARE):

„Wir würdigen ausdrücklich das Bemühen der drei Oppositionsparteien CDU, FDP und Grüne um objektive und transparente Aufarbeitung. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass von der ARE seit langem verfolgte Themen aufgegriffen worden sind und wir uns dabei an der konstruktiven Arbeit zum Thema Landwirtschaft beteiligen konnten. Den Problemen in den ländlichen Gebieten wird so in Zukunft hoffentlich mehr Aufmerksamkeit zukommen. Es ist positiv zu bewerten, dass im Verlauf der Arbeit auch bei einigen Vertretern der rot-roten Koalition, die eine ursprünglich so abweisende Position innehatten, Verständnis und Annäherung gewachsen sind. Das spricht für einen erfreulichen Lernprozess. Wir warnen allerdings davor, jetzt mit den deutlichen Empfehlungen der Kommission lässig umzugehen.“

LPG-UMWANDLUNGEN: MANGELHAFT BIS UNWIRKSAM

Die 355 LPG-Umwandlungen in Brandenburg bildeten einen Schwerpunkt der Beratungen der Enquetekommission. Nicht ohne Grund: Zahlreiche Umwandlungen in die durch Bundesrecht vorgesehenen Rechtsformen waren, so zeigte ein Gutachten des renommierten Jenaer Verfassungs- und Gesellschaftsrechtlers Prof. Dr. Walter Bayer, mit schweren Mängeln behaftet. 38 sind sogar als unwirksam zu qualifizieren. Faktisch haben die neu gegründeten Unternehmen das LPG-Vermögen übernommen, aus rechtlicher Perspektive konnte es aber nicht auf sie übergehen, sie sind sogenannte Scheinrechtsnachfolger.

Ausscheidungswilligen GenossInnen wurde nahezu flächendeckend das Inventar nur unvollständig zurückgewährt und die Bodennutzung nur unzureichend vergütet. In sehr vielen Fällen wurde das verteilungsfähige Eigenkapital der LPG zuungunsten der ausscheidungswilligen Mitglieder erheblich gekürzt. Die Abfindungsangebote entsprachen durch die falsch berechnete Eigenkapitalbasis nicht dem gesetzlich festgeschriebenen Anteilswert. Natürlich wollten die LPG-Nachfolgebetriebe Eigenkapital zurückzuhalten, so konnten sie schließlich ihre Finanz- und Liquiditätsposition stärken. Ein starker Mitgliederverlust hätte außerdem ihre Lebensfähigkeit bedroht. Vielleicht konnten so auch kurzfristig Arbeitsplätze gesichert werden. Allerdings hat diese Praxis vor allem WiedereinrichterInnen benachteiligt, denen man einen großen Teil ihrer rechtmäßig zustehenden Vermögensbeträge vorenthalten hat. Die niedrigen Abfindungsangebote wirkten als Austrittsbarrieren. Der Anteil an WiedereinrichterInnen in Brandenburg wäre aus Sicht vieler in der Kommission angehörter Expertinnen und Experten deutlich höher gewesen, wenn die Vermögensaufteilung korrekt durchgeführt worden wäre. Die Registergerichte sind wie die Landwirtschaftsbehörden bei der Umwandlung der Betriebe ihrer Kontrollfunktion nicht gerecht geworden. Es habe, so Prof. Dr. Walter Bayer, in den 90er Jahren ein „eklatantes Versagen auf allen Ebenen“ gegeben.

Pikant dabei ist, dass Hinweise auf diese schwerwiegenden Rechtsverstöße bereits seit 2002 vorlagen. Im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden schon damals ähnlich lautende Befunde veröffentlicht. Passiert war seitdem nichts. Auf Nachfragen zog sich die Brandenburger Landesregierung lange Zeit darauf zurück, dass die damalige Studie anonym erstellt wurde, mithin die Namen der betroffenen Betriebe nicht bekannt seien. Das hat sich auf Betreiben der Enquetekommission geändert. Nach Rücksprache mit der Landesdatenschutzbeauftragten wurde die Liste mit den konkreten Namen der betroffenen Betriebe, die sich schwebend in Liquidation befinden, der Landesregierung übergeben. Nach anfänglicher Weigerung, darauf in irgendeiner Form zu reagieren, wurde die entsprechende Liste im September 2013 den Registergerichten übergeben. Die betroffenen Betriebe haben dadurch die Möglichkeit der Überprüfung, ob hier „Maßnahmen veranlasst sind.“

LPG-UMWANDLUNGEN: MANGELHAFT BIS UNWIRKSAM (FORTSETZUNG)

Dass hier noch immer Handlungs- und Klärungsbedarf besteht, zeigt das große mediale und öffentliche Interesse an der Thematik. Die Enquetekommission hat in ihren Handlungsempfehlungen die Landesregierung ausdrücklich in die Pflicht genommen und ein stringentes Verfahren vorgeschlagen, um endlich Rechtssicherheit herzustellen. Die Informationsweitergabe an die Registergerichte kann und darf erst ein Anfang sein.



SPD UND LINKE: MITUNTER VERQUERE SICHTEN

BEI DER AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND „BRANDENBURGER WEG“ SCHEIDEN SICH DIE GEISTER. ANMERKUNGEN VON TOBIAS FRANKE-POLZ, REFERENT DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN FÜR DIE ENQUETE.

Dass eine Enquetekommission, die sich kritisch mit den Hinterlassenschaften der DDR befasst, auf Seiten der Linken auf wenig Gegenliebe stoßen würde, war zu erwarten. Dass sich allerdings auch einige Vertreter der SPD im Laufe der Beratungen kräftig im Ton vergreifen würden, überraschte dann doch. Umso erfreulicher, dass am Ende alle Seiten zugestanden, dass der durch die Enquete angestossene Lernprozess unserem Land gut getan hat.

Am Anfang war das abfällige Wort: Als die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahr 2009 erstmals eine Enquetekommission zur Aufarbeitung anregte, lies der damalige Ministerpräsident Matthias Platzeck wissen: „Das sind die Probleme dieses Landes“. Während sich in der Folge abzeichnete, dass eine solche Kommission trotz des Widerwillens von Rot-Rot zustande kommen würde, wurde die Stimmungslage vielfältiger, gelegentlich auch widersprüchlich. Als im Sommer 2011 renommierte Fachleute ein Gutachten präsentierten, in dem die Probleme der nachlässigen

Großes Interesse: Sitzungsraum im alten Landtag am Brauhausberg



SPD UND LINKE: MITUNTER VERQUERE SICHTEN

und später ganz unterlassenen Stasiüberprüfung der Brandenburger Landtagsabgeordneten benannt wurden, verweigerte sich die SPD jeglicher inhaltlichen Diskussion. Stattdessen sprach der ehemalige Ministerpräsident Manfred Stolpe von „Hetze“ und „Lüge“, der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Holzschuher sekundierte und ließ wissen, dass die Debatte „zu oft vom politischen Geschrei der Opposition überlagert“ sei. Das einschlägige Gutachten sei eine „politisch motivierte Abrechnung“. Unterstellungen und schlichte Schwarz-Weiß-Schemata machten die Runde: „Die Voraussetzung für die Friedliche Revolution von 1989 war das Versprechen der zweiten Chance. Die Alternative war Blutvergießen“, so Holzschuher.

Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Wer kritische Fragen stellt, wird „Nestbeschmutzer“: Im Verlauf der Enquetearbeit mussten sich viele WissenschaftlerInnen mit bisweilen ehrabschneidenden Vorwürfen auseinandersetzen, zumindest dann, wenn die seit 24 Jahren regierende Partei ihr politisches Erbe infrage gestellt sah.

Auf der anderen Seite war es der damalige Ministerpräsident Matthias Platzeck, der trotz seiner anfänglichen Ablehnung im weiteren Verlauf die Enquetekommission lobte, da es dadurch „die Gelegenheit gibt, aus gemachter Erfahrung für die Zukunft zu lernen.“ Mehr noch: „Es war ein Fehler, dass wir den Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung nach der Auseinandersetzung um Manfred Stolpes Stasi-Kontakte nicht mehr energisch fortgesetzt haben.“

Ganz anders der Präsident des Brandenburger Landtags, Gunter Fritsch. Als im Juli 2013 ein Journalist des Neuen Deutschland eine gegen die Kommission gerichtete Polemik vorlegte, setzte sich Fritsch nicht etwa mit der Schmähkritik an einem Gremium seines Hauses auseinander, sondern goutierte vielmehr die hanebüchenen Aussagen des Autors mit einem Vorwort. Mittlerweile musste sich der Autor wegen Falschaussagen mit einer einstweiligen Verfügung auseinandersetzen, das Buch ist nicht mehr erhältlich. Der parlamentarische Beratungsdienst des Landtages attestierte dem Präsidenten, dass er mit seinem Verhalten die gebotene Neutralitätspflicht verletzt hat.

Es sind Episoden wie diese, die den bisweilen verquerten Zugang zu Fragen der Aufarbeitung bei Teilen von SPD und Linken illustrieren. Aufarbeitung: Ja, so lange es nicht weh tut – oder, noch besser, wenn sich damit politisches Gelände gewinnen lässt.

Aus unserer Sicht ging es jedoch um eine andere, eine offenere Perspektive. Die Enquetekommission sollte den „Blick zurück nach vorn“ werfen, mit wissenschaftlicher Expertise den Umgang mit

den Hinterlassenschaften der DDR hinterfragen, ergebnisoffen die Entwicklung unseres Landes nach 1989 diskutieren – und daraus Empfehlungen für die Zukunft entwickeln.

Dabei war das Verhältnis von Rück- und Ausblick immer wieder umstritten. Mehrere SPD-Vertreter kritisierten die Kommission wiederholt dafür, dass sie zu viel zurück schaue, wo es doch um Einsichten für die Zukunft gehe. Es war dann schon eine Ironie der Geschichte, dass es in der abschließenden Debatte über die Handlungsempfehlungen der Kommission gerade die SPD war, die als einzige Fraktion kaum einen Impuls für Brandenburgs zukünftige Politik beisteuerte.

Dass am Ende der Abschlussbericht der Kommission – einschließlich zahlreicher Handlungsempfehlungen – von allen Fraktionen mitgetragen wurde, galt manchem als Ausweis eines vermeintlich typischen Brandenburger Weges der Konsensfindung. „Ihr habt (...) gestritten und euch wieder versöhnt und zu einem einvernehmlichen Ergebnis gefunden. Wenn das kein Brandenburger Weg ist, dann weiß ich nicht.“, meinte zur allgemeinen Überraschung Landtagspräsident Gunter Fritsch bei der Übergabe des Abschlussberichts. Dabei war gerade in eben diesem Bericht festgehalten worden, dass sich der Begriff „Brandenburger Weg“ jeder einseitigen Vereinnahmung entzieht, da er in hohem Maße ambivalent ist: „Positiv dargestellt werden einige Entscheidungen zu Beginn der 1990er Jahre, die konsensual und im konstruktiven Miteinander getroffen wurden. Kritisch betrachtet werden die Brandenburger Besonderheiten beim Umgang mit dem DDR-Unrecht sowie mit Personen, die für das Ministerium für Staatssicherheit tätig waren.“ Mit dem Brandenburger Weg ist es wie mit der „kleinen DDR“, die Manfred Stolpe zugeschrieben wird: Es sind Kampf Begriffe und Wörter zur Abgrenzung, die Schlaglichter werfen, aber wenig erhellen. Gut, dass die Enquetekommission hier mehr Licht ins Dunkel gebracht hat.

„DECKEL DRAUF UND ZU – DAS WAR EINMAL“

**GASTBEITRAG VON AXEL VOGEL IN DEN POTSDAMER NEUESTEN NACHRICHTEN
VOM 11.02.2014**

Der Juni 2011 ist unbeständig, weithin geprägt von Wolken und Gewittern. Auch die Stimmung im Potsdamer Landtag ist geladen. Die SPD wirft Gutachtern der Enquetekommission „Aufarbeitung“ „eine politisch motivierte Abrechnung“ vor. „Wüste Polemik“, kontert die Opposition. Was war passiert?

Die Gutachter stellten der Stasi-Überprüfung in Landesregierung und Parlament in den frühen 1990er-Jahren ein miserables Zeugnis aus. Damals wurde geschlampt, Maßstäbe nicht eingehalten, in den Behörden auffällig nachsichtig vorgegangen. Die Kommission „steht vor einer Zerreißprobe“, schrieben die PNN, doch seither ist ihre Stimmungskurve stetig nach oben gegangen. Die Sicht auf die Enquetekommission zur „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ hat sich seit damals gedreht. Die Anfeindungen sind passé, der Umgang der Mitglieder untereinander ist professionell. In knapp zwei Wochen legt die Kommission nun ihren Abschlussbericht vor. Schon jetzt ist klar: Trotz mancher Geburtswehe und skeptischen Kommentars hat sie Beachtliches geleistet.

Sie hat bewiesen, dass der „Blick zurück nach vorn“ kein Selbstzweck ist, sondern dass es trotz unterschiedlicher Auffassungen möglich ist, Politik auf den Prüfstand zu stellen und – wo nötig – Konsequenzen zu ziehen. Sie hat eine gesellschaftliche Debatte in den Landtag geholt, um die vor allem SPD und LINKE gerne einen Bogen machen wollten. Sie hat Menschen eine Stimme gegeben, die sich in Brandenburg zu oft nicht ernst genommen fühlten mit ihrer Biografie, ihren Sorgen und Anliegen: Frauen und Männer, denen in der DDR Unrecht widerfuhr und die sich beim Versuch der Rehabilitierung in den Fallstricken der Bürokratie wiederfanden.

Mit der von der bündnisgrünen Fraktion angestoßenen und zusammen mit der CDU und der FDP eingesetzten Kommission gab es erstmals ein öffentliches Forum für Themen, die bisher ausgeblendet wurden. Ein Forum, in dem fundiert und zunehmend unaufgeregt darüber gesprochen wurde, wie wir mit dem DDR-Erbe in Brandenburg umgehen wollen. Die breite Aufmerksamkeit zeigte, wie aktuell diese Frage noch immer ist. Oft mussten die Beratungen per Video übertragen werden, weil die Sitzplätze nicht reichten. Kein Wunder: 20 Jahre lang war die herausfordernde Diskussion, wie wir es mit unserer jüngsten Vergangenheit halten, unerwünscht. Noch 2009 ätzte Matthias Platzeck, dass sie nicht zu den Problemen des Landes zähle. Frei nach dem Motto: Geschichte und was wir aus ihr lernen: kein Redebedarf. Doch Deckel drauf und zu, das konnte auf

Dauer nicht gut gehen. Das erkannte später auch Platzeck. Bereits im Folgejahr begrüßte er die Einsetzung der Kommission, weil sie „uns die Gelegenheit gibt, aus gemachter Erfahrung für die Zukunft zu lernen“. Mehr noch: „Es war ein Fehler, dass wir den Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung nach der Auseinandersetzung um Manfred Stolpes Stasi-Kontakte nicht mehr energisch fortgesetzt haben.“ Ein Lernprozess hatte begonnen, besser spät als nie! In kleinen Schritten hat unser Land in dieser Legislaturperiode Anschluss gefunden, auch wenn die Beharrungskräfte in Teilen der LINKEN anfangs groß waren und die SPD oft ziemlich verloren wirkte. Mit der mittlerweile eingeführten Abgeordnetenüberprüfung – in anderen Ost-Ländern längst Routine – gewinnen wir Transparenz. Mit der Wahl der Aufarbeitungsbeauftragten haben wir ein schweres Defizit beseitigt – die Zahl der Bürgeranfragen an Ulrike Poppe spricht Bände. Weitere Maßnahmen und Korrekturen wurden eingeleitet, die Rehabilitierungsbehörde personell verstärkt, die Gedenkstätte Lindenstraße erhält erstmals eine verlässliche Finanzierung. Der Landessportbund erklärt, DDR-Dopingopfer besser unterstützen zu wollen.

Und was noch nicht ist, kann werden: Auf dem Tisch der Landesregierung liegen bald 24 prall gefüllte Seiten mit Handlungsempfehlungen. So soll es einen Härtefallfonds für politisch Verfolgte geben, Betroffene sollen in den Rehabilitierungs- und Anerkennungsverfahren bessergestellt und stärker in die Gedenkkultur einbezogen werden. Vernachlässigte Erinnerungsorte wie das Zuchthaus Brandenburg-Görden oder das ehemalige Militärgefängnis Schwedt sollen weiterentwickelt werden. Die demokratische Bildungsarbeit an den Schulen soll verbessert werden. Alle zwei Jahre soll es zukünftig einen „Brandenburg-Monitor“ geben, eine Umfrage zu politischen und gesellschaftlichen Einstellungen: Warum ist beispielsweise das Vertrauen in die Institutionen bei uns so niedrig? Wie können Politik und Gesellschaft gegensteuern? Die Ergebnisse sollen im Parlament diskutiert werden.

Auch an vielen anderen Stellen wird es konkret: Missglückte LPG-Umwandlungen, bei denen Bauern um ihre Genossenschaftsanteile geprellt wurden, sollen auf den Prüfstand. Vom Land enteignete „Neusiedlererben“ sollen wo möglich wieder in ihre Eigentümerrechte gesetzt werden. Und nicht zuletzt: Die Kommission empfiehlt eine nachhaltige Agrarförderpolitik, die Wertschöpfung in der Region lässt und nicht bei den Großinvestoren, die gerade reihenweise ehemalige LPG-Betriebe aufkaufen.

Ende gut, alles gut!? Nein. Noch handelt es sich um Empfehlungen. Dass die meisten von ihnen einvernehmlich beschlossen wurden, ist ein starkes Signal der Abgeordneten und Wissenschaftler in der Kommission: Es geht um die Sache und nicht um Schaufensterpolitik. Jede Landesregierung wird gut beraten sein, dieses Votum ernst zu nehmen.

DIE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER AGENDA FÜR HEUTE UND MORGEN

Das Ende des Abschlussberichtes der Enquetekommission markiert gleichzeitig den Anfang. Auf insgesamt 14 Seiten werden die Konsequenzen aufgeführt, die die Kommissionsmitglieder – bei einer Gegenstimme von Dr. Jörg Kürschner – aus den Erkenntnissen der Enquetearbeit ziehen.

Die Handlungsempfehlungen des Gremiums haben ihrem Namen nach nur anregenden Charakter. Angesichts des weitgehenden Konsenses in der Kommission und der ebenfalls fraktionsübergreifenden Zustimmung in der Landtagsaussprache zum Bericht im April 2014 ist jede Landesregierung jedoch gut beraten, die Impulse nun auch praktisch umzusetzen.

Als bündnisgrüne Fraktion haben wir die Entwicklung und Formulierung von Handlungsempfehlungen wesentlich geprägt. Auch wenn nicht alle unserer Forderungen Mehrheiten fanden, so sind doch viele unserer Punkte aufgenommen worden. Möglich wurde das mit Beharrlichkeit und durch eine Kommission, die sich immer stärker dem Sachargument öffnete und in der vermeintliche Parteigrenzen an Bedeutung verloren.



ENQUETEKOMMISSION:

ANNA KAMINSKY, GESCHÄFTSFÜHRUNG DER BUNDESSTIFTUNG AUF- ARBEITUNG:

„Die Enquetekommission hat in ihren Handlungsempfehlungen wichtige Themen benannt und Vorschläge entwickelt, etwa zur Verbesserung der Situation der Opfer der SED-Diktatur und der Gedenkstättenförderung im Land. (...) Der Bericht macht aber auch deutlich, dass 25 Jahre nach der friedlichen Revolution noch erhebliche Defizite bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur bestehen.“ (Pressemitteilung vom 12.03.2014)

ROLAND JAHN, BUNDESBEAUFTRAGTER FÜR DIE STASIUNTERLAGEN (BSTU):

... über den Vorbildcharakter der Enquete und dem damit verbundenen positiven Signal Brandenburgs, welches besonders nötig gewesen sei: „Brandenburg hat die Aufarbeitung seiner DDR-Vergangenheit nicht eine gewisse Zeit verschlafen, sondern bewusst verdrängt und unter der Decke gehalten.“ (MAZ, 01.04.2014)

PROF. MARTIN SABROW, DIREKTOR DES ZENTRUMS FÜR ZEITHISTO- RISCHE FORSCHUNG (ZZF):

„Mit der Einsetzung der Enquetekommission und deren vierjähriger Arbeit hat Brandenburg (...) Defizite und Grauzonen nicht nur in Angriff genommen, sondern in der Aufarbeitung der Aufarbeitung sogar Maßstäbe gesetzt. (...) Die Abschlussempfehlungen halten überzeugend die Balance zwischen politischer Versöhnung und historischer Erinnerung.“ (epd, 26.03.2014)

JENS GIESECKE, ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG (ZZF):

„Das Experiment ist gelungen.“ (MAZ, 01.04.2014)

DIE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DER ENQUETEKOMMISSION: AGENDA FÜR HEUTE UND MORGEN (FORTSETZUNG)

Die Kommission hat insgesamt sieben Themenfelder bearbeitet. Die Empfehlungen zum Themenbereich I (Geschichtsbild und allgemeine Aufarbeitung) sind im Laufe der Beratungen dem Themenbereich VII (Charakter, Verlauf und Ergebnisse des Transformationsprozesses in Brandenburg) zugeordnet worden.



Kein Buch mehr mit sieben Siegeln: Aufarbeitung in Brandenburg

THEMENBEREICH II: WIEDERGUTMACHUNG UND NACHHALTIGE WÜRDIGUNG DER OPFER DES SED-REGIMES

Mit der Erfahrung der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und auf Grundlage mehrerer hervorragender Enquete-Gutachten sind in der Enquete zahlreiche Vorschläge zu diesem zentralen Themenfeld entwickelt worden. Ziel war dabei, sowohl die individuell Betroffenen mit ihren Nöten und Erfahrungen ernst zu nehmen und einzubeziehen als auch das politische und gesellschaftliche Klima für die Belange der Opfer von DDR-Unrecht zu öffnen. Aus unserer Sicht können die vorliegenden Handlungsempfehlungen dazu beitragen. Die Erörterung der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Museen – und ihrer noch ungehobenen Potenziale – kam in der Enquetekommission allerdings etwas zu kurz; einige Punkte wie die Forderung nach mehr niedrigschwelligen Erinnerungsangeboten vor Ort, die Suche nach einer Lösung für die konfliktbeladene Gedenkstätte Leistikowstraße oder das lange Zeit völlig vernachlässigte DDR-Militärgefängnis Schwedt sind auf unsere Initiative noch in die Handlungsempfehlungen aufgenommen worden.

„1. Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Antragssteller im Rehabilitierungsverfahren

Um die Mitwirkungsmöglichkeiten ehemals politisch Verfolgter und Benachteiligter während der Rehabilitierungsverfahren gem. Strafrechtlichem Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), Verwaltungsrechtlichem Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und Beruflichem Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) zu erweitern, schlägt die Enquetekommission 5/1 vor, darauf hinzuwirken, dass die Antragssteller grundsätzlich vor einer ablehnenden Entscheidung die Möglichkeit einer Anhörung erhalten sowie Zeugen und Sachverständige benennen können. Die Rehabilitierungsbehörde bzw. die Gerichte sind angehalten, die Verfahrensabläufe transparenter zu gestalten und ihre Entscheidung bei Bedarf zu begründen.

2. Qualität der Begutachtung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden und deren Auswertung verbessern

Die Enquetekommission 5/1 schlägt vor, den Versorgungsärzten und den externen Gutachtern spezielle Weiterbildungen anzubieten, die mit einem Zertifikat abschließen und die folgenden Bestandteile enthalten:

- neueste Ergebnisse der Trauma-Forschung / Besonderheiten psychischer Folgeschäden bei Opfern politischer Verfolgung
- Struktur, Funktion und Wirkungsweise des Repressionssystems in der DDR

THEMENBEREICH II: WIEDERGUTMACHUNG UND NACHHALTIGE WÜRDIGUNG DER OPFER DES SED-REGIMES (FORTSETZUNG)

Das LASV soll zukünftig verpflichtet sein, möglichst nur noch Gutachter zu beauftragen, die eine solche Qualifikation nachweisen können.

3. Härtefallfonds für ehemals politisch Verfolgte, die in den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen nicht berücksichtigt worden sind

Viele Menschen, die in der SBZ und der DDR politisch verfolgt und benachteiligt wurden, leben auch heute unter schwierigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedingungen. Die Enquetekommission 5/1 regt an, ehemals politisch Verfolgten im Sinne der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (SED-UnBerG), die sich in einer besonders gravierenden Notlage befinden und sowohl über die bundesgesetzlichen Regelungen als auch die bestehenden Hilfesysteme keine Unterstützung finden können, einmalige Hilfen zu gewähren. Für diese Fälle soll ein Härtefallfonds im Land Brandenburg für die Opfer des SED-Unrechts eingerichtet werden. Ein eigens dafür bestelltes Vergabegremium soll nach seinem Ermessen über die Anträge entscheiden.

4. Rechtswege in Rehabilitierungsverfahren gerichtskostenfrei stellen

Antragsteller in einem Beschwerdeverfahren gegen Entscheidungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sind gerichtskostenfrei gestellt. Im Gegensatz dazu sehen das Verwaltungsrechtliche und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz keine Gerichtskostenfreiheit vor. Da es in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg für die Antragsteller kein Widerspruchsverfahren gibt, bleibt ihnen als Rechtsmittel nur die Klage beim Verwaltungsgericht.

Die Enquetekommission 5/1 regt eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des VwRehaG und des BerRehaG analog dem § 14 StrRehaG mit dem Ziel an, dass Klageverfahren gegen die Entscheidungen der Rehabilitierungsbehörde vor den Verwaltungsgerichten kostenfrei gestellt werden. Hierzu ist eine Änderung des § 6 Gerichtskostengesetz (GKG) anzustreben. Sie empfiehlt, dass Antragstellern, denen keine Prozesskostenhilfe gewährt wird, bis zur entsprechenden bundesgesetzlichen Änderung ein Zuschuss zu den Gerichtskosten aus dem Härtefallfonds gewährt werden kann.

Um das Defizit der qualifizierten Rechtsberatung zu beheben, sollte eine Anlaufstelle für ehemals politisch Verfolgte und Benachteiligte geschaffen werden, die von ehrenamtlich arbeitenden Rechtsanwältinnen besetzt wird.

5. Neue Wege der Anerkennung und Würdigung suchen

Die Enquetekommission 5/1 regt an, neue Formen der Anhörung und Mitwirkung von ehemals

politisch Verfolgten zu entwickeln, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Erfahrungswissen stärker als bisher in die historische Aufarbeitung und die Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur einzubringen. Dazu gehören die bereits im Jahr 2012 ausgesprochenen Einladungen des Ministerpräsidenten an Vertreter der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen zum Gespräch und Erfahrungsaustausch sowie die finanzielle Unterstützung der Verbandsstrukturen und der Aufarbeitungsprojekte der Verfolgtenverbände. Die Enquetekommission 5/1 regt darüber hinaus an, ehemals politisch Verfolgte stärker in die Gedenkkultur des Landes einzubeziehen. Dafür tragen der Landtag und die Landesregierung eine hohe Verantwortung und haben für das Land Vorbildfunktion.

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt eine stärkere Würdigung von Opposition und Widerstand in der DDR. Mit niedrigschwelligen Erinnerungsformen sollte vor Ort vermehrt an widerständiges Verhalten und an die friedliche Revolution erinnert werden. Hierfür wird eine Publikation mit „best practice“-Beispielen von kommunaler Erinnerungskultur angeregt.

6. Haushaltstitel zur Förderung der Opferverbände

Gesellschaftliche Aufmerksamkeit kann den politisch Verfolgten durch Ehrungen und durch Förderungen entgegengebracht werden. Es wird empfohlen, einen Haushaltstitel zur Förderung der Arbeit und Kommunikation der Opferverbände einzurichten.

7. Stärkere Einbeziehung der ehemals politisch Verfolgten in den Beratungs- und Entscheidungsgremien der Gedenkstätten und Dokumentationszentren zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1989

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt, dass in den Beratungsgremien der Gedenkstätten und Dokumentationszentren zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1989 Betroffene bzw. gegebenenfalls deren Angehörige personell angemessen vertreten sein sollen. Außerdem sollen bei der Berufung der Vertreter in die Beiräte die Initiativen und Verbände der ehemals Verfolgten berücksichtigt werden.

8. Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur erforschen, dokumentieren und öffentlich darstellen

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt, den Widerstand und die Opposition gegen die kommunistische Diktatur auf dem Territorium des Landes Brandenburg zukünftig besser zu erforschen, angemessen zu dokumentieren und öffentlich darzustellen. Eine Möglichkeit hierfür kann die Vergabe von Forschungsstipendien und Forschungsanschubfinanzierungen sein.

THEMENBEREICH II: WIEDERGUTMACHUNG UND NACHHALTIGE WÜRDIGUNG DER OPFER DES SED-REGIMES (FORTSETZUNG)

9. Mit Blick auf einige bedeutende Gedenkstätten und Dokumentationsstellen des Landes Brandenburg spricht die Enquetekommission 5/1 die folgenden Empfehlungen aus:

Die Überarbeitung der Dokumentationsstelle Zuchthaus Brandenburg an der Havel soll zeitnah umgesetzt werden. Am authentischen Ort soll ein Gedenk- und Dokumentationszentrum entwickelt werden, in dem an die politische Verfolgung in beiden Diktaturen getrennt und differenziert erinnert und zugleich ein Raum des Gedenkens geschaffen wird.

2010 beauftragte das MWFK ein Historikerbüro, ein Konzept zur Gestaltung einer Gedenklandschaft Jamlitz/Lieberose, in deren Rahmen an die Nutzung des Geländes als Außenlager des KZ-Sachsenhausen ebenso erinnert werden soll wie an das sowjetische Speziallager Jamlitz, zu erarbeiten. Wir fordern das MWFK auf, sich in Abstimmung mit den Akteuren vor Ort, dem Zentralrat der Juden und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten über die Umsetzung des Grundkonzepts „Straße der Erinnerung“ zu einigen.

Kleinere Gedenkstätten und Gedenkorte in kommunaler Trägerschaft (z. B. Mühlberg/Elbe, Ketschendorf) sollen vom Land gefördert werden, wenn sie von landesweiter Bedeutung sind. Die Förderung des Menschenrechtszentrums Cottbus in der ehemaligen Haftanstalt Cottbus aus den Haushaltsjahren 2013/2014 soll verstetigt werden.

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt die Prüfung von Maßnahmen zur Lösung des Dauerkonfliktes zwischen Opfervertretern/Zeitzeugen und Verantwortlichen in der Gedenkstätte Leistikowstraße. Unabhängig davon hält die Enquetekommission 5/1 eine engere Zusammenarbeit der Gedenkstätten Leistikowstraße und Lindenstraße 54 für notwendig.

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt die Entwicklung eines Konzeptes für den Erinnerungsort Militärgefängnis Schwedt. Das Land sollte sich diesem wichtigen Ausschnitt der Landesgeschichte stärker stellen, dabei auf Vorarbeiten und Akteure vor Ort zurückgreifen, das ebenfalls in Brandenburg ansässige Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) und gegebenenfalls auch das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr in Dresden bei der Entwicklung einer Konzeption einbeziehen.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Weiterentwicklung des Gedenkstättenkonzeptes auf Bundesebene wird der Landesregierung empfohlen, die mögliche Aufnahme von weiteren brandenburgischen Erinnerungsorten in die institutionelle Förderung des Bundes zu prüfen und insbesondere auch kleinere Gedenkstätten, z. B. zur DDR-Geschichte, bei Antragstellungen auf Projektförderung verstärkt zu begleiten und zu unterstützen.

Der Landesregierung wird empfohlen, Vorschläge für eine nachhaltige Sicherung der Bildungs-, Beratungs- und Dienstleistungsangebote der BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder) zu entwickeln und in die Arbeit der Expertenkommission zur Zukunft des BStU auf Bundesebene einzubringen.“



THEMENBEREICH III: PERSONALPOLITIK – ZWISCHEN KONT

Kein Thema war so umstritten wie die Personalpolitik im Öffentlichen Dienst – und die MfS-Überprüfungspraxis in den Parlamenten. Dies spiegelt sich auch in den einschlägigen Handlungsempfehlungen, deren Kompromisscharakter kaum zu übersehen ist. Die Überprüfung auf eine frühere MfS-Mitarbeit erfolgte im Öffentlichen Dienst Brandenburgs ohne erkennbare Struktur, im Landesparlament wurde nach der ersten Legislaturperiode gleich vollständig darauf verzichtet. Fachleute sprechen in diesem Zusammenhang von „Brandenburger Anarchie“. Mit heute noch spürbaren Folgen: der Anteil ehemaliger Stasizuträger im Brandenburger Landtag – nur hier wurde lange Zeit auf die Abgeordnetenüberprüfung verzichtet – sorgte lange Zeit für Schlagzeilen; Gleiches gilt für einige Bereiche des Öffentlichen Dienstes. Unser Vorschlag, die Möglichkeiten, die der Bundesgesetzgeber mit dem Stasiunterlagengesetz den Ländern zur Überprüfung von leitenden Landesbediensteten an die Hand gegeben hat, in einem einmaligen und einheitlichen Verfahren zu nutzen, fand in der Kommission keine Mehrheit.

Die vorliegenden Handlungsempfehlungen sind aus unserer Sicht dennoch ein beachtlicher Erfolg. Das gilt für die angestrebte Fortführung der von unserer Fraktion schon 2009 wieder angestoßenen Abgeordnetenüberprüfung genauso wie für die Überprüfung von Führungskräften im Öffentlichen Dienst und von Richterinnen und Richtern in besonders hervorgehobenen Positionen oder sensiblen Bereichen.

Uns war in den Beratungen jedoch auch wichtig, dass die Frage nach individueller Verantwortungsübernahme nicht auf die Staatssicherheit verkürzt wird. Das Machtgefüge in der DDR war komplexer, die SED hatte mit der „Nationalen Front“ und verschiedenen Massenorganisationen



Gutachterin Gisela Rüdiger, ehemalige Leiterin der Außenstelle der BStU Potsdam, stellte der MfS-Überprüfung in Politik und Öffentlichem Dienst kein gutes Zeugnis aus

INUITÄT UND ELITENAUSTAUSCH

ein feines Netz gesponnen. Wenn wir über Verantwortung reden, dann auch darüber. Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, wenn es um den fundamentalen Gegensatz von Diktatur und Demokratie geht, dann müssen wir den Blick aufs Ganze wagen. Diesen Anspruch haben wir in den Handlungsempfehlungen verankert. In diesem Zusammenhang sind sowohl die Empfehlungen an Parteien zur selbstkritischen Aufarbeitung zu sehen als auch der Anspruch an Kandidatinnen und Kandidaten für politische Ämter, offen mit ihrer politischen Biografie umzugehen.

„Die im Auftrag der Enquetekommission 5/1 angefertigten Gutachten sowie die Anhörungen haben verdeutlicht, dass es in Brandenburg bei der Stasi-Überprüfung von Parlament und Regierung in einzelnen Bereichen Lücken und Versäumnisse gegeben hat. Dort wo sie erkennbar sind, sollten sie aufgedeckt werden. Diese Lücken waren auch deshalb möglich, weil es in der Landesverwaltung kein einheitliches Überprüfungsverfahren gegeben hat. An der differenzierten Einzelfallprüfung sollte weiterhin festgehalten werden. Im Vergleich mit anderen ostdeutschen Bundesländern war sie durch Gerichtsfestigkeit gekennzeichnet.

1. Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt, die oft auf die hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit für die Staatssicherheit verkürzte Debatte über die politische Verantwortung in der SED-Diktatur auszuweiten. Stärker als bisher sollte das Gefüge von SED, Blockparteien und vormilitärischen Organisationen in den Blick genommen werden. Eine solche Differenzierung kann auch dazu beitragen, mehr Offenheit für das kritische Hinterfragen der eigenen Biografie entstehen zu lassen. Die Aufarbeitung sollte dabei auch dem Anliegen dienen, das Funktionieren einer Diktatur und die Machtinstrumente in einer Diktatur zu erklären, um gegen Machtmissbrauch und Willkür gewappnet zu sein. So sollten nach Auffassung der Enquetekommission 5/1 die Erkenntnisse über das Wirken der Staatssicherheit dafür genutzt werden, die Demokratie zu festigen und für sie zu werben. Die Skandalisierung einzelner Fälle trägt diesem Wunsch nach Aufklärung nur begrenzt Rechnung.

2. Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt den im Land Brandenburg aktiven Parteien, sich um eine kritische Aufarbeitung ihrer Parteigeschichte zu bemühen. Dazu sollten sie in ihren Internetauftritten, mit Publikationen und auf jede andere geeignete Weise die eigene Geschichte – auch während der DDR-Zeit – detailliert und faktentreu dokumentieren.

3. Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt künftigen Mitgliedern des Landtages, Inhabern und Inhaberinnen anderer politischer Spitzenämter und Kandidatinnen und Kandidaten für politische Wahlämter bzw. -funktionen, ihre politische Biografie vollumfänglich öffentlich darzustellen.

THEMENBEREICH III: PERSONALPOLITIK – ZWISCHEN KONTINUITÄT UND ELITENAUSTAUSCH (FORTSETZUNG)

Das schließt Angaben zum gesellschaftlichen und politischen Engagement in der DDR sowie über eine Tätigkeit für das MfS ein.

4. Die Enquetekommission 5/1 befürwortet die weitere Überprüfung der Mitglieder des Landtages auf Kooperation mit dem MfS entsprechend dem im Abgeordnetengesetz verankerten aktuellen Verfahren.

5. Die Enquetekommission 5/1 ist der Auffassung, dass eine erneute flächendeckende Überprüfung sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution – nicht verhältnismäßig wäre. Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt deshalb, nur in ausgewählten Bereichen des öffentlichen Dienstes im Rahmen von Einzelfallprüfungen eine letztmalige Überprüfung auf Tätigkeit für das MfS nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) durchzuführen. Diese Überprüfung soll sich auf die amtierenden Abteilungsleiterinnen und -leiter in Staatskanzlei und Landesministerien, die Leiterinnen und Leiter der Landesoberbehörden (§ 10 LOG), unteren Landesbehörden (§ 11 Abs. 1 und 3 LOG), Landeseinrichtungen (§ 13 LOG) und Landesbetriebe (§ 14 LOG) und, soweit vorhanden, dort beschäftigte Abteilungsleiterinnen und -leiter beschränken, sofern sie bisher noch nicht überprüft worden sind. Vor erstmaligen Beförderungen in solche Funktionen sollten zukünftig Überprüfungen veranlasst werden. Diese Überprüfungen betreffen auch Vorsitzende Richter von Landes- und Oberlandesgerichten, Richter im Bereich der Rehabilitierung von politisch Verfolgten und Benachteiligten sowie die Oberstaatsanwälte.

6. Die Enquetekommission 5/1 regt gegenüber der Rechtsanwaltskammer an, dass Maßnahmen zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der ihrer Mitglieder ergriffen werden."



August 2011: Anhörung von Vertretern der brandenburgischen Parteien in den 1990er Jahren

THEMENBEREICH IV: BILDUNGSPOLITIK – LEHRER, LERNENDE UND LEHREN SOWIE SPORT

In den letzten Jahren sind immer wieder Forschungsergebnisse diskutiert worden, nach denen gerade Brandenburger Schülerinnen und Schüler nur sehr wenig über die DDR wissen. Die Enquetekommission hat sich auf die Suche nach Ursachen begeben. Dabei wurde schnell klar, dass die Gründe vielfältig sind. Neben oft von fachfremden Lehrerinnen und Lehrern erteiltem Unterricht steht die Scheu eines Teils der Lehrerschaft, sich einem für viele noch schwelendem Teil der eigenen Biografie und der Zeitgeschichte offen und im Gespräch zu stellen. Es fehlt zudem oft an der Einbindung von ZeitzeugInnen oder am Besuch von außerschulischen Lernorten, in denen Interesse an der Thematik geweckt werden kann. Nicht selten stehen auch die Lehrinhalte und das Gespräch im Elternhaus unvermittelt nebeneinander. In den Handlungsempfehlungen werden einige dieser Probleme benannt und Möglichkeiten dargelegt, um Defizite zu beheben.

Bildungspolitik fängt jedoch genauso wenig mit Schule an, wie sie damit endet. Die Enquetekommission befasste sich daher auch mit der PädagogInnenausbildung, Angeboten der politischen Bildung für Erwachsene und den regionalen Museen im Land. Die aus den Gutachten gezogenen Erkenntnisse waren dabei ambivalent, bisweilen auch widersprüchlich.

Im Ergebnis wird nicht nur ein Stipendienprogramm (siehe Themenbereich II) vorgeschlagen, sondern auch die Einrichtung einer Professur zum Thema angeregt, auch wenn die genaue Ausgestaltung des Lehrstuhls bis zum Schluss strittig blieb. Gleichsam empfiehlt die Enquetekommission eine Überprüfung bzw. Überarbeitung des Brandenburger Gedenkstättenkonzeptes „Geschichte vor Ort“, in dem die Leitlinien für die brandenburgische Erinnerungskultur festgeschrieben sind. Nicht durchsetzen konnte unsere Fraktion die Empfehlung, auch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung einer Evaluation zu unterziehen. Auch bleibt die Frage unbeantwortet, warum es in Brandenburg so bemerkenswert wenige Veröffentlichungen zur regionalen DDR-Geschichte und zur Friedlichen Revolution vor Ort gibt.

Im Themenbereich IV ist darüber hinaus die Entwicklung des Brandenburger Sports diskutiert worden. Hier hat unsere Fraktion einige Punkte benennen können, die auch in die Handlungsempfehlungen eingeflossen sind. Dazu gehören Fragen der Dopingopferhilfe genauso wie die Forderung nach einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der brandenburgischen

THEMENBEREICH IV: BILDUNGSPOLITIK – LEHRER, LERNENDE UND LEHREN SOWIE SPORT (FORTSETZUNG)

Sportorganisationen. Nicht durchsetzen konnten wir uns mit der Forderung einer Anpassung der Landesförderprogramme mit dem Ziel, die bundesweit niedrigste Beteiligung an Vereinssportangeboten deutlich zu erhöhen – wobei aus unserer Sicht besonderes Augenmerk auf eine verbesserte Förderung allgemeiner und gesundheitsorientierter Vereinssportangebote gelegt werden sollte. Die in der Kommission thematisierte einseitige Medaillenfokussierung in brandenburgischen Sportverbänden sehen wir sehr kritisch.

„1. Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im Unterricht

Vor dem Hintergrund des Beutelsbacher Konsenses und der demokratischen Werteerziehung in der Schule sollen sich insbesondere Geschichts- und Politiklehrer im Unterricht auch mit konkurrierenden Deutungsangeboten auseinandersetzen und kontroverse Diskussionen anregen. Nur so können die Schülerinnen und Schüler lernen, zwischen dem persönlichen Erlebnishorizont von Individuen und geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen zu differenzieren.

Bei der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte sollten u. a. folgende Inhalte im Unterricht berücksichtigt werden:

- Diktaturcharakter der DDR im Vergleich mit einem demokratischen Rechtsstaat
- Einfluss und Wirken der SED, der Blockparteien und von Opposition und Widerstand
- Rolle, Funktion und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit
- Ursachen und Verlauf der friedlichen Revolution im Herbst 1989
- Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten von 1949 bis 1990 im Kontext des Ost-West-Konfliktes

Insbesondere exemplarische Zugänge (z. B. Biografien) sind sehr gut für die kritisch-reflektierte Auseinandersetzung mit diesen Inhalten geeignet. Im biografischen Bereich ist die Grauzone zwischen Anpassung und Widerstand, Tätern und Opfern konkret nachvollziehbar.

Der Präsident des Brandenburger Landtages sollte in regelmäßigem Abstand einen Geschichtswettbewerb für Schülerinnen und Schüler ausschreiben, der sich thematisch mit der demokratischen Entwicklung des Landes Brandenburg auseinandersetzt.

2. Stärkung der Unterrichtsqualität in den Fächern Geschichte und Politische Bildung

Um die Qualität des Geschichts- und Politikunterrichts im Land Brandenburg zu verbessern, sollte die Landesregierung prüfen, wie die schulorganisatorischen Rahmenbedingungen und die Qualität der Lehrerweiterbildung verbessert werden können. Dazu gehört auch die Möglichkeit, an Weiterbildungsveranstaltungen im Rahmen der Dienstzeit teilnehmen zu können. Darüber hinaus wird eine

verstärkte Einbeziehung externer Fachkräfte und von Zeitzeugen in die Lehrerweiterbildung zu zeitgeschichtlichen Themen empfohlen.

Der immer noch häufig vorhandene fachfremde Unterricht im Fach Politische Bildung sollte die Ausnahme bleiben. Die Grundlage dafür bildet eine bedarfsgerechte Personalpolitik.

Die Enquetekommission 5/1 plädiert dafür, den Lehrkräften bei der Umsetzung der Rahmenlehrpläne in den Fächern Politische Bildung und Geschichte verstärkt Hilfestellung und Anregungen in Bezug auf die DDR-Geschichte, die friedliche Revolution und den Transformationsprozess zu geben. Eine stärker problemorientierte, projektbezogene und fächerübergreifende Ausrichtung der gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächer könnte die reflektierte Auseinandersetzung mit diesen Inhalten zusätzlich fördern. Die Schulen sind bei Bedarf bei der Anwendung der Rahmenlehrpläne zu unterstützen, u. a. bei der Erarbeitung schulinterner Curricula für die Fächer Geschichte und Politische Bildung.

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass allen Schülerinnen und Schülern während ihres Schulbesuchs Grundkenntnisse zur DDR-Geschichte im Kontext der deutschen und europäischen Geschichte nach 1945 vermittelt werden. Damit dies von den Lehrkräften auch umgesetzt werden kann, ist der durchgehende Fachunterricht durch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer von der 5. bis zur 10. Klassenstufe sicherzustellen.

Das Bildungsministerium und das LISUM sollten in diesem Zusammenhang prüfen, wie das zeitgeschichtliche Lernen bei der zukünftigen Erarbeitung neuer Rahmenlehrpläne für die Grundschule (5. und 6. Klassenstufe) und für die Sekundarstufe I (7. - 10. Klassenstufe) gestärkt werden kann. Aufgrund des traditionell chronologischen Aufbaus der Curricula im Fach Geschichte von der 5. bis zur 10. Klassenstufe werden die Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit zeitgeschichtlichen Inhalten in den unteren Klassenstufen bislang stark begrenzt.

Die Zeitzeugenarbeit an den Schulen sollte weiter ausgebaut werden. Durch den Aufbau einer Datenbank mit Zeitzeugeninterviews und den Ausbau der Zeitzeugenvermittlung durch die Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrer soll es Lehrkräften erleichtert werden, Zeitzeugen in den Unterricht einzubeziehen.

3. Gedenkstätten bzw. außerschulische Lernorte

Die Enquetekommission 5/1 fordert das MBS auf, ein schulübergreifendes Angebot für den Besuch außerschulischer Lernorte zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sollten die finanziellen

THEMENBEREICH IV: BILDUNGSPOLITIK – LEHRER, LERNENDE UND LEHREN SOWIE SPORT (FORTSETZUNG)

und organisatorischen Rahmenbedingungen für Besuche von Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten durch Schülerinnen und Schüler verbessert werden. Die Möglichkeit der Abordnung zusätzlicher Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrer ist ebenfalls zu prüfen.

4. Universitäten und Hochschulen

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt eine bessere Vernetzung der schon bestehenden Forschungs- und Lehrangebote zur DDR-Geschichte an den Universitäten und Hochschulen des Landes und eine stärkere inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Opposition und Widerstand in der DDR. Der fächerübergreifenden Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Politikwissenschaft und Zeitgeschichte, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Darüber hinaus fordert die Enquetekommission 5/1 die Universitäten und Hochschulen des Landes auf, sich auch in Zukunft kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Dazu gehört auch das Thema „Personelle Erneuerung nach 1990“. In diesem Zusammenhang empfiehlt die Enquetekommission 5/1 auch eine verstärkte Auseinandersetzung des Landes sowie der Stadt und Universität Potsdam mit der Geschichte des Hochschulstandortes Potsdam. Das betrifft die Pädagogische Hochschule „Karl Liebknecht“, die Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit in Potsdam-Golm und die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, denen ein besonderer Stellenwert bei der Kaderausbildung in der SED-Diktatur zukam.

Die Enquetekommission 5/1 spricht sich für weitere Forschungen auf dem Gebiet der Vergangenheitsaufarbeitung sowie der Aufarbeitung der kommunistischen Herrschaft in Deutschland und Ost(mittel)europa aus. Daher empfiehlt sie die Einrichtung einer Stiftungsprofessur im Bereich der Diktaturforschung.

5. Museen und Erinnerungskultur

Damit die Museen im Land Brandenburg ihrer wichtigen Rolle in der historisch-politischen Bildungsarbeit auch in Zukunft gerecht werden können, sollten folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Die Zusammenarbeit zwischen den Museen und den Schulen im Land Brandenburg sollte verbessert werden. Wünschenswert wäre zudem eine verbesserte Kooperation der Universitäten, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen des Landes, z. B. durch die sachkundige Begleitung von Museumsevaluationen. Ausgebaut werden sollte nach Möglichkeit auch der Einsatz von interaktiven Installationen und anderen modernen Formen der Museumspädagogik. Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt den Museen im Land Brandenburg zudem eine stärkere Nutzung von Wanderausstellungen. Auf lange Sicht sollten die Museen neben der DDR-Geschichte auch den Transformationsprozess nach 1989/90 in ihren Ausstellungen und Veranstaltungen thematisieren.

Darüber hinaus sollte die Zeitzeugenarbeit intensiviert werden. Kommunale Einrichtungen, Stiftungen, Verbände, Parteien und Kirchen könnten hierbei unterstützend tätig werden. Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt, die oft kleineren Heimatmuseen bei der Darstellung der Geschichte der DDR und der friedlichen Revolution stärker zu unterstützen. Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt eine deutlich verstärkte museale Aufarbeitung der Bodenreform von 1945 und der Kollektivierungsschübe von 1952/53 und 1960 sowie der Arbeit in den LPG, wie sie ausführlich schon im Erinnerungskulturkonzept „Geschichte vor Ort“ 2009 angemahnt wurde. Dabei kann an geeignete Ausstellungsorte (Wandlitz, Luckau, etc.) angeknüpft werden.

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt, 2014 eine Zwischenbilanz des Umsetzungsstandes des Konzeptes der Landesregierung zur Erinnerungskultur im Land Brandenburg für die Zeit von 1933 bis 1990 vorzulegen. Sie empfiehlt außerdem, gegebenenfalls im Jahr 2015 eine Fortschreibung des Konzeptes vorzulegen, in der die neueren Entwicklungen (Etablierung LAKD, Veränderungen bei Museen und Gedenkstätten, Enquetekommissionsarbeit und -ergebnisse etc.) eingearbeitet sind.

6. Außerschulische Angebote der politischen Bildung

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und weiteren Trägern der politischen Bildungsarbeit im Land Brandenburg, bei zukünftigen inhaltlichen Schwerpunktbildungen die Entwicklung Brandenburgs in der Transformationsphase seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt zu berücksichtigen.

Die Landeszentrale für politische Bildung wird ausdrücklich ermutigt, im Bereich der politischen Bildung die Sozialisations- und Transformationserfahrungen der zwischen 1975 und 1985 Geborenen weiter ausführlich zu thematisieren.

Des Weiteren empfiehlt die Enquetekommission 5/1 die verstärkte Förderung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit lokaler und regionaler Geschichte, wie z. B. das vom Land sehr erfolgreich durchgeführte Programm „Zeitensprünge“.

7. Rolle des Sports

Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Bereich des Sports sollte deutlich verstärkt werden. Das durch die Arbeit der Enquetekommission 5/1 angeregte Forschungsprojekt zur Aufarbeitung des DDR-Sports und des Transformationsprozesses in den Sportorganisationen des Landes Brandenburg ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

THEMENBEREICH IV: BILDUNGSPOLITIK – LEHRER, LERNENDE UND LEHREN SOWIE SPORT (FORTSETZUNG)

Die Sportvereine im Land Brandenburg sollten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten kritisch mit der eigenen Vergangenheit (insbesondere im Hinblick auf das Personal, die Strukturen und Inhalte) auseinandersetzen. Bei der weiteren Ausgestaltung des Forschungsprojektes könnte das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam eine federführende Rolle einnehmen. Im Rahmen der politischen Bildungsarbeit sollten die Funktionsmechanismen des DDR-Sports – allen voran das Doping-System – stärker deutlich gemacht werden.

Politik, Sport und Gesellschaft sind aufgefordert, zu einem aktiven Umgang mit den DDR-Doping-Opfern zu finden. Deren Interessen sollten stärker berücksichtigt werden. Der Landessportbund sollte Opfern des DDR-Doping-Systems konkrete Hilfsangebote unterbreiten und Beratungstätigkeiten finanziell unterstützen. Wünschenswert wäre zudem eine gesamtgesellschaftliche Debatte über den Stellenwert des Sports in einer demokratischen Gesellschaft, im Spannungsfeld zwischen dem Leistungsgedanken und der Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler.

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt eine ernsthafte Debatte über das DDR-Zwangsdoping und dessen Folgen für die Betroffenen bis zum heutigen Tag. Der Landessportbund wird aufgefordert, konkrete Initiativen für Dopingopfer zu entwickeln und dabei auch eine geeignete Interessenvertretung der Dopingopfer weitgehend zu unterstützen und die zugesagten Mittel auszureichen.“



**Mitglieder der Enquetekommission bei einer Pressekonferenz
zum Abschluss der Enquete im März 2014.**

THEMENBEREICH V: UMGANG MIT EIGENTUM IM TRANSFORMATIONSPROZESS IN BRANDENBURG, INSBESONDERE IN DER LANDWIRTSCHAFT



Deutliche Zweifel an der Nachhaltigkeit der Brandenburger Landwirtschaft: Gutachter Prof. Dr. Helmut Klüter

Wenn es um die Landwirtschaftspolitik in Brandenburg geht, dann scheiden sich die Geister. Die Probleme werden nahezu fraktions- und parteiübergreifend anerkannt: Mangelnde Wertschöpfung im ländlichen Raum, Landflucht, der massive Einkauf auswärtiger und außerlandwirtschaftlicher Investoren und eine auf kurzfristige Renditeinteressen getrimmte Landnutzung. Schwieriger wird es bei der Ursachensuche: neben einer verfehlten Subventionspolitik bilden aus Sicht unserer Fraktion die aus der DDR übernommenen großbetrieblichen und großflächigen Strukturen und der rechtlich fragwürdige Umgang mit Bodenreformland und LPG-Besitz ein Haupthindernis für die Entwicklung nachhaltiger regionaler Wirtschaftskreisläufe. Hier wollen wir gegensteuern und haben der Enquetekommission in Zusammenarbeit mit dem von der Fraktion Die Linke benannten Experten Dr. Reinhard Stolze zahlreiche Empfehlungen unterbreitet, die im Konsens verabschiedet wurden und die einer deutlichen Kurskorrektur der Brandenburger Landwirtschaftspolitik gleichkommen.

THEMENBEREICH V: UMGANG MIT EIGENTUM IM TRANSFORMATIONSPROZESS IN BRANDENBURG, INSBESONDERE IN DER LANDWIRTSCHAFT (FORTSETZUNG)

„1. Gescheiterte Umwandlungen von LPG / Vermögensauseinandersetzung

Die Enquetekommission 5/1 hält es für politisch und rechtsstaatlich geboten, dass die Fälle der in der von Prof. Dr. Bayer zur Verfügung gestellten Liste aufgeführten Unternehmen, bei denen die Umwandlung von LPG in juristische Personen bundesdeutschen Rechts gescheitert sein soll („Scheinrechtsnachfolger“), nach mehr als 20 Jahren einer endgültigen Klärung zugeführt werden. Obwohl es sich bei „Scheinrechtsnachfolgern“ um Fälle handelt, die von den unmittelbar Beteiligten auf zivilrechtlichem Weg zu lösen sind, erkennt die Enquetekommission 5/1 Handlungsbedarf vonseiten der Landesregierung nach § 70 Absatz 3 Landwirtschaftsanpassungsgesetz sowie vonseiten des Landesbauernverbandes (hinsichtlich betroffener Mitgliedsbetriebe) und des Bauernbundes Brandenburg. Sie sollten im Rahmen des rechtlich Zulässigen aktive Unterstützung, z. B. in Form von abstrakten Empfehlungen an die vermeintlichen Rechtsnachfolger und die Mitglieder der bislang unerkannt in Liquidation befindlichen LPG über die außergerichtlichen oder zivilrechtlichen Möglichkeiten zur Klärung der Rechtsverhältnisse, leisten.

Im Einzelnen wird folgendes empfohlen:

- Die Registergerichte werden gebeten, den auf Initiative der Enquetekommission 5/1 veranlassten Prüfungsprozess zügig zum Abschluss zu bringen.
- Die Landesregierung soll jenen Unternehmen, die in der Liste gescheiterter Umwandlungen von LPG aufgeführt sind, mitteilen, dass für sie eine registerrechtliche Prüfung veranlasst wurde. Die Mitteilung sollte zugleich die Aufforderung beinhalten, dass sich das Unternehmen eigenverantwortlich Klarheit über seine Rechtssituation verschafft und gegebenenfalls selbst die erforderlichen Konsequenzen zieht.
- Bei Unternehmen, bei denen sich der Befund aus der o. g. Liste bestätigt, sollte er am Standort des betroffenen Unternehmens nach Abstimmung mit und nach Zustimmung der Landesdatenschutzbeauftragten veröffentlicht werden, um so Mitgliedern der bislang unerkannt in Liquidation befindlichen LPG sowohl den außergerichtlichen als auch den Zivilrechtsweg zur Klärung der Rechtsverhältnisse zu ermöglichen.
- Vorrang sollten bei Unternehmen, bei denen sich der Befund aus der o. g. Liste bestätigen sollte, tragfähige, möglichst interessengerechte Lösungen für alle Beteiligten in Form von Kompromissen in Auswertung der Erfahrungen mit außergerichtlichen Vereinbarungen auf der Grundlage von Gesetz und Gerichtsentscheidungen haben.

2. Bodenreformland und Neusiedlererben

- Es wird ferner empfohlen, Initiativen zur Rückgängigmachung der in Durchführung der Abwicklung der Bodenreform nach dem Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz von Neusiedlern und deren Erben zugunsten des Landesfiskus aufgelassenen Flächen durch Rückgabe bzw. Entschädigung zu ergreifen. Bis zur abschließenden Klärung sollte ein Verwertungsverbot dieser Flächen gelten.
- Es wird außerdem eine Evaluation der Erfahrungen bei der Einschaltung von Erbenermittlern und gegebenenfalls die Veranlassung der flächendeckenden Erbensuche durch Erbenermittler empfohlen.

3. Problemkreis Boden

- Veranlassung einer Übersicht über die landeseigenen landwirtschaftlichen Nutzflächen, deren Verwaltung, ihre regionale Verteilung und die Bewirtschaftungsverhältnisse durch die Landesregierung, die regelmäßig zu aktualisieren ist und mit der transparent nachvollzogen werden kann, wie Artikel 40 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg umgesetzt wird
- Erarbeitung einer Konzeption durch das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft sowie das Ministerium der Finanzen zur gezielten Nutzung der landeseigenen LF für die Förderung agrarpolitischer Schwerpunkte durch vorrangige Flächenverpachtung an arbeitsintensive Betriebe (insbesondere Betriebe bodengebundener Milchviehhaltung und ökologischen Landbaus), an Junglandwirte und Existenzgründer sowie zur Arrondierung bäuerlicher Betriebe
- Initiierung einer Statistik über die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse in Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg (auch im Hinblick auf den zunehmenden Flächenerwerb durch nichtlandwirtschaftliche und überregionale Investoren) und einer Bundesratsinitiative zur Einführung einer solchen Statistik auf Bundesebene
- Befassung der AG Bodenmarkt mit folgenden Empfehlungen und ein Bericht über die Ergebnisse der Beratungen und die zu ergreifenden Maßnahmen im Plenum des Landtages:
- Neufassung des Grundstücksverkehrsrechts auf Landesebene mit dem Ziel, die Position der ortsansässigen Landwirte gegenüber nicht landwirtschaftlichen und überregionalen Investoren zu stärken und dafür den Erwerb von Boden so weit wie möglich auf ortsansässige Landwirte und Unternehmen im Eigentum ortsansässiger Landwirte zu beschränken und bei Ausübung des Vorkaufsrechts die Vergabe der Grundstücke nach verbindlichen Kriterien soweit wie möglich ausschließlich an ortsansässige Landwirte vorzunehmen sowie den Flächenerwerb für Mitglieder von landwirtschaftlichen Genossenschaften zu ermöglichen

THEMENBEREICH V: UMGANG MIT EIGENTUM IM TRANSFORMATIONSPROZESS IN BRANDENBURG, INSBESONDERE IN DER LANDWIRTSCHAFT (FORTSETZUNG)

- Initiative zur Änderung der BVVG-Privatisierungsgrundsätze mit dem Ziel einer breiteren Eigentumsstreuung: niedrigere Höchstgrenzen für den Erwerb von BVVG-Flächen zum Verkehrswert; niedrigere Höchstgrenzen für direkten Pächtererwerb; Berücksichtigung des Arbeitskräftebesatzes und –soweit möglich –gegenwärtiger oder geplanter Ortsansässigkeit bei Ausschreibungen

4. Problemkreis Wertschöpfung, Agrarförderung und Sonstiges

- Im „Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum für die Förderperiode 2014-2020 (EPLR)“ sollten die Fördermittel des ELER, der GA und des Landes prioritär für Maßnahmen zur Erhöhung der regionalen Wertschöpfungskette, Direktvermarktung, Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe und deren Produktportfolios (Hochpreis- und Bioprodukte), Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze (Verarbeitung, Dienstleistungen, Agrotourismus etc.). Die Förderung sollte stärker als bisher regionalen Kreisläufen beim Verarbeiten, Vermarkten und Konsum von vor Ort produzierten Lebensmitteln und Produkten gelten. Es sollte ein Existenzgründerprogramm, mit dem die Neueinrichtung von landwirtschaftlichen Betrieben finanziell (z.B. durch zinsverbilligte Kredite mit langen Laufzeiten) und durch entsprechende Beratungsleistungen unterstützt wird, etabliert werden. Die Investitionsförderung im Bereich der Tierhaltung sollte nur bis zu einem Viehbesatz von maximal zwei Großvieheinheiten und bei umwelt- und tiergerechter bodengebundener Haltung mit ausreichender Fläche gewährt werden. Zugleich sollten die Möglichkeiten der regionalen Vernetzung der drei Europäischen Fonds (EFRE, ESF, ELER) sinnvoll ausgeschöpft werden.
- Ausschreibung und Finanzierung einer unabhängigen wissenschaftlichen Studie über die aktuelle Situation der Agrarbetriebe in Brandenburg (Größen, Gesellschaftsformen, Zusammensetzung von Gesellschaftern, Generationswechsel etc.) und zu den Folgen der betrieblichen Veränderungsprozesse auf die Entwicklung der ländlichen Räume; Ebenfalls sollte die Landwirtschafts- und Vermarktungsstruktur unter folgenden Aspekten evaluiert werden: Inwieweit entspricht die angebotene Produktpalette den Erfordernissen des Berliner Marktes? Wo gibt es noch ungenutzte Potenziale hinsichtlich Produktpalette, Veredelung, Absatzstrukturen oder landwirtschaftsnaher Dienstleistungen? Im Ergebnis sollten mögliche Handlungsbedarfe aufgezeigt werden.
- Empfehlung an die brandenburgischen Landwirtschaftsverbände, ihre Mitgliedsbetriebe anzuregen, die ab 2014 vorgesehene erweiterte Veröffentlichung der Empfänger von Zahlungen aus den EU-Agrarfonds EGFL/ELER und der Beträge der jeweiligen Agrarbeihilfen durch freiwillige Angaben zur bewirtschafteten Fläche, Betriebsstruktur, Anzahl der Arbeitskräfte und zu den erbrachten Produktions-, Versorgungs-, Umwelt- und Tierschutzleistungen zu ergänzen; Dadurch (und nicht durch das bloße Auflisten der Höhe der Fördermittel je Betrieb) kann von der Öffentlichkeit

die Verwendung der öffentlichen Mittel tatsächlich nachvollzogen und bewertet sowie der „Neid-diskussion“ begegnet werden. Die Landesregierung sollte prüfen, inwieweit sie eine solche Initiative für mehr Transparenz unterstützen könnte.

- Unterstützung aller Initiativen zur Einführung eines Mindestlohns in der Landwirtschaft, der zu-nächst 8,50 EUR/h betragen sollte
- Prüfung, inwieweit landesgeförderte Bildungs- und Forschungseinrichtungen (z. B. Landeszentrale für politische Bildung) sich stärker als bisher mit lokaler bzw. regionaler (Agrar)geschichte auseinandersetzen können (Forschung, Projekte, Veröffentlichungen und Veranstaltungen) und Initiierung entsprechender Maßnahmen
- Übergabe noch vorhandener Unterlagen zum Transformationsprozess in der Landwirtschaft an das Landeshauptarchiv; Auch die am Transformationsprozess beteiligten Vereine, Verbände, Organisationen etc. werden gebeten, wichtige Dokumente im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu archivieren bzw. dem Landeshauptarchiv anzudienen. Das betrifft insbesondere die VdGB-Akten und Dokumente der Übergangszeit zum Landesbauernverband.“

Christian Booß, Historiker und Autor:

„... diese Enquete ist eine Erfolgsgeschichte, die langfristige Folgen haben wird. Die Brandenburger können froh sein, dass der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Axel Vogel, sie 2010 aufbrachte. Brandenburg hatte bislang das Image, Schlusslicht zu sein, auf einmal steht es ganz vorne. Und das ist zeitgemäß.“ (Potsdamer Neueste Nachrichten, 02.04.2014)



Bis auf den letzten Platz besetzt: Sitzung der Enquetekommission im alten Landtag

THEMENBEREICH VI: MEDIENLANDSCHAFT UND MEINUNGSVIELFALT

Die knapp gehaltenen Empfehlungen zu den Brandenburger Medien täuschen über die Kontroversen bei diesem Thema hinweg. Die Neuordnung von Presse, Rundfunk und Fernsehen und ihre Bedeutung für die Entwicklung einer demokratischen Kultur in Brandenburg waren in der Kommission von Beginn an umstritten. Die ehemaligen Parteizeitungen standen dabei genauso im Fokus wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Können ehemals parteitreue Journalisten die Pluralität von Meinungen und Positionen in unserem Land einfangen und wiedergeben? Welche Bedeutung kommt den Medien bei der Vermittlung von Geschichtsbildern zu? Welchen Anspruch stellen wir an Presse, Rundfunk, Fernsehen und IT-Medien, wenn es um historische und demokratische Bildung geht?

Auf Fragen wie diese gab es in der Kommission sehr verschiedene Antworten. Bemerkenswert war die Position von VertreterInnen der Fraktion Die Linke, die sich auf der einen Seite jede Medienkritik verbat, auf der anderen Seite jedoch die weitreichendsten Empfehlungen für die öffentlich-rechtliche Berichterstattung rund um das Thema DDR und Aufarbeitung vorlegten. Am Ende steht ein knapp gehaltener Kompromiss:

„Die Enquetekommission 5/1 hält die stärkere Vermittlung von informations- und wissensbasierten Beiträgen zum Thema DDR-Geschichte in den Brandenburger Medien für überaus wichtig. Landtag und Landesregierung sollten sich dafür einsetzen, dass dieses Thema nicht vernachlässigt wird. Durch entsprechende pressewirksame Initiativen des Landes kann die Würdigung der Opfer der SED-Diktatur ebenso unterstützt werden wie durch eigene Publikationen und Veranstaltungen. Dazu gehören einerseits die kritische Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und das Herausstellen der Unterschiede zu einem demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat. Andererseits sind auch kontroverse DDR-Erfahrungen auszutauschen und strittige Interpretationen zur Geschichte vorzutragen.“

THEMENBEREICH IV: CHARAKTER, VERLAUF UND ERGEBNISSE DES TRANSFORMATIONSPROZESSES IN BRANDENBURG



Wie ist es um die politische Kultur in Brandenburg bestellt? Wie hat sich unser demokratisches Gemeinwesen in den letzten 25 Jahren entwickelt? Wo liegen die zentralen Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit anderen neuen Bundesländern?

Die Enquetekommission widmete sich im Themenbereich VII den „großen Linien“ in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Grundlage der Diskussion war neben Gutachten und Anhörungen eine groß angelegte Meinungsumfrage zu verschiedenen Aspekten von Aufarbeitung und zu politischen Einstellungen. Die mitunter überraschenden Ergebnisse lösten eine breite und im Ergebnis produk-

THEMENBEREICH IV: CHARAKTER, VERLAUF UND ERGEBNISSE DES TRANSFORMATIONSPROZESSES IN BRANDENBURG (FORTSETZUNG)

tive Debatte in der Enquetekommission, in Medien und Öffentlichkeit aus. Ausgehend von dieser Erfahrung haben wir in den Handlungsempfehlungen vorgeschlagen, eine solche Umfrage zukünftig im Abstand von zwei Jahren durchzuführen. Auf bündnisgrüne Initiative gehen überdies die Empfehlungen zur Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt zurück. In den Anhörungen der Kommission war deutlich geworden, dass hier noch viele Potenziale brachliegen. Die Verbreitung rechtsextremer Denkmuster und rechtsextrem motivierter Gewalt bildete einen weiteren Schwerpunkt in der Diskussion. Trotz punktueller Erfolge verharren rechtsextreme Einstellungen und Deutungen auf hohem Niveau, bei rechtsextrem motivierter Gewalt nimmt Brandenburg regelmäßig unrühmliche Spitzenplätze ein. Die Handlungsempfehlungen greifen einige Vorschläge aus den Anhörungen auf, um hier gegenzusteuern.

„1. Stimmungs- und Meinungsbild – „Brandenburg-Monitor“

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt der Landesregierung, alle zwei Jahre eine repräsentative Befragung durchzuführen, um die politischen Orientierungen, Werte und Einstellungen der Brandenburger Bevölkerung zu erheben. Dabei sollten die Erfahrungen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt berücksichtigt sowie auch Themen von besonderer Aktualität einbezogen werden.

2. Personalpolitik im öffentlichen Dienst

Zur Unterstützung einer offenen und bürgernahen Verwaltungskultur ist insbesondere in Führungspositionen der Ministerialverwaltung eine größere Durchlässigkeit und Flexibilität auch für Quereinsteiger anzustreben. Die Landesregierung sollte im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darauf hinwirken, dass die Qualifikationen von Landeskindern für höhere und höchste Positionen im öffentlichen Dienst verstärkt gefördert werden.

Weiterhin ist darauf zu achten, dass ostdeutsche Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst keine ungerechtfertigten Benachteiligungen aufgrund ihrer Biografien erfahren. Bei älteren ostdeutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollten dazu Möglichkeiten entsprechender Anpassungsqualifikationen geprüft werden.

3. interkulturelle Kompetenz in der Landesverwaltung stärken

Die Landesregierung wird aufgefordert, die interkulturellen Kompetenzen in der Landesverwaltung zu stärken und demokratiepädagogische Konzepte auszubauen. In wichtigen Bereichen soll die Fähigkeit unterstützt und gefördert werden, empathisch mit Menschen aus anderen Kulturkreisen umzugehen.

Das Konzept „Tolerantes Brandenburg“ sollte über die jährliche Berichterstattung hinaus von einer externen Stelle evaluiert werden. Auch sollte die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden.

4. Zustimmung zur Demokratie in ganz Brandenburg stärken

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt der Landesregierung, sich in Zukunft noch stärker für die Förderung einer demokratischen politischen Kultur einzusetzen. Vorrangig sind dabei die schulische und außerschulische politische Bildung zu fördern. Im Kontext dieser politischen Bildungsarbeit sollte auch die Präventionstätigkeit gegen die Verbreitung extremistischen Gedankengutes verstärkt werden.

Die kommunale Selbstverwaltung sollte stärker als bisher als „Schule der Demokratie“ ausgebaut werden, um die Bereitschaft der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger zu fördern, aus Verantwortungsgefühl gegenüber dem Gemeinwesen nicht nur gesellschaftlich, sondern auch politisch aktiv zu werden.

Die Enquetekommission 5/1 empfiehlt eine Prüfung und Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement. Denkbar wären dabei die Errichtung einer Ehrenamtsstiftung oder die Stärkung der Freiwilligenagenturen auf lokaler Ebene.

5. Politikvermittlung

Entscheidungskompetenzen des Bundes und der Europäischen Union in einem Mehrebenensystem und die daraus resultierenden Rahmenbedingungen für landespolitische Entscheidungen werden gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern noch nicht ausreichend kommuniziert. Die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung und die politische Bildungsarbeit im Land Brandenburg sollten deshalb diese Informationsdefizite und Vermittlungsprobleme stärker berücksichtigen. Landtag und Landesregierung sollten sich um eine bessere Vermittlung ihrer Politik und um mehr Bürgernähe bemühen. Wünschenswert wäre zudem eine verstärkte Präsenz in den Regionen des Landes. Die Kabinettsitzungen außerhalb Potsdams sind ein richtiger Schritt, der auch in der nächsten Legislaturperiode beibehalten werden sollte.“

DAS GROSSE FINALE: EIN RÜCKBLICK AUF DAS ABSCHLUSS

Wer hatte das vorher gedacht: Da lädt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer Diskussionsrunde ein, um über die Enquetekommission Aufarbeitung zu diskutieren. Was am 12. Februar 2014 als kleiner Austausch über die beachtlichen Ergebnisse der Enquete gedacht war, endete in der Frage, was der größtmögliche Raum sei, um alle InteressentInnen an der Diskussion teilhaben zu lassen ...

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasiunterlagen, Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung und viele andere Verbandsvertreter wollten genauso wie Schülerinnen und Schüler, WissenschaftlerInnen, ZeitzeugInnen und Interessierte verfolgen, was es denn nun mit der Enquete und dem Anspruch der Aufarbeitung der DDR-Geschichte in Brandenburg am Ende auf sich hat. Angesichts des Andrangs musste die Debatte per Videoschaltung in einen weiteren Landtagsraum übertragen werden: eine Premiere für den neuen Landtag.

Kein Thema von gestern

Die Enquetekommission hatte immer wieder für intensive Kontroversen gesorgt. Doch dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger für ein Thema interessierten, dass aus Sicht mancher rot-roter Regierungsvertreter ein Thema von gestern ist, hatte am Ende dann doch alle überrascht.

Vor den TeilnehmerInnen lag der Katalog mit Handlungsempfehlungen, den die Kommission erarbeitet hat: konkrete Vorschläge für die Verbesserung der Rehabilitationsverfahren für von DDR-Unrecht Betroffene, für die Bildungspolitik und die Erinnerungskultur in unserem Land, für eine erneuerte Landwirtschaftspolitik, die sich von der großbetrieblichen DDR-Landwirtschaft emanzipiert, und nicht zuletzt für die Entwicklung einer demokratischen BürgerInnengesellschaft.

Ergebnisse der Enquete: Zwischen Zuversicht und Skepsis

Jede Landesregierung wäre schlecht beraten, dieses Votum außer Acht zu lassen, so formulierte es der Historiker Christian Booß stellvertretend für die meisten Podiumsgäste. Dass dies nicht selbstverständlich sei, merkten hingegen andere Podiumsteilnehmer an – unter ihnen der Vorsitzende der Union der Opfervverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner. Es sei Skepsis geboten, inwieweit die Beschlüsse der Enquete in konkrete Politik münden. Stephan Hilsberg, früherer parlamentarischer Staatssekretär (SPD), ging mit seiner Partei hart ins Gericht. Die Diskussion um die Stasi-Kontakte von Manfred Stolpe sei in ihrer Bedeutung für das Land Brandenburg kaum zu unterschätzen. Hier hätte die Kommission – allen unzweifelhaften Erfolgen zum Trotz – sich ehrlicher machen sollen. Die prägende Kraft von Manfred Stolpe bildete immer wieder einen Be-

SYMPOSIUM ZUR ENQUETE

zugspunkt der Diskussion. Deutlich wurde dabei aber auch, dass die Diskussion um MfS-Belastungen im Konkreten wie Allgemeinen nur eine Facette der Enquete darstellte. Die DDR-Geheimpolizei – so machten die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, und der Fraktionsvorsitzende Axel Vogel deutlich – sei sicher wichtiges Thema der Kommission gewesen. Der Anspruch der Kommission war jedoch weiter gefasst und umfasste die grundsätzliche Frage, wie mit dem Erbe der DDR in Brandenburg umgegangen wurde. Dabei habe man „mehr erreicht als wir jemals zu hoffen gewagt haben“, so Axel Vogel. Diese Einschätzung wurde von den meisten Teilnehmern geteilt. Die frühere brandenburgische Bildungsministerin und ehemalige Stasibeauftragte Marianne Birthler hob hervor, dass sich die Enquete dabei auch nicht vor gesellschaftlich wichtigen Feldern wie Landwirtschaft oder Sport weggeduckt habe. Auch Helmut Müller-Enbergs, von der bündnisgrünen Fraktion als sachverständiges Wissenschaftliches Kommissionsmitglied berufen, zeigte sich – trotz mancher sprachlicher Verrenkungen im Abschlussbericht der Kommission – insgesamt zufrieden. Das betreffe auch die Vereinbarungen zur zukünftigen Überprüfung auf MfS-Zusammenarbeit im öffentlichen Dienst und in der Justiz. Hier habe lange Zeit Anarchie geherrscht, jedes Ministerium habe nach unterschiedlichen Kriterien, oft ausgesprochen „milde“ oder auch gar nicht überprüft. An Marianne Birthler gerichtet meinte Müller-Enbergs: „Jetzt haben wir das einheitliche Überprüfungsverfahren, für das du schon vor 20 Jahren gekämpft hast.“ Die Frage nach den vordringlichsten Herausforderungen für die Wissenschaft beantwortete der BStU-Experte mit einem eindringlichen Appell für den Zugang zu Akten. Er verwies dabei auf die in den letzten Jahren bekannt gewordenen Missstände beim Umgang mit BStU-Akten in Brandenburg, vor allem aber auf die Diskussion über die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde und ihrer Außenstellen.

Erfolg der Enquete hat viele Mütter und Väter

Axel Vogel erinnerte auf dem Symposium noch einmal an die Entstehungsgeschichte der Enquete, die auf Initiative der Bündnisgrünen zustande kam und dabei auf die Unterstützung von Johanna Wanka (CDU) genauso wie auf Hans-Peter Goetz (FDP) zählen konnte. Erst diese Unterstützung machte es möglich, dass viele der genannten Fragen, aber auch die in der Diskussion so beeindruckend vorgetragene Geschichte der in der DDR inhaftierten Regisseurin Sibylle Schönemann erstmals und ernsthaft in der Enquete diskutiert wurde.

DAS GROSSE FINALE: EIN RÜCKBLICK AUF DAS ABSCHLUSS SYMPOSIUM ZUR ENQUETE

Parallelen zu westdeutscher Aufarbeitungsdiskussion

Was bleiben wird? Die Erkenntnis, dass manche Fehler der brandenburgischen Gründungsjahre auch heute noch, wengleich spät, geheilt werden können. Das Wissen darum, dass wir, wenn wir über die DDR sprechen, nicht nur von Tätern und Opfern reden, sondern alle Facetten in den Blick zu nehmen haben, wie es die Zeithistorikerin Dr. Annette Leo in der Diskussion forderte. Die Erkenntnis, dass das Lernen aus unserer Geschichte Zeit braucht – und das das kein ostdeutsches Phänomen ist, wie der Fingerzeig einiger Diskussionsteilnehmer auf die 68er Bewegung in Westdeutschland andeutete. Der Blick zurück nach vorn sei demnach kein Selbstzweck, sondern steht für die Fähigkeit einer demokratischen Gesellschaft, sich selbst ihrer Chancen und Gefährdungen bewusst zu werden.



AUS DER DISKUSSION

zum Abschluss der Enquete

MARIANNE BIRTHLER

Warum Aufarbeitung wichtig ist

(...) Die Vergangenheit ist ja nie wirklich vergangen. Kürzlich las ich in einem sehr interessanten Buch: Vergangenheit, die man nicht wirklich betrachtet und angeschaut hat, ist keine Vergangenheit, sondern alte Gegenwart. Das heißt, sie macht uns immer noch zu schaffen. Und ist nicht das, was sie sein könnte, eine Ressource, aus der wir schöpfen können. Das geht eben nicht, wenn man sich nur auf die rosigen Seiten der Vergangenheit beschränkt – mach es wie die Sonnenuhr, zähl die heiteren Stunden nur. Das funktioniert nicht, wenn es um eine Diktatur geht. Nur wenn wir sie als Ganzes betrachten, dann haben wir auch etwas davon und können irgendwann einmal die Dinge wirklich in Frieden hinter uns lassen. Aber da muss man erst mal durch. Und das war in Brandenburg schwierig in den ersten 20 Jahren, aus ganz unterschiedlichen Gründen. (...)

Warum sich Brandenburg immer so schwer getan hat mit der Aufarbeitung

Zum einen muss man sich mal die Situation Brandenburgs vorstellen. Das war ja das Land rund um die Hauptstadt der DDR. Und da waren unheimlich viele Institutionen, systemnahe Institutionen – vom Hauptsitz der NVA; Bogensee, die große FDJ-Schulungszentrale; „Margots Burg“ südlich von Berlin, die zentrale Fortbildungsstätte für Lehrer in der DDR; die Stasi-Hochschule in Golm. [...] Hinzu kommen all die Leute, die im Staatsdienst in Berlin gearbeitet haben, aber im Grünen gewohnt haben – die wohnen ja alle immer noch dort, auch die ganzen Beschäftigten aus diesen Institutionen. Es gab, so denke ich, eine ganz besondere Konzentration von Leuten, die nicht besonders viel von Aufarbeitung hielten und sich schon gar nichts davon versprachen.

Dann muss man auch sagen, dass Brandenburg im Unterschied zu Thüringen und Sachsen wenig so etwas wie eine mittelständische und damit auch bürgerliche Kultur bewahren konnte, die in diesen beiden Ländern zumindest in Ansätzen doch noch überlebt hat. Das war aus historischen Gründen hier nicht so.

Und dann natürlich als Drittes, aber keineswegs als Letztes der Umstand, dass im Zusammenhang mit den Stasi-Verwicklungen von Ministerpräsident Manfred Stolpe die Loyalität mit ihm so groß war, dass sehr viele Leute in Brandenburg lieber Augen und Ohren schlossen als ihrem geliebten Ministerpräsidenten am Zeug zu flicken. [...] Thematisieren will ich [...], dass immer der Eindruck erweckt wurde, wer was gegen Stolpe sagt, sagt etwas gegen den Osten, sagt etwas gegen uns

AUS DER DISKUSSION

Brandenburger. Das war eigentlich das Fatale. Dass die Leute irgendwie so in Geiselhaft genommen wurden: Wenn ihr nicht für Stolpe seid, habt ihr was gegen den Osten, habt ihr was gegen uns Brandenburger und uns einfache Menschen. Das haben viele geglaubt und deswegen haben viele lieber die Augen und Ohren verschlossen für Fragen der Aufarbeitung. Das hat der politischen Kultur im Land nicht gut getan. Und es war erst recht ein Problem für die Opfer, die sich und ihre Interessen nicht wirklich wahr- und ernstgenommen sahen. Und dann vor vier Jahren, nach zwanzig Jahren, hat sich das Blatt ein wenig gewendet, aus ursprünglich wenig erfreulichen Gründen. Es wird sich jeder erinnern: Der Anlass war ja eher unschön, aber hat dann zu etwas geführt, was aufsehenerregend ist [...] 2009 gab es wirklich zwei große Einschnitte. Das eine war, dass die Behörde der Landesbeauftragten eingerichtet wurde und es damit endlich eine Anlaufstelle gab – nicht nur für die Geschädigten, für die Opfer, sondern auch für die kleinen Initiativen, die in ihren Kommunen etwas für die Erinnerung getan haben, aber sich bis dahin nicht hinlänglich unterstützt sahen.

MARIANNE BIRTHLER engagierte sich vor und während der Friedlichen Revolution ehrenamtlich und beruflich in der evangelischen Kirche. Im Oktober 1990 wurde sie für Bündnis 90 in den Brandenburger Landtag gewählt. In der Ampelkoalition wurde sie Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, bevor sie im Oktober 1992 nach dem Bekanntwerden der Stasi-Kontakte von Manfred Stolpe von diesem Amt aus Protest zurücktrat. Von 1993 bis 2005 war Marianne Birthler Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Zwischen 2000 und 2011 war sie Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.



Podium: Carla Kniestedt (Moderation), Marianne Birthler, Stephan Hilsberg, v. l. n. r.

STEPHAN HILSBERG

Warum die Vergangenheitsaufarbeitung in Brandenburg von ihm so häufig ange-mahnt wurde, warum die Enquete aus seiner Sicht nur zur Hälfte erfolgreich war – und was deswegen heute ansteht

(...) Ich habe mich in der Tat häufig zu kritischen Bemerkungen veranlasst gesehen – und ich war selten froh darüber. Ich finde, das gereicht mir nicht zur Ehre, sondern da müssen sich eher dieje-nigen fragen, die den Mund halten. Ich war davon überzeugt, dass die ausstehende Vergangen-heitsdebatte im Zusammenhang mit dem Brandenburger Weg hier in Brandenburg nicht geführt wurde und dass eine faktisch gescheiterte Vergangenheitsaufarbeitung sich rächen würde. Ich war davon überzeugt, dass diese Fragen, die durch die Vergangenheit gestellt werden und denen man nicht ausweichen kann, eines Tages so dringend werden, dass man handeln muss. Insofern war ich sehr froh über die Initiative, hier eine Enquetekommission ins Leben zu rufen. Ich war sehr ge-spannt, wie weit sie gehen würde. Wenn ich mir jetzt die Ergebnisse so anucke, dann finde ich schon, die Handlungsempfehlungen sind durchaus lesenswert, sie sind beachtenswert. Aber es wird natürlich auch viel ausgeklammert. Es wird überhaupt nicht benannt, was eigentlich der Grund dafür war, dass es zu dieser gescheiterten Vergangenheitsaufarbeitung kam. Der Schlüssel zum Verständnis, warum diese Enquetekommission notwendig ist, wird nicht mit einem einzigen Wort erwähnt – und das ist die Debatte um die Bewertung der Stasi-Kontakte von Manfred Stolpe. Diese Debatte hat zu einem faktischen Schlussstrich geführt, sie hat zu einer Interpretation des Bran-denburger Weges geführt, die für Brandenburg zu einem Sonderweg wurde, der Brandenburg inner-halb der ostdeutschen Länder in die Isolation brachte – und der korrigiert werden musste. Es ist sicherlich auch ein Stück weit auch Matthias Platzecks Verdienst, diese Korrektur veranlasst zu haben. Wobei: Wer Matthias Platzeck kennt, der weiß, dass das durchaus auch einer der Hinter-gründe und Winkelzüge war, um die spätere rot-rote Koalition zu ermöglichen. So ist Politik und so ist Macht und damit kann ich leben, das ist gar keine Frage.

Und dann muss man natürlich auch sagen, dass diese sehr späte Debatte Einiges ans Tageslicht befördert hat, worüber viel früher geredet hätte geredet werden müssen: Die Hinterlassenschaften von Stasileuten in der Polizei; die Frage wie es sich bei den Staatsanwälten verhält; der Umstand, dass mit einem Schlag faktisch die Stasiüberprüfung an den Schulen aufgehört hat – im Zusam-menhang mit der Debatte um Manfred Stolpe – was zu erschreckenden Ergebnissen geführt hat: Dass an Schulen Leute plötzlich nicht mehr behelligt wurden, die zu DDR-Zeiten mit ihrer Stasitä-

AUS DER DISKUSSION

tigkeit zur Zersetzung von Schülern beigetragen haben, die Berufs- und Lebenswege verbaut haben. Und Leute, die sich völlig alleingelassen gefüllt haben, wenn sie versucht haben, das aufzuarbeiten. Es gab praktisch noch einen einzigen Schulrat im ganzen Land Brandenburg, der sich noch um dieses Thema kümmerte. Das ist ein schweres Versagen, was auch menschlich negativ zu Buche schlägt.

Das kann man nicht mehr gutmachen. Geschichte ist gelebtes Leben. Das kann nur beschrieben werden, es kann in diesem Sinne nicht korrigiert werden. Es kann aufgearbeitet werden. Es ist traurig, dass neben den Traumata, die zu DDR-Zeiten entstanden sind und für die die SED-Diktatur verantwortlich ist nun Traumata getreten sind, die im Zusammenhang mit dieser verfehlten und gescheiterten Aufarbeitungspolitik entstanden sind. Ich kann die Enquetekommission, die ins Leben gerufen wurde und die ihre Aufgabe nur zur Hälfte gemacht hat, zwar begrüßen – das ist gar keine Frage – nur dazu aufrufen, hier weiterzumachen. Das ausgesparte Thema Staatssicherheit braucht eine adäquate Antwort. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass es sich die Landesregierung zu eigen macht, mal ein zentrales Denkmal für die Zersetzungsoffer der Staatssicherheit hier in Brandenburg zu schaffen. Das gibt es nämlich noch nicht. Das ist ein Thema, was noch viel zu sehr im Vergessenen schlummert. Und ich wünschte mir, dass die Parteien – und zwar alle – sich etwas stärker mit ihrem eigenen Beitrag zum Zustandekommen des Brandenburger Weges beschäftigen. Das ist nämlich ein kritisches Thema, was die Grünen- und Bündnis-90-Leute hier selbst betrifft. Marianne Birthler hat zwar damals ein Zeichen gesetzt, aber sie hat es auch setzen müssen, weil sie keine Mehrheit in ihrer eigenen Fraktion hatte. Günter Nooke, der sehr laviert hat – und damit auch ein Stück weit die Ursache gelegt hat, dass Bündnis 90 nicht wiedergewählt wurde – ist schlicht und einfach an dieser Aufgabe gescheitert. Diese Art von Lavieren nützt bei Vergangenheitsaufarbeitung überhaupt nichts. Man musste klare Kante zeigen, du musst die Dinge auf den Tisch legen, Du musst sagen, worum es in gewisser Weise geht.

Brandenburg in den 90ern: zwischen Innovation und Stillstand

Es gibt noch einen weiteren Punkt, den ich an dieser Stelle sagen will. Ich habe Brandenburg 1990 erlebt als ein munteres, frisches, sehr diskussionsfreudiges, innovatives politisches Land. Da wurde viel diskutiert, da wurden neue Wege ausprobiert – die Ampelkoalition war so etwas. Hier wurden Maßstäbe gesetzt. Ich habe das immer als ein Flaggschiff der ostdeutschen Länder empfunden. Mit dem Aufkommen der Diskussionen um die Stasikontakte von Manfred Stolpe endete das. Es wurde immer weniger innovativ. Es kam etwas hoch, was ich zu DDR-Zeiten kannte, ein stromlinienförmiges Verhalten der Politik – und der Gesellschaft gleich mit. Die Nostalgie nahm zu, Ressentiments gegen „die Wessis“ wurden auch ganz erheblich bedient. Das hat Brandenburg geschadet, und das hat Tatsachen geschaffen. Tatsachen, an denen wir heute nicht mehr vorbeikommen. Es ist

wohlfeil, in den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zu schreiben, wir bräuchten mehr Aufklärung an den Schulen. Denn die Schulen sind Bestandteil dieser Gesellschaft. Und wenn solche Haltungen sich in der Gesellschaft verfestigt haben, dann kann man diese Aufgabe nicht an die Lehrer wegdelegieren, sondern dann muss man sich damit beschäftigen. Und wenn die CDU noch nicht bereit ist, sich in ihre eigenen Archive hineinkucken zu lassen, wenn die Grünen nicht sagen, welchen Anteil sie dazu geleistet haben, dass Frau Poppe eben erst jetzt Landesbeauftragte werden konnte und nicht schon 1992, was ja gut möglich gewesen wäre ... Ganz zu Schweigen vom Versagen meiner eigenen Partei, was an dieser Stelle auch sehr deutlich zu benennen ist. Eine Partei, deren programmatischer Kern darin besteht, zur Emanzipation und zur Freiheit von Menschen beizutragen, führt plötzlich autoritäres Verhalten zum Maßstab von Landespolitik ein. Nun mögen ja Regine Hildebrandt und Manfred Stolpe besondere Persönlichkeiten sein – gerade Regine Hildebrandt habe ich als Persönlichkeit immer sehr geschätzt – aber sie ist zu einem Denkmal gemacht worden, wie Manfred Stolpe auch. Ich kann nur sagen: Schade um eine Gesellschaft, die solche Denkmäler braucht. Ich träume von einer Gesellschaft, die innovativ, neugierig und couragiert ist, die offen ist und versucht mit frischem Mut nach vorne zu gehen und sehr individuell ist. Die Enquetekommission mag einen Beitrag dazu geleistet haben. Aber dieser Weg muss weitergegangen werden.

STEPHAN HILSBURG war Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei in der DDR und deren erster Sprecher. 1990 wurde er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer, anschließend bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags. Von November 2005 bis März 2007 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion mit Zuständigkeit für die Bereiche Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Aufbau Ost, Petitionen. Von 2000 bis 2002 bekleidete er das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

MARIANNE BIRTHLER

An den Stärken der Enquetekommission anknüpfen

Ich kann jeden Satz, den Stephan Hilsberg hier gesagt hat, unterstreichen, auch und gerade, dass diese Leerstelle natürlich auffällt, dass sie schmerzhaft ist und auch Folgen haben wird. Das ist keine Frage. Aber als jemand, der an politischen Lernprozessen interessiert ist, arbeite ich jetzt mal mit den Stärken und nicht mit den Schwächen dieser Arbeit. Und da ist Einiges vorzuweisen. (...)

AUS DER DISKUSSION

Ich kann denjenigen, die diese Kommission durchgesetzt haben, nur gratulieren. Als ich die Handlungsempfehlungen gelesen habe, sind mir natürlich auch eine Reihe von Leerstellen aufgefallen. Aber die größte Stärke dieses Papiers ist, dass es zeigt, dieses vergangenheitspolitische Nirwana – davon kann man ja sprechen, wenn man auf Brandenburg über viele Jahre schaut – besteht nicht nur daraus, dass nicht genug über die Stasi gesprochen wurde. Es reicht in alle Lebensbereiche hinein. Ob es um den Sport geht, um die Eigentumsfragen, um die Frage nach den Blockparteien und der SED, ob es um Museen geht, um Bildung, um die Medien – auch wenn ich mich frage, warum die hier nur einen sehr sparsamen und kleinen Absatz gekriegt haben. Es wird noch einmal aufgefächert, dass Aufarbeitungsprozesse keine Schmalspurbahn sind, sondern in die gesellschaftliche Kultur, in alle Bereiche hineinreichen – zum Schaden der nächsten Generation, wenn man sie nicht anpackt. Das ist, denke ich, das allergrößte Verdienst, dass diese Themen erst mal aufgemacht wurden. Und auch wenn das ein oder andere fehlt, wäre schon sehr viel erreicht, wenn der Brandenburgische Landtag, der ja die Verantwortung dafür hat, dass diese Kommission ins Leben gerufen wurde, nun auch diese Ergebnisse und sich selber Ernst nimmt und alle paar Jahre nachschaut und fragt, was ist denn aus unseren Beschlussempfehlungen geworden. Das halte ich für absolut notwendig. Dass daneben auch noch geschaut werden muss, wo sind die Leerstellen, worum drücken sich die Brandenburger etwas pauschal gesagt noch, das steht nicht im Gegensatz dazu. Das kann man machen. Wie gesagt: Mein Glückwunsch. Hier ist sehr viel geschafft worden. Schritte in die richtige Richtung. Keiner hat erwartet, dass damit die Arbeit getan ist. Dass ist auch nicht die Aufgabe der Enquetekommission, nicht mal nur eine Sache des Landtags. Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, dass der Ball jetzt aufgenommen wird.

STEPHAN HILSBURG

Brandenburg könnte Schrittmacher werden

(...) Ich glaube, dass eine solche Arbeit fortgesetzt werden kann und fortgesetzt werden muss. Eine solche Enquetekommission ist immer auf Zeit angelegt, gar keine Frage, aber sie hat wie diese hier Impulse gesetzt. Das merke ich durchaus sehr positiv noch einmal an. Da stehen beachtliche Dinge in den Handlungsempfehlungen und die umzusetzen ist absolut richtig. Aber es kommt darauf an, dass auch – vielleicht sogar staatliche – Institutionen geschaffen werden, vielleicht neben der von Ulrike Poppe, die sich die Aufarbeitung zum Ziel setzen. Die Landesregierung kann sich der Aufarbeitungsthematik auch in besonderer Weise widmen, indem sie beispielsweise Schrittmacher wird bei der Frage der Anerkennung der gesundheitlichen Haftfolgeschäden, dazu steht ja im Bericht auch etwas drin. Indem sie beispielsweise Schrittmacher wird bei der Frage der Erweiterung der Opferpensionen, wo zusätzliche Opfergruppen mit aufgenommen werden. Dann

beispielsweise um diese Denkmäler oder ein Denkmal für die Zersetzungsoffer. Das gibt es bisher noch nicht, da würde Brandenburg auch Schrittmacher in der Bundesrepublik sein. Das ist ein Thema, was auch noch viel tiefer wissenschaftlich und psychisch erforscht werden muss als das bisher der Fall war. (...)

ULRIKE POPPE

Die Enquetekommission sollte nicht die Fortsetzung des Stolpe-Untersuchungsausschusses sein

(...) Es konnte der Enquetekommission nicht um ein Wiederaufleben der Stolpe-Debatte gehen und auch nicht um ein Aufwärmen der Arbeit des Untersuchungsausschusses. Und ich meine auch, dass es uns nicht weiterbringt, die brandenburgischen Versäumnisse in der Aufarbeitung allein auf den Ministerpräsidenten zurückzuführen. Es kann nicht unbeachtet bleiben, dass Stolpe eine wirklich übergroße Mehrheit im Land hinter sich hatte. Ich denke, da muss man ansetzen: Warum haben die Brandenburger Manfred Stolpe gewählt, obwohl es doch eine Reihe von Hinweisen gab, dass er sich offenbar mehr als für seine Aufgaben als Konsistorialpräsident nötig, mit der Staatssicherheit eingelassen hatte. (...) Verallgemeinert meine ich, dass es eben nicht reicht, jemanden zu outen, wenn er Mandatsträger geworden ist und ihm vorzuwerfen, er habe ja damals für die Stasi gearbeitet. Man muss auch fragen – wenn das vorher bekannt war – warum haben die Menschen ihn trotzdem gewählt? Für einen Teil der Bevölkerung scheint es nicht mehr wichtig zu sein, welche Rolle der Kandidat zu DDR-Zeiten gespielt hat. Allerdings, - nach der von der Enquetekommission in Auftrag gegebenen FORSA-Umfrage, hat sich die Mehrheit der Befragten durchaus dafür ausgesprochen, eine Stasibelastung bei ihrer Wahlentscheidung nicht unberücksichtigt zu lassen. Also müssen wir uns auch fragen, warum dennoch Träger des SED-Systems in politisch einflussreiche Positionen gewählt wurden. Sicher, nicht jede Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit war so gravierend, dass dem Betroffenen nicht ein glaubwürdiger Wandel zu einer demokratischen Überzeugung zuzubilligen ist. Hinzu kommt vielleicht, dass gerade in Brandenburg, im Berliner Umfeld, viele ehemalige SED-Funktionäre angesiedelt waren. Und es ist ein Flächenland mit damals wenigen Oppositionellen. (...) Ich denke, auch jetzt vor den anstehenden Wahlen, kommt es darauf an, dass die Kandidaten vor der Wahl ggf. danach gefragt werden, was sie damals in der DDR gemacht haben und wie sie heute darüber denken. Eine solche Offenheit, eine solche Auseinandersetzung, dient nicht etwa, - wie zuweilen unterstellt wird -, einer rachedurstigen, unversöhnlichen Wiederbelebung alter Zwietracht. Im Gegenteil! Vertrauen wächst durch Wahrheit. Nur wenn die Karten offen liegen, können die Wählerinnen und Wähler wirklich frei und verantwortlich entscheiden.

AUS DER DISKUSSION

ULRIKE POPPE engagierte sich über viele Jahre in der DDR-Opposition. Sie war Mitglied in Bürgerrechtsgruppen wie der Initiative Frieden und Menschenrechte und Mitbegründerin der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ). Von 1992 bis Februar 2010 arbeitete sie als Studienleiterin für Politik und Zeitgeschichte an der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg. Seit dem 1. März 2010 ist sie die erste Brandenburger Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur.



Im Podium: Ulrike Poppe, Axel Vogel, Carla Kniestedt (Moderation), v. l. n. r.

MARIANNE BIRTHLER

... zur Frage, was sie hoffnungsfroh und sicher stimmt, dass es keinen Schlusstrich unter die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte geben wird

Hoffnungsfroh und sicher sind vielleicht zwei starke Begriffe, so würde ich das nicht bezeichnen. Ich habe aber Hoffnung, und zwar aus Erfahrung. Die Vergangenheit ist nie ganz zu besiegen. Wir sind ja alle aus Vergangenheit gemacht und ein Nein zur Vergangenheit wäre ja auch ein Nein zu sich selbst. Und irgendwann halten das Menschen nicht mehr aus. Oder sie gehen kaputt oder sind gar nicht mehr wirklich lebendig, das kommt auch häufig vor. Nicht alle sehen das irgendwann mal ein, aber es hat eben auch persönlich einen hohen Preis. Ein Teil von einem ist abgestorben, wenn man sich nicht mit dem beschäftigt was war.

Aber was mir wirklich Hoffnung macht – nicht nur bezogen auf Brandenburg, sondern insgesamt – ist die jüngere Generation, die mit einer Intensität, wenig aggressiv, aber ganz zäh Fragen stellt. Das sind immer nur Minderheiten, aber Geschichte war noch nie ein Mehrheitsthema. Davon darf man sich nicht irritieren lassen. Da gibt es auch ein Auf und Ab, es gibt Konjunkturen. Dass das Thema lebendig bleibt, dafür müssen immer welche sorgen, die Jüngeren, die ihre eigenen Fragen stellen. Auch wenn die Alten glauben, sie haben schon alles beantwortet, müssen die es noch einmal für sich klären und für sich Fragen beantworten. Das ist meine Erfahrung. Die Nachfrage bei Jüngeren lässt ja keineswegs nach. Eher im Gegenteil und immer vorausgesetzt, sie kriegen interessante Angebote. Und darauf setze ich, dass die nicht einfach wiederkäuen, was die Alten ihnen am Abendbrottisch gesagt haben, sondern sie ihre Fragen stellen, ihre Muster lesen und kucken, wie finde ich denn das? Das ist nicht nur Hoffnung, das ist auch Erfahrung, dass die das tun. In den ersten zehn Jahren, wenn ich manchmal in Schulen in Brandenburg eingeladen war, konnte man rückwärts wieder rauslaufen. Diese Bilder, wo die Schüler verdruckst sind und die Lehrer mit verschränkten Armen hinten stehen und warten, was die da nun wieder sagen und wo man wusste, wie dann wieder hinterher drüber diskutiert wird, die gibt es noch, aber es sind immer weniger. Es macht sich schon ein Generationenwechsel bemerkbar und die jungen Leute sind auch nicht mehr so konfluent mit ihren Eltern. Sie sind vielleicht nicht so wie die 68er, dass sie sie beschimpfen, aber sie stellen Fragen und das finde ich toll.

ULRIKE POPPE

Junge Menschen mit großer Offenheit für Zeitzeugenarbeit

Veranstaltungen zur DDR-Vergangenheit werden üblicherweise selten von jungen Leuten besucht. Es sei denn, es gelingt, die historische Reflexion in Bezug zum Hier und Heute zu setzen und damit an die Lebenswelt der jüngeren Generation anzuknüpfen. Eine solche Anknüpfung kann auch mit einem Zeitzeugengespräch gegeben sein, wenn jemand, der der eigene Großvater, Nachbar oder Onkel sein könnte, seine ganz persönliche Geschichte erzählt. Oder, besser noch, er kommt darüber mit Schülerinnen und Schülern ins Gespräch. Ich habe eigentlich ganz gute Erfahrungen in Schulen gemacht: Wenn die Zeitzeugen es verstehen, im Detail und nachvollziehbar ihr Leben in der Diktatur zu schildern, und die Lehrer bzw. politischen Bildner den Bezug zu aktuellen, relevanten Fragen herstellen, werden die Erfahrungen vom Leben in der Diktatur auch für junge Menschen interessant. Zu Hause, in der Familie, wird offenbar wenig über diese Zeit gesprochen. Ab und zu fällt mal eine Bemerkung am Abendbrottisch, dass man damals nicht solche Mühe hatte mit der Steuererklärung, dass die Brigadefeiern ganz lustig waren und man sich in der Hausgemeinschaft untereinander half. Aus diesen Bruchstücken können sich die nach 1990 Aufgewachsenen aber nur schwerlich ein DDR-Bild formen. Und wenn diese Themen in der Schule kaum aufgenommen oder wenig anschaulich vermittelt werden, dann bleibt unsere jüngere Geschichte für die nachfolgende Generation eine Leerstelle. Mit guter Zeitzeugenarbeit kann dann wenigstens ein Eindruck vom Leben unter staatlicher Willkür haften bleiben.

Politik muss gute Rahmenbedingungen für Aufarbeitung bereitstellen

Ich würde gerne noch die Frage ansprechen, welchen Beitrag die Politik in der Aufarbeitung leisten kann. Aufarbeitung kann man nicht verordnen, das ist klar. Aber die Politik kann natürlich Rahmenbedingungen setzen. Sie kann anregen, indem sie zum Beispiel Aufarbeitungsinitiativen würdigt und strukturell fördert. Forschung, Publikationen, Veranstaltungen und Filme können das historische Bewusstsein erweitern und die Auseinandersetzungen mit den Hinterlassenschaften der SED-Diktatur voranbringen. Sie kann den Widerstand gegen das System in der DDR würdigen und ihm einen Platz in unserer Freiheitstradition einräumen. Sie kann sich gegenüber den Opfern staatlicher Willkür solidarisch erweisen und dazu beitragen, ihre soziale Situation zu verbessern. Sie kann den Erhalt von Erinnerungsorten und die Arbeit von Gedenkstätten fördern, damit auch die nachfolgenden Generationen eine Vorstellung davon gewinnen, wie der SED-Staat gegen Menschen vorging, die sich dem Regime verweigerten. Auch die Förderung von Selbsthilfestrukturen in Opferverbänden und Häftlingsgemeinschaften, für die seit anderthalb Jahren Lottomittel eingesetzt werden, trägt dazu bei, die Opfer der Diktatur mit ihrer Umwelt, zu der auch mehr oder weniger Träger oder zumindest Dulder des alten Systems gehören, zu versöhnen. Diese Unterstüt-

zung, der zweifellos auch ein hoher symbolischer Gehalt innewohnt, wird von den Betroffenen sehr gut angenommen. Die Enquetekommission hat nun empfohlen, diese Förderung zu verstetigen, d.h. einen eigenen Haushaltstitel dafür anzusetzen. Nun bleibt nur zu hoffen, dass diese Empfehlungen auch umgesetzt werden.

STEPHAN HILSBURG

Wir brauchen ein Klima intellektueller Aufgeklärtheit – und mehr Mut in der Politik

Skepsis und Hoffnung gehören hier zusammen. Ich halte es überhaupt nicht für selbstverständlich, dass das, was hier als Aufarbeitungsprozess vielleicht begonnen hat, fortgesetzt wird. Das ist eine Frage des aktiven Wollens gesellschaftlicher Kräfte und nicht zuletzt des Staates selbst, der sich um dieses Thema kümmern muss. Die demokratischen Parteien, die hier gefragt sind, (...) müssen sich darüber im Klaren sein, dass das in ihrem Interesse liegt. Demokratie braucht Politiker, die bereit sind, sich den Wind um die Nase wehen zu lassen, die ihren Weg gehen, die Interessen erkennen, mit Scharfsinn analysieren und öffentlich artikulieren können. Ohne diese Debatte, die in Brandenburg nur ganz wenig stattfindet – und wenn ich unterhalb der Landesebene schaue, findet sie fast gar nicht statt, in manchem Kommunen gibt es sie gar nicht, da herrschen schlimmere Zustände als zu Zeiten der Nationalen Front – ohne die Erfahrung von lebendiger Demokratie wird die Demokratie nicht wachsen können. Also müssen dort Impulse gesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist es zum Beispiel wichtig an diejenigen zu erinnern, die diese ‚Wende‘ hier begonnen haben, die diesen eigenen Weg gegangen sind. Die Demokratie braucht sie. (...)

Das betrifft nicht nur Brandenburg: Wenn ich im Elbsandsteingebirge sage, ich bin demokratischer Politiker, darf ich mich als solcher nicht zeigen, weil ich eins aufs Dach kriege. In Ueckermünde ist das ganz genauso. Wenn ich mir dann die Partner ansehe und dann sehe ich die Linkspartei, die hat strukturelle Probleme, die so widersprüchlich sind, dass sie als Partner gegen die Rechtsextremen ja schon fast ausscheidet, weil sie ja auch Systemwandel will. Wenn ich das alles nicht benenne, wenn ich nicht ein Klima intellektueller Aufgeklärtheit schaffe – und wenn es nur an wenigen Stellen ist – dann werden wir unser Land nur wenig modern kriegen. Dann werden wir das nicht hinkriegen, wofür wir mal angetreten sind, nämlich Ostdeutschland zu einer lebenswerten politischen Landschaft zu machen, wo die Jugend nicht mehr weg will, sondern wo sie sich wohlfühlt und zuhause ist, nicht nur weil es ums Geldverdienen geht, sondern weil es einfach Spaß macht hier zu leben. Die demokratische Politik ist die erste, die sich um diese Sachen zu kümmern hat. Aber wenn ich nicht bereit bin, in meine Archive zu kucken und die Leichen aus dem Keller

AUS DER DISKUSSION

zu lassen, dann kriege ich diese Atmosphäre nicht hin. Deswegen noch mal: Es liegt im demokratischen Interesse dieses Landes und seiner Parteien, eine solche Diskussion anzustoßen und zu befördern.

AXEL VOGEL

Gründe genug für Zuversicht: Brandenburg wandelt sich

Ich bin ganz generell hoffnungsvoll zuversichtlich. Erstens: Menschen ändern sich. Das zeigt allein schon die Geschichte dieser Enquetekommission. Wer hat diese Enquetekommission federführend mit zu verantworten gehabt? Da war zum einen Frau Wanka. Frau Wanka hatte als CDU-Fraktionsvorsitzende eine Geschichte, DDR-sozialisiert, Neues-Forum-Mitbegründerin und dann irgendwann mal in der CDU gelandet. Und da war Herr Goetz von der FDP. Für die Enquetekommission brauchten wir die Unterstützung von einem Drittel der Abgeordneten im Landtag. Das hieß, alle Oppositionsfraktionen mussten gemeinsam die Enquete beantragen. Ich habe mir damals gedacht, das wird unmöglich mit Herrn Goetz. Herr Goetz war in der DDR SED-Mitglied gewesen. Und gerade er war derjenige, der damals sagte: Super Idee, das müssen wir machen. Ich will jetzt hier nicht das Loblied über Herrn Goetz singen. Aber es zeigt, dass individuell natürlich Weiterentwicklung stattfindet – sonst würden wir hier vermutlich auch gar nicht sitzen. Zum Zweiten: Brandenburg ändert sich. Es war ein großer Fehler von Matthias Platzeck im Wahlkampf 2009, dass er den Brandenburger immer noch unter „Zukunft braucht Herkunft“ als jemanden gesehen hat, der mindestens 20 Jahre DDR-Sozialisation auf dem Buckel hat. Man sieht aber, dass von den gegenwärtig 2,4 Millionen Brandenburgern über 1,2 Millionen überhaupt nicht zu DDR-Zeiten in Brandenburg gelebt haben – dass wir einen Bevölkerungswandel haben. Wir kommen jetzt in eine Situation, wo der Generationenwechsel stattfindet, nicht nur bei Lehrern. Es war für mich eine der wesentlichen Erkenntnisse und ein Aha-Effekt in der Enquetekommission, als es hieß, die Ausbildung von Geschichtslehrern an der Universität Potsdam ist hervorragend, nur es wurde nach 1989 erst mal kein einziger neuer Geschichtslehrer eingestellt ... Hier findet jetzt ein Generationenwechsel statt. Wenn man sich den Sportbund ansieht: Dort hat man sich bis zur Enquetekommission nicht getraut, sich mit seiner eigenen Stasi-Vergangenheit, mit seiner Leistungsorientierung, mit den Dopingopfern, auseinanderzusetzen. Das ist zum Beispiel ein unmittelbares Ergebnis für das Zusammenspiel von Enquetekommission und Generationenwandel. Ich denke, ich kann hier ganz zuversichtlich in die Zukunft gehen, weil dieser Wandel weitergehen wird, weil junge Menschen nachrücken werden, weil neue Menschen in Funktionen kommen. Und die wollen „Zukunft braucht Herkunft“ nicht nur unreflektiert, sondern sie wollen eine bewusste Auseinandersetzung mit ihrer Herkunft haben und sie schauen in ihre Vereine und Verbände rein und in ihre Ministerien. Daher ich bin da sehr zuversichtlich.

ANNETTE LEO

Gibt es sie denn überhaupt, die objektive Geschichtserzählung?

Objektivität sollte immer angestrebt werden. Objektivität hat ja etwas mit Fakten zu tun. Aber in dem Moment, wo jemand davor sitzt und diese Fakten bewertet und daraus eventuell auch noch Handlungsempfehlungen macht, ist das eine Deutung, eine Bewertung, die etwas mit der Subjektivität der betreffenden Person zu tun hat. Es geht um die Auswahl der Fakten, wie man sie gewichtet und was man daraus am Ende macht. Ich gehöre als Historikerin zu den wenigen, in anderen Ländern gibt es das öfter, die öfter mal „Ich“ schreiben oder sagen. Weil ich es wichtig finde, dass man sich als Subjekt in solche Bewertungen mit einführt und gar nicht erst so tut, als ob das jetzt ober-objektiv ist. Aber das Objektive, was aus den Fakten und aus dem Willen, eine bestimmte Sache zu untersuchen, hervorgehen muss, ist natürlich ein unbedingtes Muss. (...)

DR. ANNETTE LEO studierte von 1968 bis 1973 Geschichte und Romanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin in Ost-Berlin und arbeitete anschließend als Journalistin, unter anderem bei der Zeitschrift Horizont. Nach der Promotion 1982 arbeitete sie bis 1986 als Redakteurin bei der Neuen Berliner Illustrierten und von 1986 bis 1989 als freiberufliche Historikerin und Publizistin. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin war sie 1991 bis 1993 am Prenzlauer Berg Museum tätig und von 1993 bis 1996 am Forschungsinstitut für Arbeiterbildung Recklinghausen. Von 2001 bis 2005 arbeitete sie am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und wechselte anschließend als wissenschaftliche Mitarbeiterin zum Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena.



Im Podium: Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Prof. Dr. Johannes Weberling, Carla Kniestedt (Moderation), Dr. Annette Leo, Adj.-Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs

HELMUT MÜLLER-ENBERGS

Es geht um Wahrhaftigkeit und das ehrliche Bemühen um Erkenntnis

Ich hätte ehrlich gesagt keine Lust auf ‚objektiv‘. Das hat die Partei 40 Jahre lang gemacht. Mir wäre eher daran gelegen, wahrhaftig, ehrlich, und darum bemüht etwas genau zu erkennen. Diese Enquete hat keine ‚objektive‘ Geschichte geschaffen. Wir haben zwar sicherlich für Brandenburger Verhältnisse einen großen Wurf gemacht, aber aus nationaler Perspektive braucht man eine Lupe, um da was vorzeigen zu können. Aber für Brandenburg ist das ein großer Schritt. Ich will Ihnen das an einem Beispiel illustrieren. Ich hatte im Zuge der Regie dieser Enquetekommission die Ehre, als Politikerpartner einen jungen Genossen der LINKEN zu haben. Und jetzt haben Sie ja gefragt, gibt es objektive Geschichte? Hier zumindest gab es keine größere vorstellbare Distanz an Fragen. Der Versuch, irgendwo eine Linie zu finden und sich zu verständigen, war sehr schwer und regelmäßig damit verbunden, dass man Kompromisse eingehen musste. Bestimmte Themen waren schon ganz am Anfang Tabu und wurden nicht diskutiert. Wie relevant das Thema wohl sein wird, sieht man am Landwirtschaftsthema: Was da alles für Geschichten plötzlich hochgekommen sind. Tabu war eine historisch relativ unbedeutende politische Gruppierung, nämlich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Auftrag an die Enquetekommission war die Frage: Gab es eine personelle Kontinuität oder einen Austausch zumindest der Eliten der Parteien im Land Brandenburg. Ich habe diese Frage bei dem Vertreter der LINKEN nicht durchsetzen können. Oder, ein weiteres Beispiel: Das Thema Arbeitsamt. Das interessiert denjenigen, der unmittelbar damit in Kontakt steht und der schon gerne wissen möchte, wer sein Gegenüber ist und die Arbeit lenkt. Beispiele und Belege dafür, dass das Ergebnis der Enquetekommission nicht annähernd objektiv sein kann, weil bestimmte Wirklichkeiten, die wirklich zu erörtern gewesen wären, überhaupt nicht auf die Tagesordnung gekommen sind. Insofern, wenn wir als Wissenschaftler ehrlich sind: Es standen hier neugierige Wissenschaftler interessengeleiteten politischen Kräften gegenüber. Das bringt nie eine gute Paarung.

ADJ.-PROF. DR. HELMUT MÜLLER-ENBERGS studierte Politologie und arbeitete als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin. Von 1990 bis 1992 war er Pressesprecher der Fraktion Bündnis 90 im Landtag Brandenburg und dort wissenschaftlicher Mitarbeiter im Stolpe-Untersuchungsausschuss. Seit 1992 ist er wissenschaftlicher Referent beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und war dort unter anderem Leiter der Forschungsgruppe Rosenholz. 2007 wurde er zum Dr. phil. promoviert. Es folgten Lehrtätigkeiten in verschiedenen Ländern. Seit 2010 bzw. 2012 ist Müller-Enbergs Honorarprofessor an Hochschulen in Odense (Dänemark) und Visby (Schweden). Von 2010 bis 2014 war er außerdem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benanntes Mitglied der Enquetekommission Aufarbeitung.

JOHANNES WEBERLING

Wegen unserer subjektiven Anschauungen brauchen wir die gesellschaftliche Debatte

Objektivität gibt es nicht. Wir sind Subjekte und haben subjektive Anschauungen. Wir können mit unserer Brille, mit unseren Erfahrungen, mit unserem Intellekt versuchen, Dinge zu erfassen und zur Diskussion zu stellen. Und dann ist ja das Spannende, wenn man sich einer sachlichen Diskussion stellt, dann robbt man sich mit Rede und Gegenrede, mit Verifizierung und Falsifizierung der entsprechenden Belege so langsam an einen versuchsweise objektiveren Zustand heran und sagt, OK, das könnte so wahr gewesen sein. (...) Von daher gesehen ist das ja das Spannende an einer gesellschaftlichen Debatte: Dass man miteinander redet, miteinander streitet. Kollege Müller-Enbergs hat das ja zurecht gesagt, Debatte – jedenfalls zu diesem Thema – ist ja hier in Brandenburg – mit Verlaub, ich bin ja Gast – nicht so unbedingt in Mode gewesen. Und von daher – ich habe ja die Erfahrung auch als Gutachter gemacht – hat man immer wieder das Gefühl gehabt: auf der einen Seite ist ein ehrlicher Wille da, eine Debatte anzuschieben, andererseits gab es dann immer wieder objektive Sachzwänge ... Die Sozialdemokraten hier im Raum mögen mir verzeihen, aber ein Sachzwang für viele SPD-Mitglieder war das Thema Stolpe. (...) Sobald man begann, an diesem Denkmal zu kratzen, zu hinterfragen, ob das alles so richtig gewesen ist, obwohl Herr Stolpe doch auch nur ein Mensch gewesen ist, der seine Fehler hatte, was völlig normal ist ... Es gibt so Quasi-Heilige, die man nicht näher antasten durfte. Das wurde dann ein Problem. Aber ich bin deswegen trotzdem nicht so negativ. Man kann natürlich auf der einen Seite mit einer pessimistischen Weltansicht rangehen und sagen, die ganze Arbeit war für die Katz gewesen, es ist nix bei rumgekommen. Wenn man sich den Abschlussbericht anschaut, da sind viele wachsweiße Formulierungen drin, auf die man sich in einer großen Koalition von LINKE bis FDP und Grüne verständigen kann. Das ist sicherlich schön.

PROF. DR. JOHANNES WEBERLING wurde 1958 geboren und ist Jurist, Historiker und Hochschullehrer in den Bereichen Medienrecht, Arbeitsrecht und Stasi-Unterlagen. Er war ab 1990 Rechtsanwalt in Berlin mit den Schwerpunkten Medien- und Arbeitsrecht sowie Stasi-Unterlagen, ist Initiator des 2001 gegründeten Studien- und Forschungsschwerpunkts Medienrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und seit 2005 dort Honorarprofessor.

ANNETTE LEO

Was die Aufarbeitung von NS-Terror und SED-Diktatur verbindet – und was trennt

Ich war in der Expertenkommission für die Neuorientierung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Da ging es in ziemlich harten Auseinandersetzungen Anfang der 90er Jahre um den Umgang mit zwei verschiedenen Vergangenheiten. Einmal stand der bisherige Umgang mit der NS-Geschichte, so wie er vom SED-Politbüro bis dahin geübt worden war – ganz einseitig nur auf kommunistischen Widerstand konzentriert und bestimmte Opfergruppen völlig ausgeblendet – zur Disposition. Da musste ein neues Konzept für die ehemaligen Konzentrationslager, für die Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück und für das Zuchthaus Brandenburg, gefunden werden, um die Geschichtsbetrachtung, die Geschichts- und Erinnerungskultur auf eine andere Grundlage zu stellen. Und gleichzeitig stand in Sachsenhausen und in einigen anderen kleineren Gedenkstätten die Frage nach dem Umgang mit dem Speziallager, was da nach 1945 auch war. Ich kann mich erinnern an heftigste Debatten, die damals entbrannt waren. Da ging es – beim Speziallager – noch gar nicht um die DDR. Da ging es um das verordnete Schweigen in der DDR-Zeit über diese Zeit. Wie dort die Experten, die Historiker aus Ost und West zusammengesessen haben und versucht haben, die Betroffenen, die Opfer und Verfolgten aus beiden Diktaturen irgendwie ein bisschen voneinander fernzuhalten und einen Konsens zu finden, damit beide Opfergruppen – sowohl aus der NS-Zeit als auch aus der Zeit des Speziallagers der sowjetischen Besatzungszeit – diesen Ort füreinander akzeptieren. Dass beide Gruppen das Recht haben, ihre Erinnerung an diesem Ort zu platzieren. Das ging über Jahre und das war ganz schwer. Heute kann man sich das gar nicht mehr vorstellen, dass das mal so schwer war, weil es heute einfach Konsens ist.

(...) Ich hatte von der Enquetekommission beim Bundestag den Auftrag bekommen, einen Vergleich Sachsenhausen vor 1945 und nach 1945 zu schreiben. Den meisten Platz habe ich dabei für die Argumentation verwendet, dass man das nicht so gut miteinander vergleichen kann. Natürlich kann man alles miteinander vergleichen, man kann dann meistens feststellen, dass es ganz viele Unterschiede gibt, aber auch Gemeinsamkeiten. Aber dieses Vergleichen, das hatte für mich gerade in den 90er Jahren immer den Geruch, dass hier etwas gleichgesetzt wird: Diktatur/Diktatur, Verfolgung/Verfolgung. Und man muss es doch schön auseinanderhalten, weil es doch zwei ganz verschiedene Epochen, ganz verschiedene Zeiten und auch Umstände waren. Was ich im Nachhinein aber doch als Parallelitäten bezeichnen würde, sind Mentalitäten in der Bevölkerung in beiden Diktaturen. Dieses Nicht-Solidarischsein mit Verfolgten, Nichtsolidarischsein mit Leuten, die eine Minderheitenposition vertreten, dieses Hinterher-Darüberschweigen, das Hinterher-Sagen, „man konnte doch nicht anders“ – das kann man schon vergleichen und auch

Parallelen finden – während ich diese beiden Diktaturen als Wissenschaftlerin immer lieber getrennt behandeln möchte.

HELMUT MÜLLER-ENBERGS

Nach Systemwechseln steht immer die Frage des Umgangs mit den Vertreterinnen und Vertretern der alten Ordnung

Wir sprechen jetzt über zwei Diktaturen. Aber wenn wir uns die deutsche Geschichte der letzten 100 Jahre angucken, dann müssen wir doch feststellen, dass wir vier Systemwechsel hinter uns gebracht haben, jeweils mit dem Ergebnis, dass sich die Bürger der neuen Position anzupassen hatten und zu integrieren waren. Das war nach '45 so und das war nach '90 so. Und hier hat das Land Brandenburg wirklich eine Spitzenreiterrolle eingenommen. Es ist ein Verdienst des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe, so systemnahe Kräfte erfolgreich in den Aufbau des Landes Brandenburg integriert zu haben. (...) Ich meine es so, wie ich das sage. Die Frage ist, ob die alle immer oben schwimmen müssen.

In Brandenburg hieß es immer: Brandenburger Weg. So what? In anderen Bundesländern hat man eher hinterfragt, ob man bestimmte Klientelgruppen so prominent platzieren muss. In Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt. Ich will das jetzt nicht an Parteien und Blockflöten deutlich machen, sondern das leidige Thema Stasi benennen. In den meisten neuen Bundesländern wurde dieses Thema sehr kritisch reflektiert und man hat manch einem eine neue Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet. In Brandenburg war das anders. In Brandenburg hatte nur jeder Dritte, der überhaupt überprüft wurde – die Staatskanzlei ist zu einem Viertel, das Finanzministerium zu einem Drittel überprüft worden - erfahren müssen, wegen des Themas Staatssicherheit Konsequenzen ziehen zu müssen. Deshalb hat man gesagt, Brandenburg war die kleine DDR – man ist sehr milde mit dieser sozialen Gruppe umgegangen. Um das mal an die Enquetekommission zurückzubinden: Deren Leistung ist es, das mal sehr genau zu beschreiben und auch an Zahlenwerten deutlich zu machen. Und deshalb kann man heute empirisch und wissenschaftlich begründet sagen: Kein anderes neues Bundesland hat so erfolgreich inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst eingeladen, dort wirken zu können. Schade ist nur, dass es im Abschlussbericht nicht heißt, Brandenburg war ein „mildes“ Land. Das ist rausgestrichen worden. Jetzt heißt es dort, es gab „Lücken“ bei der Überprüfung. Und eigentlich ist die Enquetekommission ein Stück weit dein Tag, Marianne. Denn zwei Forderungen, die du damals aufgestellt hast, hat die Enquetekommission endlich zu Potte gebracht. Der Gedanke einer einheitlichen Überprüfung von Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst ist nun Realität, das hast du schon vor 20 Jahren gesagt und jetzt ist es Wirklich-

AUS DER DISKUSSION

keit geworden. Meinem Wissen nach warst du die erste, die damals in der Fraktionssitzung erklärt hat, verdammt noch mal, wir sollten mal alle Richter hier überprüfen. Das ist uns zwar nicht gelungen, das in der Enquetekommission durchzusetzen, aber zumindest ansatzweise. Das ist schon wesentlich mehr als das, wo Brandenburg vor fünf Jahren stand. Ich stimme Axel Vogel ausdrücklich zu: Wir waren etwas besser als unser Ruf ist. Und wenn man die Vergangenheit vergleicht, waren wir fast so schnell wie die 68er nach '45.

JOHANNES WEBERLING

Historische Perioden nicht einfach vergleichen – Mechanismen und Denkmuster aber schon

(...) Sie können historische Perioden nicht einfach vergleichen. Auch totalitäre Systeme können sie nicht vergleichen. Aber: Wir können Mechanismen vergleichen. Das ist das, was Frau Leo gesagt hat. Und sie können auch menschliche Verhaltensformen vergleichen. Da kann man sich überlegen, sind wir heute wirklich viel weiter als, ich will jetzt nicht sagen die Weimarer Republik, das sicherlich schon, aber sind wir wirklich als Menschen weiter, wenn auf einen skurrilen Menschen der Finger gezeigt wird und gesagt wird, das ist einer von „denen“? Sind wir wirklich viel weiter, so dass man sich solidarisch zu ihm hinstellt und sagt, nein, das ist auch mein Kumpel und den fast du nicht an. Es ist doch beachtlich – und das hat mich erinnert an meine eigene Jugendzeit: Die 68er, waren ja dann doch ein bisschen erfolgreich was Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik/alt. Soweit sind wir in Brandenburg leider noch nicht. Es wäre eigentlich ganz schön, wenn hier ein bisschen mehr Bewegung reinkommt. Wir haben hier in Brandenburg im Prinzip eine 1:1 Kopie der alten Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren. Seien wir doch ehrlich: Im Prinzip wäre doch hier jeder Widerstandskämpfer gewesen, oder bestenfalls Mitläufer, aber wir waren doch keine Täter. Nein, überhaupt nicht. Da gab es ein paar Böse. Und unser Ministerpräsident ist doch der oberste halbe Mitläufer/Schrägstrich Widerstandskämpfer, ein guter Mensch gewesen. Der wollte nur das Beste für den Menschen und deswegen hat er auch mit der Stasi oder wem auch immer geredet. Und das haben wir doch auch immer gemacht, wir waren doch wie unser Ministerpräsident, wir konnten doch gar nicht böse sein. Das war state of the art in Brandenburg, die Kultur dieses Landes. Und wenn jetzt die Enquetekommission einen positiven Effekt gehabt hat, dann den, dass der Deckel weggeflogen ist von der Büchse der Pandora. Und wenn jetzt hier wirklich reuige Sünder im Landtag sitzen oder auch anderswo in politischen Bereichen, dann wäre es doch sinnvoll, nach der Dekade, wo nichts passiert ist, jetzt einen Nachholeffekt zu finanzieren, eine Anschubfinanzierung in historischer Bildung, in Forschungsprojekten, in Opferbetreuung. So pleite ist Brandenburg nicht, dass man nicht die paar hunderttausend Euro, das was für gute Initiativen benötigt wird, ausschütten könnte. (...)

MANFRED GÖRTEMAKER

Aufarbeitung durch die Generation der Betroffenen ist immer schwierig

Ich glaube, dass Aufarbeitung in der Generation, die noch betroffen ist, immer schwierig ist. Wir haben das nach 1945 genauso gesehen. Ich selbst leite ja noch eine Kommission beim Bundesministerium der Justiz zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Und da ist es exakt genauso. Es gab in den 50er und 60er Jahren eine unglaublich hohe Elitenkontinuität unter Juristen. (...) Juristen hatten kein Unrechtsbewusstsein, sie hatten nur ein Rechtsbewusstsein. Und diese Kontinuität ist erst durch einen Generationswechsel durchbrochen worden. Das ging so weit, dass es bei Einstellungen – ob es jetzt beim Bundesgerichtshof war oder eben auch im Justizministerium – Emigranten zum Beispiel gar nicht berücksichtigt worden sind. Wir wissen alle, wie schwer es Fritz Bauer hatte, überhaupt den Auschwitz-Prozess durchzusetzen. Und das war 15 Jahre später. Insofern ist es mit dieser ersten Generation unglaublich schwierig. Die 68er haben diese Fragen nicht umsonst so radikal gestellt, weil ihre Eltern diese Fragen eben nicht gestellt haben. Insofern ist auch diese Enquetekommission genau an diesem Wendepunkt des Generationswechsels angesiedelt. Das ist vielleicht kein Zufall, weil die erste Generation daran kein Interesse hatte.

(...) Was man aber sagen kann: Elitenkontinuität ist bei Systembrüchen, wenn sie nicht gar so radikal sind wie 1945 in der SBZ, eher an der Tagesordnung. Wenn es einen Systembruch gibt, der auch zum Elitenwechsel führt, dann ist das doch die große Ausnahme. Insofern sollten wir uns nicht wundern, sondern wir sollten etwas dafür tun, dass wir aus dieser Situation für die nächste Generation etwas herausholen können, was dann auch für Brandenburg bessere Perspektiven aufweist.

Was mir noch sehr wichtig erscheint: Der demographische Wandel wird dazu führen, dass man auch hier in Brandenburg die Frage nach der Vergangenheit stellt. Aber „Vergangenheitsbewältigung“ – in Führungszeichen – wird nicht durch Enquetekommissionen passieren, sondern sie wird in erster Linie durch die Wissenschaft erfolgen müssen, das. Zum zweiten aber auch durch die Schulen, das ist ganz wichtig, das hier bei den Lehrern etwas passiert. Und zum dritten – hier kann die Politik etwas tun – dass man auch mal genau hinschaut, ob die Landeszentrale für politische Bildung hier nicht in der Vergangenheit eine Aufgabe versäumt hat und in der Zukunft hier noch mehr tun könnte.

AUS DER DISKUSSION

PROF. DR. MANFRED GÖRTEMAKER studierte von 1969 bis 1975 Geschichte, Politikwissenschaft und Publizistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und an der Freien Universität Berlin. Seine Promotion erfolgte 1977, die Habilitation 1990. Seit 1992 ist Görtemaker ordentlicher Professor für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt 19./20. Jahrhundert an der Universität Potsdam.

HELMUT MÜLLER-ENBERGS

Vor welchen Aufgaben Wissenschaft und Politik bei der Aufarbeitung von DDR-Geschichte in Zukunft stehen

An erster Stelle steht die Sicherung von Akten. Deshalb darf man der Enquetekommission gratulieren, dass sie dem Gesetzgeber des Bundes ausdrücklich nahegelegt hat, den Standort Frankfurt/Oder als Außenstelle der Stasiunterlagenbehörde zu verteidigen und zu erhalten. Nicht auch noch Frankfurt/Oder wegmachen!

Aktensicherung bedeutet auch, Akten zugänglich zu machen. Ein großes Problem in der Enquetekommission war, dass die Ministerien zu viel Kraft benötigten, Akten zu finden und zur Verfügung zu stellen. Hier haben Historiker noch die Aufgabe, die Aktensicherung vorzunehmen. Wie wichtig das ist, will ich an einem Beispiel illustrieren, das Axel Vogel schon angedeutet hat. Man stelle sich vor: Die Stasiunterlagenbehörde schickt 1992 Bescheide zu Landtagsabgeordneten an diesen Landtag. 100 Bescheide. 12 werden damals bekannt, durch eine Kommission. Sieben weitere verschwinden in einem Aktenordner, der vor drei Jahren zufällig beim Landtagspräsidenten gefunden wird, der prüft, ob es überhaupt historisch sicherbares Archivgut sein könnte. Das Ergebnis aller Bescheide besagt nunmehr: 19 von 100 Abgeordneten hatten ein Abonnement mit der Staatssicherheit. Und Axel Vogel hat Recht: drei Umschläge waren nicht geöffnet. Vier waren geöffnet, unter anderem der von Heinz Vietze. Und die damalige Bischofskommission hat glatt vergessen, dem Parlament mitzuteilen, dass auch er als Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit erfasst war. Ich will das nicht auf Stasi begrenzen. Wenn sie fragen, was ist Wissenschaft, dann sage ich: Aktensicherung, Aktensicherung – und Aktenzugang gewährleisten. Hier ist Brandenburg noch ein beachtliches Entwicklungsland und hat Entwicklungspotenzial.

ANNETTE LEO

Viele Menschen finden sich in der Aufarbeitungsdebatte nicht wieder

(...) Es gibt bestimmte Gründe, warum Leute sich so ein Denkmal wie Stolpe oder auch jemand anderen aufbauen und an diesem Denkmal auch nicht rühren lassen wollen. Ein Grund, der mir dazu spontan einfiel, ist die riesige Verunsicherung damals und dass die Leute sich an irgendetwas festhalten wollten. In Sachsen haben sie sich auch an dem Ministerpräsidenten festgehalten, nur der war eben aus dem Westen und konnte keine Stasiverbindung haben. Der ist als König bezeichnet worden. (...)

Das war eine Verunsicherung von großen Teilen der Bevölkerung, die bei solchen Brüchen und Transformationsprozessen natürlich ist. Diese starke Verunsicherung trifft bei weitem nicht nur Leute, die Dreck am Stecken hatten, sondern auch ganz viele andere, die gesagt haben, ich habe doch in der DDR ganz normal gelebt und bin auch nicht verfolgt worden. Und die fanden sich – Brandenburg ausgenommen, da war ja diese Aufarbeitung, diese Dichotomie Täter-Opfer, in die die ganze Gesellschaft eine Weile zu zerfallen drohte, nicht so präsent – im Allgemeinen in großen Teilen der Bevölkerung in dieser Art von Aufarbeitung nicht wieder. Die sagten, ich war weder das Eine noch das Andere: Wo komme ich eigentlich vor? Von daher kann man auch ein gewisses Desinteresse an Geschichte, an Geschichtsübermittlung und so weiter da auch sehen. Denn eigentlich müsste sich jeder Mensch für seine Geschichte interessieren, zumindest für seine Familiengeschichte. Und ich würde gerne da ansetzen, nämlich bei der Alltagsgeschichte. Wo auch Repression, Sich-Verbiegen, Sich-Anpassen im Alltag nicht mit solchen großen dramatischen Geschichten, sondern mit ganz kleinen Bewegungen in jedem Leben vorkommen – aber auch die Lebensleistung, die die Leute in der DDR vollbracht haben und auf die sie gerne stolz sein möchten und wo sie immer nicht so richtig wissen, ob sie das jetzt dürfen.

Das ist so mein Thema, womit ich mich im Moment beschäftige: Was uns so aus der Dichotomie der letzten 20 Jahre auch ein bisschen rausführt und eine Thematisierung der gleichen Dinge und der gleichen Ereignisse ermöglicht, bei der eine größere Anzahl von Menschen mitgenommen wird.

AUS DER DISKUSSION

JOHANNES WEBERLING

... über seine vordringlichsten Wünsche für die Zukunft der Aufarbeitung

Erster Wunsch: Ich bin nicht nur Historiker, sondern auch Jurist. Ich bin wirklich der Meinung, dass man die Justiz in Brandenburg zwingend aufarbeiten muss. (...) Ich habe aus meiner Praxis als Hochschullehrer, aber insbesondere als Anwalt in Brandenburg Erfahrungen gemacht, wo ich sage: Das kann irgendwo nicht sein. Ich will nicht alle an den Pranger stellen. Das gab es auch positive Erfahrungen. Aber das müsste man mal tun, weil das ja auch eine Frage des Grundvertrauens der Bevölkerung in den Staat ist. Ob die Judikative unabhängig ist, ob sie fair ist, dass sie an das Gesetz, das Recht gebunden ist, nicht nur an irgendwelche Vergangenheiten.

Zweiter Wunsch: Ich möchte, dass die DDR-Geschichte und vor allem auch die Wende-Geschichte ein Pflichtthema im Abitur ist. Wenn das Pflichtthema im Abitur ist – jedenfalls für die nächsten 10, 15 Jahre – werden sich viele, viele Schülerklassen und andere mehr in die Akten begeben, die dann verfügbar sind. (...) Der entscheidende Punkt ist doch: Wir müssen doch hier in Brandenburg eins noch ein wenig erkämpfen: Brandenburgische Bürokratien transparent zu machen. Dass sie Diener unseres Landes und unserer Bevölkerung sind – und die nicht etwa die Bittsteller. Das, was dort an Content, an Wissen, an Inhalten in den Ministerien und Archiven lagert, ist unser Eigentum als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Wir haben einen Anspruch darauf, dass wir dies einsehen dürfen. Dass nicht, wie ich es selber erbebt habe, erst die Staatskanzlei vorzusehen ist, wenn man an die Gerichte schreibt, schickt doch bitte mal ein paar Informationen über die Rehabilitierungsverfahren. Da kommt allen Ernstes die Staatskanzlei her und gibt eine Rundverfügung heraus: nicht an Herrn Weberling direkt schreiben, sondern erst mal der Staatskanzlei vorlegen, die schickt das dann weiter. Ich habe sieben Tage vor Fertigstellung meines Gutachtens elf Stellungnahmen bekommen, die der Staatskanzlei schon sechs Wochen vorlagen und die man dann an den Gutachter freigegeben hat. Dieses Bewusstsein muss man ändern. Das kann man ändern. Wir haben rechtliche Instrumente, die sind in Brandenburg auch vorbildlich. (...) Diese Mittel sind da, die müssen wir nutzen und dann geht's hier auch aufwärts.

MANFRED GÖRTEMAKER

Offene Gesellschaft nur durch mehr Aufklärung

(...) Die Vermittlung in die Gesellschaft hinein funktioniert nicht. Deswegen glaube ich, und das wäre mein Anliegen, dass sowohl die Medien, insbesondere der RBB, aber auch die Schulen – das muss nicht Abitur sein, aber es muss im Curriculum sein – mehr tun sollten, um hier tatsächlich für

mehr Aufklärung zu sorgen. Denn nur über Aufklärung kommt eine offene Gesellschaft zustande, die auch bereit ist, sich der Vergangenheit zu stellen. Wir haben andere Beispiele – und hier meine ich nicht Russland oder die Ukraine, sondern Österreich oder Japan – wo das über Jahrzehnte hinweg eben nicht geschehen ist. Das ist, glaube ich, nicht positiv. (...)

SIBYLLE SCHÖNEMANN

Die Perspektive der Verfolgten und Benachteiligten: Viele mit verstörenden Erfahrungen im Rehabilitierungsverfahren

(...) Ich will mich daran eigentlich nicht erinnern. Das war ein sehr schwieriger Prozess. In meiner Hoffnung, irgendwie ein Gefühl für den Gutachter zu kriegen, dem ich jetzt wieder meine Lebens- und meine Leidensgeschichte erzählen sollte, habe ich ihn gefragt, ob er sich denn in solchen Fällen wie meinem auskennt. Und da hat er gesagt, er hat schon mit Menschen mit politischem Hintergrund zu tun, aber: An Scheinerschießungen haben Sie doch nicht teilgenommen, oder? Im Sinne von: So schlimm wird's doch nicht gewesen sein, dass ich es nicht beurteilen kann. Und danach habe ich mit dem – unter Licht, was mich sehr an meine Vernehmung erinnert hat – gesessen und ihm meine Geschichte erzählt. Das war schwierig, weil es mir so sinnlos erschien – und letzten Endes kam ja dann auch wirklich nichts bei raus.

Das war jedenfalls für mich sehr schwierig, es ist bis heute schwierig – und es ist für viele schwierig. Insofern ist ein Punkt bei den Handlungsempfehlungen – dass nämlich die Menschen, die begutachten, ein bisschen mehr Ahnung davon haben müssen – schon ganz wichtig.

Zur Frage, ob die Ergebnisse der Enquete Mut machen für die Zukunft

In dem Papier, das hier zustande gekommen ist, sind viele Punkte enthalten, die mir Mut machen. Ich muss schon sagen, es ist wunderbar, dass über die Lehrer gesprochen wird, dass es um weitere Überprüfungen geht, dass es auch darum geht, dass Lehrer auch anders qualifiziert werden müssen, damit solche Desaster, wie sie im Geschichtsunterricht stattfinden, zukünftig nicht mehr stattfinden – es sind viele Punkte, die ich vom Ansatz her richtig finde und über die ich mich freuen kann.

Ich war vor kurzem noch mal zu einer Sitzung der Enquetekommission und habe selbst erlebt, wie um jeden Satz gerungen wird. Auf der einen Seite habe ich eine gewisse Hochachtung dafür, dass zwischen so unterschiedlichen Auffassungen dann ein Konsens gefunden wird und werden muss. Auf der anderen Seite muss ich meinen Vorrednern zustimmen, was alles fehlt. Wenn jetzt nicht

AUS DER DISKUSSION

einmal die Sachen, die hier stehen, weiterverfolgt werden, dann tut mir letzten Endes die Enquetekommission Leid für die viele Arbeit, die sie geleistet hat. Es waren ja schließlich viele Stunden, die sie zusammengesessen haben, diskutiert haben, auch sich gequält haben, bestimmte Wahrheiten zu finden – oder zu verstecken, wie auch immer. Das ist also das Wichtigste: Dass es weitergeht. Und deswegen hoffe ich sehr, dass die Enquetekommission und die einzelnen Mitglieder eine Haltung haben, das weiter zu verfolgen und regelmäßig nachzufragen, wie es um die Punkte steht, die hier aufgeschrieben wurden. Dass es eben nicht nur der Regierung zur Kenntnis gegeben wird und zur Kenntnis genommen wird, sondern dass hier ein anderes Verfahren entwickelt wird, dass man sieht, dass das ernst genommen wird und dass es nicht mit der Kenntnisnahme aufhört.

Zum gesellschaftlichen Klima für die Aufarbeitung

Ich habe ja mit einem sehr gemischten Völkchen zu tun. Da sind auch viele aus dem Westen dabei, die sind sehr interessiert und wollen verstehen, was damals passiert ist. Dann gibt es viele ehemalige Ossi, die sagen: Das ist eigentlich Schnee vom letzten Jahr, und die damit nicht so viel zu tun haben wollen. Die haben sich dann auch versöhnt mit den Leuten, die für die Stasi gearbeitet haben. Die meisten waren ja selbst in der Partei, die meisten waren ja selbst SED-Mitglieder. Sich zu definieren – ist man jetzt Opfer, ist man jetzt Täter, oder was ist man überhaupt? – ist natürlich schwer. Man will kein Täter sein, Opfer war man nicht so wirklich, Mitläufer hört sich auch ganz schrecklich an – und was gibt's denn da noch? Sätze wie „Man brauchte doch nichts zu sagen, man wusste doch, wie man sich verhalten muss, man musste ja nicht ins Gefängnis“ höre ich immer wieder. Und da zeigt sich auch ein gesellschaftliches Denken, dass nämlich diejenigen, die ins Gefängnis gekommen sind, selbst dran Schuld waren. Das heißt, man will schon die Vorteile haben, einen Golf fahren, aber mit dem Unrecht sich auseinandersetzen will man nicht so richtig. Und je länger das andauert, umso schwieriger wird es werden, weil es dann auch mit der Aufarbeitung eine gewisse Unglaubwürdigkeit bekommt. Wenn man dann sagt: So spät, nun waren sie alle so lange Bürgermeister und in den Positionen, was müssen wir denen jetzt noch Schwierigkeiten machen? Ist doch schon so lange her, kann jetzt nicht mal Ruhe sein!? Aber wenn man sich dann mit denen unterhält, die auch eine andere Seite kennengelernt haben – und ich weiß, wie diese Menschen mit denen ringen, mit den Versorgungsämtern, mit den Verfahren, die bei den Sozialgerichten hängen und hängen, wie sie anrufen und jedes Mal schlottern, wenn wieder eine Verhandlung ist, wie sie von den Gutachtern behandelt werden – dann denke ich: diese Menschen werden nicht geschützt. Sie sind eine Gruppe, die stört. Die alt und irgendwie krank ist. Und wenn sie dann weggestorben sind, wenn die Opfer weg sind und die Täter, dann kann es irgendwann besser werden. Was mir gravierend auffällt: Bei all dem, was das Versorgungsamt bisher getan hat, wie das Versorgungsamt die Wende überlebt hat, wer da alles geblieben ist, wer dort weiterhin die Entscheidungen trifft, so wie auch im Sozialgericht Richter sitzen, die diese Urteile gesprochen

haben (...) – in diesem Feld bewegen sich all diejenigen, die in den Gefängnissen gesessen haben. Man muss dann verstehen, wenn die sagen, dass sie es zum zweiten Mal nicht geschafft haben. Sie sind einfach über die Zeit krank geworden. (...)

Wenn man die Opfer nach der Wende Ernst genommen hätte, wenn man ihnen Raum gegeben und ihnen zugehört hätte, wenn es also anders gewesen wäre als es war, dann bin ich sicher, wären wir jetzt auch an dem Punkt wo man sagen könnte, lasst uns doch mal kucken was toll war an der DDR. Selbst die, die Schlimmes erlebt haben, werden sich an ihre Kindheit erinnern, die werden sich nicht nur an Schule erinnern, die werden sich an vieles erinnern, was hier schön war. Aber jetzt ist es so, dass darüber nicht gesprochen wird. Der Raum, der jetzt gewollt wird für DDR-Alltagsgeschichte: Das ist ja richtig. Ich finde es manchmal zynisch, wenn ich höre, es war doch alles gut, wir waren doch glücklich. Aber dass man dann das andere nicht sehen will und nicht anerkennen will. Ich finde, bevor das Leid nicht wirklich anerkannt ist, die Schmerzen und die vielen tausend Lebensstunden, die Menschen verloren haben, mit ihren Kindern nicht zusammen sein konnten, nicht ihren Tee mit ihrem Mann trinken konnten, die an die Nähmaschine im Dreischichtsystem verbracht wurden, die sich mit Wärterinnen streiten mussten und gedemütigt wurden – das alles schrumpft ja zu dem Begriff Opfer. Und das darf eigentlich nicht passieren. Denn es ist viel mehr als „Opfer sein“, es ist die verlorene Lebenszeit.

SIBYLLE SCHÖNEMANN ist Filmemacherin und wurde im März 2011 in der Enquete als Zeitzeugin zum Thema Umgang mit Verfolgten und Benachteiligten gehört. Die Potsdamer Neuesten Nachrichten schrieben dazu unter anderem: Für die frühere DEFA-Regisseurin Schönemann war die Zeit im Stasi-Knast die schlimmste ihres Lebens. Erst vor wenigen Jahren zog sie, nach 20 Jahren in Hamburg, wieder zurück in ihre Heimatstadt. „Es ist ein schwerer Weg, wieder hier zu sein.“



Podium III: Katharina Doyé, Sibylle Schönemann, Carla Kniestedt, Christian Booß, Rainer Wagner

CLAUS LADNER

Über die Widerstände, wenn es um Aufarbeitung und Erinnerung vor Ort geht: Beispiel Gedenkstätte Lindenstraße

Einmal muss man feststellen, dass wir sehr intensiv darum kämpfen mussten, dass es überhaupt eine Gedenkstätte wurde. Auch gegen den Widerstand von vielen Stadtverordneten. Wir haben es damals – 1995 – mit der Fördergemeinschaft Lindenstraße eigentlich durch einen Coup geschafft. Wir haben damals ein Kunstwerk erworben und haben gesagt, das stellen wir in die Mitte des Hofes, dort wo es auch jetzt noch steht. Auch da gab es noch Widersprüche und Widerstände. Man wollte es dann irgendwo anders hinstellen, oder abstellen, wie der Künstler Wieland Förster dann auch sagte. Wir haben das dann aber durchgesetzt und es mit der Fördergemeinschaft geschafft, diese Gedenkstätte so zu manifestieren, dass sie nicht mehr abgeschafft werden konnte, dass sie weiterentwickelt werden musste. Wenn man dort vorbeikam, vor allem, als dann die Außenfassade renoviert wurde, als die Gefängnisgitter nach der Renovierung nicht wieder drangebracht wurden, gab es wieder einen Kampf darum, dass diese Gitter –jedenfalls im Erdgeschoss – wieder dran kamen. Damit die Leute, die von außerhalb kamen und die nicht wussten, dass hier ein Gefängnis mit dieser unheilvollen Geschichte durch viele Jahrzehnte war, merkten: das ist ein besonderes Gebäude. Es ist ja auch heute noch nicht so, dass die Beschriftung des Gebäudes und die Hinweise darauf so klar sind, dass man sagen kann, die Besucher werden auf dieses Gefängnis gelenkt. Das war ein ständiger Kampf, den wir geführt haben, mit großem Erfolg. Jetzt sind wir dabei, den Übergang zu einer kommunalen Stiftung zu schaffen, was letztlich bedeutet, dass die Finanzierung des Gebäudes und des Personals dann gesichert ist.

Was die Enquetekommission erreicht hat – und wo noch Nachholbedarf besteht

Ich halte die Arbeit insofern von ganz besonderer Bedeutung, weil sie durch die Gutachten eine Bestandsaufnahme vorgenommen hat (...). Aber ich halte es für besonders wichtig, dass die gesellschaftliche Anerkennung der Opfer endlich mal in Gang oder etwas intensiver in Gang gebracht wird. Das geschieht ja schon durch die Landesbeauftragte, aber es müsste natürlich noch viel, viel mehr geschehen. Dazu reicht es nicht aus – ich sage das mal etwas provokant – dass der Ministerpräsident einmal im Jahr die Opferverbände zu einem Empfang einlädt. Da muss mehr geschehen.

CLAUS PETER LADNER war ab September 1990 vom Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen an das Bezirksgericht Potsdam abgeordnet und leitete dort als Vorsitzender einen Senat für Verwaltungssachen und einen Strafrechtlichen Rehabilitierungssenat. Ende Juni 1993 wurde er zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts Potsdam ernannt. Er ist Mitautor des 1. Potsdamer Kommentars zum Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und des 2. Potsdamer Kommentars zum SED Unrechtsbereinigungsgesetz (berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung) sowie Mitautor des Kommentars zum Personalvertretungsgesetz in Brandenburg. Im Februar 1995 begründete er die Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“ mit, deren Vorsitzender er seit 2002 ist.

Christian Booß

Warum es notwendig war und ist, sich mit den Umbrüchen in der Brandenburger Landwirtschaft nach 1989 – und vor allem den Genossenschaften – auseinanderzusetzen

(...) Ich fand, das war ein wichtiges Thema in diesem Land. Es wurde vorhin ein Satz gesagt, bei dem ich doch gerne widersprechen würde: Wenn man durch die Märkische Heide schleiche, dann hätte man nicht den Eindruck, dass dort auf die Aufarbeitung und die Enquete gewartet wurde. Da würde ich dagegenhalten: Wenn man Brandenburg historisch betrachtet, dann haben nach dem Krieg über ein Drittel der Leute auf dem Land gewohnt, wenn man die kleinen Städte dazu zählt, über die Hälfte der Bevölkerung. Diese Generation hat eine gemeinsame Erfahrung: dass sie ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit in den 50er Jahren durch dramatische Umstrukturierungsprozesse beraubt worden ist, durch die Enteignung bzw. Kollektivierung des Mittelstandes, nicht nur des bäuerlichen, sondern auch in Handel und Gewerbe. Und wenn man heute – sofern die Leute nicht in den Westen ausgesiedelt sind – ‚durch die brandenburgische Heide schleicht‘ und mit den Leuten redet -der Brandenburger trägt sein Herz nicht eben auf der Zunge, das gebe ich zu, aber wenn man dafür ein bisschen Geduld und Zeit investiert – dann stellt man fest, dass diese Erfahrung in den Familiengeschichten sehr präsent ist. Was dem Großvater damals passiert ist, weiß jeder. Und jeder kann einem noch erzählen, wer damals die Kuh aus dem Stall geholt hat, was der zu DDR-Zeiten gemacht hat, und was er danach gemacht hat.

AUS DER DISKUSSION

Ich finde, das hat auch mit Aufarbeitung zu tun, sich mit dieser Enteignungsgeschichte zu beschäftigen, da geht es ja auch um Entmündigung, die Beschränkung der Selbstbestimmung. Es kann nicht nur um die Stasi-Geschichte gehen! Ich hatte ja das Vergnügen, zu der Vorbereitungsgruppe zu gehören, die interfraktionell die Enquete und den Antrag dazu vorbereitet hat. Wir waren uns damals relativ schnell im Klaren darüber, dass es nicht nur das Thema Stasi sein kann, sondern auch andere Themen berücksichtigt werden müssen, die den Brandenburger interessieren. Und da waren wir sehr schnell beim Thema Landwirtschaft.

Wir haben in der Enquete auch ganz gute Ergebnisse erzielt. Ich war jedenfalls überrascht. Ich hatte das lange nicht für möglich erachtet. Ich bin damals in den 1990er Jahren als Journalist oft beschimpft worden. Der Landesbauernverband ist immer über den Rundfunkrat vorstellig geworden, man möge doch endlich diese rbb-Klartext-Sendungen von Herrn Booß zum Thema LPG-Umwandlungen bleiben lassen. Ich sei ja ohnehin nur aus dem Westen und würde das alles nicht so richtig verstehen. Ich sei ein Feind der ostdeutschen Bauern, so wurde das wirklich gesagt. Insofern war ich schon sehr überrascht, dass wir ein akzeptables Ergebnis in der Enquete zustande bekommen haben. Es waren glückliche Umstände, die dazu geführt haben. Das hängt zum einen mit den Gutachten zusammen, die insgesamt, so glaube ich, alle ganz gut waren. Das Gutachten von Professor Walter Bayer von der Universität Jena hat wirklich Furore gemacht und hat uns vielleicht auch zu diesem Durchbruch verholfen. Dort wurden die LPG-Umwandlungen noch einmal genau unter die Lupe genommen. Sein Team hat dabei zwei Sachen gemacht, die in Brandenburg sehr ungewöhnlich sind: Er hat genau hingesehen, was im Gesetz steht. Und zweitens ist er zu den Gerichten, den Register- und Genossenschaftsgerichten, gegangen und hat gefragt: Ist das, was vom Gesetz vorgeschrieben war, auch angewendet worden? Das sind beides Fragestellungen, die in den 90er Jahren fast als illegitim galten. Da ist gesagt worden, es ist doch wichtig, dass die Betriebe weiter existieren und die Arbeitsplätze – egal, wie das zustande gekommen ist. Prof. Bayer hat aber festgestellt, dass bei vielen diese Betriebe etwas nicht in Ordnung ist. In ca. zehn Prozent der Fälle hängen die Betriebe eigentlich in der Luft (...), sie sind nicht rechtmäßig gegründet oder umgegründet worden, sie befinden sich teilweise in unerkannter Liquidation. Es ist relativ schwer, dieses Phänomen zu erklären. Das sind Eigentumsübertragungen, die nicht rechtmäßig stattgefunden haben.

Etwas stark vereinfacht: Stellen Sie sich vor: Ich klaue Ihr Auto, gehe zum Kfz-Amt und lasse mir einen Kfz-Brief ausstellen, fahre dann damit rum und sage, das ist jetzt meins. Und dann gehen Sie zur Polizei, sagen, der fährt mit meinem Auto herum, hier ist mein Kfz-Brief. Und dann sehen die auf dem Amt in ihren Computer und sagen, ihr Kfz-Brief ist doch erloschen, der gilt nicht mehr. Das ist jetzt das Auto von Herrn Booß, was wollen Sie hier eigentlich? Man kann das auch

vornehmer ausdrücken. Rechtstechnisch nennt man das eine nicht-identitätswahrende Umwandlung. Dazu gibt es inzwischen eine gefestigte höchstrichterliche BGH-Rechtsprechung.

Man kann sagen, mein Beispiel sei übertrieben, das ist in vielen Fällen subtiler abgelaufen. Aber ich kenne wirklich so ein drastisches Beispiel. Da bestand eine Genossenschaft aus 100 Mitgliedern. Dann gründete sich daneben ein neuer Betrieb mit 20 Leuten, der mit dem Vermögen der 100 Leute einfach weiterwirtschaftete, ohne diese gefragt zu haben. (...) Ich habe in den 90er Jahren darüber einen Artikel geschrieben und dort geschrieben, in Brandenburg ist es leichter einen Betrieb zu klauen als ein Auto. Und der Staat steht Schmiere dabei. Das ist nämlich das Dramatische, dass diese Umgründungen ins Genossenschaftsregister eingetragen worden sind. Das gehört seit 1990 wieder zur freiwilligen Gerichtsbarkeit und hat bei Gericht stattzufinden. Und die Damen und Herren in den Registern hätten eigentlich prüfen müssen, ob die Statuten und rechtlichen Bedingungen erfüllt worden sind, ob die Mehrheitsverhältnisse bei den Abstimmungen gegeben waren und so weiter. Aber dieses ist alles ist nicht richtig durchgeführt worden. Deswegen bin ich zu diesem Bild gekommen vom Staat, der Schmiere steht. Und deswegen finde ich, dass der Staat auch heute noch in der Verantwortung steht, hier etwas zu unternehmen. Kein Mensch von uns, die wir zum Thema Landwirtschaft in der Enquete zugearbeitet haben – wir sind da in der Enquete sehr ernsthaft vorgegangen, denn wir haben alle den agrarischen Umbruch von 1990 miterlebt, den damaligen dramatischen Verlust der Arbeitskräfte – hat Spaß daran, wenn Arbeitsplätze verloren gehen, wenn Betriebe kaputt gehen. Aber es kann nicht sein, dass Leute einfach mit Vermögen wirtschaften, das ihnen nicht gehört.

Bringt die in der Enquete formulierte Kritik am Brandenburger Weg in der Landwirtschaft den Betroffenen heute noch etwas?

Mir gefällt das gar nicht, wenn immer nur auf den Brandenburger Weg geschimpft wird. Ich bin mit der Landesgründung im Oktober 1990 als Korrespondent vom SFB in dieses Land geschickt worden. Damals gab es eine ganz andere Interpretation des Brandenburger Weges. Das war ein frischer Aufbruch, bei dem freilich die Leute mitgenommen werden sollten. Die etwas klebrige Variante des Brandenburger Weges, diese Sackgasse in die kleine DDR hinein, hat sich doch erst später entwickelt. Und worum es uns eigentlich mit dieser Enquete ein Stück weit ging, ist, dass wir diesen Mief der kleinen DDR wegblasen und dafür wieder diesen frischen Brandenburger Weg aktualisieren.

Eine Enquete kann nicht wirklich unmittelbar etwas durchsetzen. Aber sie kann die Tür aufmachen. Sie kann Denkanstöße geben und das machen, was in diesem Land wichtig ist: Die Tabus wegräumen. Dass überhaupt vernünftig über mögliche Alternativen geredet und ein Diskurs geführt wird.

AUS DER DISKUSSION

Dass die Leute, die sagen, mir ist hier Unrecht geschehen, nicht einfach weggebügelt werden. Ich denke, wir haben den Anfang für diesen Diskurs gelegt – und das andere wird sich zeigen. Wir werden ja sehen, ob die Vorschläge im Landtag umgesetzt werden. Ich kann bloß davor warnen, das nicht zu tun. Brandenburg gilt doch eher als verstaubt. Der Versuch war zu zeigen, hier ist inzwischen ein neues Brandenburg entstanden. Heute ist vom soziologischen Wandel die Rede gewesen, den man überall sehen kann: Babelsberg ist ein ganz anderes Babelsberg als früher, aber auch auf den Dörfern durchmischt sich alles anders. Auch die Dörfer haben nur mit frischem Zuzug eine Chance. Das wissen inzwischen die intelligenteren Bürgermeister und Gemeinderäte auch. Es gibt also ein neues Brandenburg, das braucht auch ein neues Feeling, ein neues Lebensgefühl und einen tabufreien Diskurs. Wenn wir dafür den Anstoß gegeben haben, haben wir schon eine Menge erreicht. Alles andere kann man nicht versprechen. Aber wenn jemand so dumm wäre, dieses Paket wieder aufzuschnüren und zu kippen, dann würde er dem Land sehr viel Schaden antun. Dann würde Brandenburg imagemäßig wieder ganz hinten stehen, während so die Chance besteht, einen Befreiungsschlag zu machen und eine neue Diskussionsebene und ein neues Image zu gewinnen. Und darum geht es eigentlich.

Christian Booß: geboren 1953 in Berlin (West), arbeitet als Projektkoordinator beim Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BStU). Er studierte Geschichte und Germanistik an der Freien Universität Berlin und arbeitete anschließend für den SFB und später für den ORB. Von 2001 bis 2006 war er Pressesprecher der BStU. Christian Booß war für die Enquete Gutachter zur Umwandlung derjenigen genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe, die keine LPG waren, und Anzuhörender zur Frage der MfS-Überprüfung von Rechtsanwälten in Brandenburg.

THORSTEN PURPS

Abwicklung der Bodenreform in Brandenburg – nicht ohne Grund ein Schwerpunkt der Enquetearbeit

(...) Ich habe mich ganz speziell mit der sehr, sehr pikanten Thematik Bodenreformigentum und Abwicklung der Bodenreform befasst. Der Brandenburger Weg ist auch da ein ganz besonderer gewesen, wie ich feststellen durfte. Dieser Weg betrifft in erster Linie die Fälle der sogenannten „anonymen Erben“, das sind die Erben, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht gefunden wurden. (...) Zum Thema Abwicklung der Bodenreform/Brandenburger Weg möchte ich die These aufstellen, dass das Land Brandenburg nicht nur einen Rückfall in rechtliche DDR-Standards zu verantworten hat, sondern dass es diese Standards sogar deutlich übertroffen hat. Das Land Brandenburg hat es tatsächlich geschafft, hier eine bestimmte Methode anzuwenden – die berühmte Bestellung von gesetzlichen Vertretern in eigener Sache – um in 10.208 Einzelfällen Bodenreformgrundstücke auf sich zu übertragen. Der Erfindungsreichtum, das muss man neidlos anerkennen, ist wirklich grandios, hat aber in der Qualität schon eine wirklich besondere Bedeutung. (...)

Ich hatte den Eindruck, dass bei den Parteien doch einige Vertreter waren, die Einiges etwas weichgespült haben. Das muss man mal ganz offen so sagen. Da fehlte teilweise der Wille, bei der Thematik Bodenreformabwicklung wirklich den Finger in die Wunde zu legen. Bei den Grünen war das genau das Gegenteil, die waren sehr engagiert, die haben sich die Mühe gegeben, teilweise komplizierte Fragen verständlich rüberzubringen. Mich hat es – muss ich ehrlich sagen – teilweise ein bisschen verwundert und verärgert, dass von einem Enquetemitglied so einfach und lapidar der Hinweis kam, „Schauen Sie mal, Herr Dr. Purps, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat doch im Jahr 2005 das Alles längst entschieden, jetzt nehmen Sie das doch mal hin, was da so geschehen ist!“. Dieser Einwand hat völlig ausgeblendet, dass der Brandenburger Weg, nämlich die vom Bundesgerichtshof als sittenwidrige Schädigung bezeichnete Verfahrensweise überhaupt nicht vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte thematisiert wurde. Das war dort überhaupt nicht Gegenstand. Das hat mir so ein bisschen gezeigt, dass bei einigen Vertretern in der Kommission – ich hatte das offen gesagt eher so ein bisschen bei den Linken verortet – ein gewisser Wille fehlte, da ein bisschen was beizutragen.

Aber ich möchte auch nicht falsch verstanden werden. Ich kann nur noch einmal sagen, dass die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zu dem Thema Abwicklung der Bodenreform sehr hilfreich sind. Das sind sehr konkrete Vorschläge. Ich wünsche mir – das ist ein Appell an die Landesregierung – einen würdigen Umgang mit den Handlungsempfehlungen, dass sie wirklich zum Zuge kommen.

AUS DER DISKUSSION

DR. THORSTEN PURPS, geboren 1961 in Dortmund, hat nach seinem Studium in Münster (Westfalen) und dem Referendariat in Hamm seine Tätigkeit als Prozessanwalt 1992 in Potsdam aufgenommen. Als Lehrbeauftragter an der Universität Potsdam, Sachverständiger bei der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages und Prozessanwalt vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie dem UN-Menschenrechtsausschuss ist er mit allen Facetten des Wiedervereinigungsrechts vertraut. In über 40 Publikationen hat er sich intensiv mit Fragen des Wiedervereinigungsrechts befasst. Zuletzt erschien sein vielbeachtetes Buch: *Vom Staat enterbt: Die Bodenreformaffäre – eine Skandalchronik aus dem Land Brandenburg*.



Podium III: Dr. Thorsten Purps, Katharina Doyé

KATHARINA DOYÉ

Vergangenheitsaufarbeitung als Prozess begreifen, nicht als einmaligen Akt

Dass es überhaupt zu dieser Enquetekommission gekommen ist, war schon ein mittleres Wunder. Ich habe das sehr begrüßt und mit viel innerer Anteilnahme und Spannung die ganze Zeit begleitet. (...) Ich bin froh, dass das jetzt endlich stattgefunden hat. Wie auch immer das jetzt mit dem Landtagsbeschluss ausgeht: Eine Enquetekommission ist, so lange sie agiert, auch meinungsbildend, nicht nur für die Abgeordneten, die versuchen, sich eine Meinung zu verschaffen, sondern sie ermöglicht ja auch eine Meinungsbildung im Land selbst, je nachdem, wie die Medien das transportieren. Das wird jetzt irgendwann enden und das ist erstmal bedauerlich. Jetzt ist die Frage, die uns alle umtreibt, wie das weitertransportiert wird, wie das weiter am Köcheln bleibt, wie es weiter aufgenommen und umgesetzt wird. Einerseits die ganz konkreten Anregungen, die da sind. Und andererseits auch immer wieder die Diskussion darüber... : es wurde ja bereits gesagt, dass es Vergangenheitsaufarbeitung nicht als einen Akt an sich gibt, sondern dass das immer ein Prozess ist, der sich fortsetzt und der mit uns Menschen zu tun hat, mit unserer Vita, mit unseren Entwicklungen.

Aufarbeitung und Auseinandersetzung in der Schule: Die Mühen der Ebene

Ich komme aus der Bürgerbewegung, war dann im Bildungsministerium und bin jetzt als Quereinsteigerin Lehrerin. Ich habe zwischenzeitlich Lehrerfortbildungen gemacht, ich habe außerschulische Jugendbildung gemacht, bin auch in die Schulen gegangen – und habe immer dieses Thema Vergangenheitsaufarbeitung/Förderung demokratischer Kultur gehabt, so war das bei Marianne Birthler, als ich in einem Sonderreferat des Ministeriums arbeitete. Das hat mich nie losgelassen. Und auch jetzt frage ich in meiner Arbeit, wie ich das weiter umsetzen und verwirklichen kann. Da wird es schwieriger, das sind dann die Mühen der Ebene.

Ich bin Religionslehrerin, das heißt, ich habe in Theologie und Pädagogik ausgebildet worden bin. Ich bin da im Kollegium immer so ein bisschen eine Sonderfigur. Ich bin an zwei Schulen. Grundsätzlich gibt es eine Offenheit gegenüber den Dingen, die ich da mache. Ich bin gerade an einer Grundschule. Mein Versuch, mit Kindern der fünften und sechsten Klasse, Geschichtsdetektive zu entwickeln, Kinder und eben nicht Gymnasiasten, Auszubildende und Studenten an das Thema Vergangenheitsaufarbeitung und Geschichte heranzuführen, ist für mich eine ziemliche Herausforderung.

Man begegnet mir in gewissem Sinne mit Wohlwollen – ja, mach mal, wenn Du Dir diesen Job aufhalsen willst und die viele Arbeit und Mühe – aber gleichzeitig erlebe ich auch ein großes Schei-

AUS DER DISKUSSION

tern an der Schule, die 1000 Euro für meine Projektarbeit eingesetzt hat, wo wir eine Arbeitsgemeinschaft haben mit interessierten Schülern, aber wo die Fertigstellung des Projekts an ganz einfachen Dingen scheitert: Man kriegt den Stundenplan nicht so hin, dass wir das machen können. Und diese Erfahrung ist dann einfach bitter.

Ich hoffe aber, dass das ein bisschen weitergeht, dass vielleicht Kolleginnen und Kollegen da mal Interesse zeigen. Das ist schwierig. Es gibt ja nicht so viele Geschichtslehrerinnen oder Geschichtslehrer an Grundschulen, die dann auch noch dafür offen sind, in solche Themen hineinzugehen. Ich habe es an beiden Schulen, an denen ich tätig bin, geschafft, dass mal Zeitzeugen kommen konnten, das Thema bearbeitet haben, alle sehr begeistert waren – aber das wurde nicht fortgesetzt. Das wäre ja möglich gewesen. Woran das im Einzelnen liegt? Das ist auch eine Überforderung und Überarbeitung der Kollegen, das muss man auch mal so sagen. Man kann nicht alles immer auf die Lehrer abschieben, sie sind nicht die Sozialarbeiter der Gesellschaft. Es gibt viele andere Schwierigkeiten, die sie stemmen müssen. Gleichzeitig sehe ich aber auch, dass eine Fortbildung, eine Motivation von Pädagoginnen und Pädagogen ganz nötig ist – und auch Hilfen.

KATHARINA DOYÈ hat als interessierte Bürgerin die Enquete von Anfang an begleitet. Sie war unter Marianne Birthler im Ministerium für Bildung, Jugend und Soziales mit dem Thema Aufarbeitung befasst. Als Diplom-Religionspädagogin und Gemeindepädagogin engagiert sie sich für Schülerprojekte, in denen für die Thematik Diktatur/Demokratie und DDR sensibilisiert werden soll.

RAINER WAGNER

Zu den Problemen der Verfolgten und Benachteiligten Opfern der SED-Diktatur

(...) Die Heimkinder sind eine Opfergruppe. Eine Gruppe, die erst in letzter Zeit ins Auge gerückt ist, die man fast 20 Jahre fast total übersehen hat. Insofern gab es überall diesen Brandenburger Weg: 20 Jahre Kopf in den Sand. Und jetzt, nachdem einige die Traumatisierungen stückweise zur Seite legen konnten, um sich zu Wort zu melden, rückt diese Gruppe plötzlich in die Öffentlichkeit. Als Dachverband sehen wir, dass gerade in den letzten Jahren Opfergruppen deutlich geworden sind, die man früher überhaupt nicht als Opfer eingeschätzt hat. Da kommen die zwangsadoptierten Kinder, die sich auch nicht zu Wort melden konnten und deren Mütter oder wen es an Verwandtschaft gab durch Traumatisierung auch nicht gesprochen haben. (...) Aber dieses Wort Opfer,

das ist für mich insgesamt ein Problem. Heute ist derjenige Opfer, der auf dem Schulhof gehackt wird. Es ist ein Schimpfwort für die gesamte Jugend. (...)

Was die Enquetekommission erreicht hat, was nicht – und was jetzt zu tun ist

Ich will diese Enquetekommission nicht grundsätzlich kritisieren. Dass sie vor allem die Bodenreformopfer mit ins Auge genommen hat, ist eine längst überfällige Sache. (...) In einer breiten Mentalität der Ostdeutschen sind es die Krautjunker, die 200 Jahre die Leute ausbeuteten und denen die russischen Befreier mit Recht ihr Eigentum weggenommen haben. Diese Sicht hat sich hier in einer bestimmten Bevölkerungsklasse eingebürgert und ist leider über Schulen und Medien bei den Leuten eingepflegt. Das ist eigentlich eine Katastrophe.

Ich möchte noch auf ein paar andere Dinge hinweisen. Es sind einmal die neuen, ins Auge gekommenen Opfergruppen. Eine ist, so denke ich, auch im Enquetebericht erwähnt worden: Die Opfer der Militärjustiz in der DDR, die sich auch jetzt erst zu Wort melden konnten. Das waren ja keine politischen Aktivisten, die den Staat umstürzen wollten, genauso wenig wie die Kinder im Kinderheim, aber sie sind in eine Rolle hineingepresst worden, die sie zu Opfern macht. Das ist, so denke ich, eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft: Diesen Menschen endlich auch Genugtuung zu geben. Es ist eine Katastrophe, dass die Eliten der früheren DDR – ob sie jetzt noch im Beruf sind, wo man an besonders sensiblen Stellen noch mal untersuchen muss, oder ob sie in Pension gehen – im Prinzip alle ausgesorgt haben und über einen relativ hohen Wohlstand verfügen, während die, die wir Opfer nennen, zum großen Teil ins soziale Abseits driften. Einmal dadurch, dass sie sich im Prinzip nichts zulegen konnten, zum anderen dadurch, dass sie gesundheitlich durch Traumatisierung und Re-Traumatisierung, die durch Ungerechtigkeiten nach der Wende neu eingetreten ist, so geschädigt sind. Hierzu sind einige Dinge im Abschlussbericht erwähnt. Allerdings bezweifle ich ganz stark, dass es viel über eine Willensbekundung, der vielleicht der Landtag zustimmt, hinausgeht. Die Dinge, die hier mit Recht erwähnt werden – wie zum Beispiel der Härtefallfonds – wären sehr wünschenswert. Aber es sind bald Wahlen, und nach den Wahlen muss man sich den Aufgaben der Gesellschaft neu stellen. Es wäre auch eine Chance, aber ich glaube nicht, dass man viele Wähler damit gewinnen wird und danach werden die Interessen anderer Wählergruppen wieder mehr in den Mittelpunkt rücken. (...) Ich könnte mir auch ein anderes trauriges Szenario vorstellen: Es wird alles gut archiviert, vielleicht auch Einiges von den Beiträgen. Und in fünf oder zehn Jahren wird jemand eine Doktorarbeit schreiben können, in Auswertung all des Sachverstands, der in die Enquetekommission reingekommen ist. (...)

Mein Wunsch wäre, dass die Betroffenen selbst mit ihren berechtigten Wünschen deutlicher zu Gehör kommen – und nicht nur wachsweiß gespülte Äußerungen, die dann jeder noch einmal

AUS DER DISKUSSION

auslegen kann. Wenn die letzten Volkskammerbeschlüsse verwirklicht worden wären, dann wären die meisten Opfer schon ziemlich befriedigt. Doch die kennt ja kaum noch einer. (...)

Der Härtefallfonds wäre mit Sicherheit eine wichtige und gute Sache, weil sehr Vieles überhaupt nicht anders zu machen ist. Dann die kostenfreie Widerspruchslösung: Ich selbst habe an meiner gesundheitlichen Rehabilitierung 20 Jahre gearbeitet, bis es so in etwa geklappt hat. Und das in Süddeutschland. Da hat mich der Gutachter gefragt, nachdem ich Atteste vom Institut für Folteropfer hatte, wo sind Sie denn je gefoltert worden? Mit 15 Jahren Gefängnis! Das war ja keine Folter, das war ein Pionierlager oder so etwas. (...) Dann die Qualifikation der Gutachter: Das wäre auch eine Aufgabe für Brandenburg, das aufzunehmen über den Bundesrat. Diese Dinge sind schon oft genannt und erwähnt worden – und oft gescheitert. Die stehen bestimmt auch schon in Dissertationen als früher angedachte Möglichkeiten. Die institutionelle Förderung von Verbänden und Initiativen ist gut und wichtig, aber noch viel wichtiger ist, dass das soziale Problem der Opfer geklärt wird. Es gibt – und da berufe ich mich auch auf Wissenschaftler der Universität Jena – klare Aussagen, dass mindestens 30 Prozent sozialer Rückstand der Betroffenen gegenüber den Eliten der ehemaligen DDR bleibt. Also: Im schlechtesten Fall wird das eine Sache für weitere Historikergenerationen, im besten Fall werden einige Dinge verwirklicht. Mir liegt am Herzen, weil hier vielfältige Opfergruppen auch im Publikum vertreten sind, dass man die einzelnen Betroffenen nicht übersieht. Auch nicht die, die nach der Wende in Probleme, die aufgrund des Rechtsstaats mit neuen Ungerechtigkeiten für Opfergruppen entstanden sind, hineingeraten sind – wie zum Beispiel die DDR-Flüchtlinge oder auch diejenigen, die die Häftlingspension bekommen, die nicht einmal dem Inflationsausgleich unterliegt, aber vom Gehalt abgezogen wird, obwohl das gegen Recht und Gesetz ist.

RAINER WAGNER, Religionspädagoge, wurde 1951 geboren. Er war von 1967 bis 1969 in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert und ist seit 2007 Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG). Als Dachverband zahlreicher Initiativen mit thematischem Bezug hat die UOKG die Enquete vor Ort und durch Pressearbeit aktiv begleitet.



Vor der Debatte ist nach der Debatte: Angeregte Diskussionen im Anschluss an das Symposium.

WENN SIE MEHR WISSEN WOLLEN: TIPPS FÜR DAS SURFEN IM INTERNET

Auf den Seiten unserer Fraktion finden Sie zahlreiche Informationen zu den Themen DDR-Aufarbeitung und Enquetekommission. www.gruene-fraktion-brandenburg.de/themen/enquete-aufarbeitung

Auf den offiziellen Internetseiten des Landtags zur Enquete sind alle Gutachten und Protokolle, die rechtlichen Grundlagen der Kommission, Umfrageergebnisse und weitere Hintergründe abrufbar. www.enquete-kommission-aufarbeitung.de

Der mehr als 400 Seiten umfassende Abschlussbericht der Kommission steht in der Parlamentsdokumentation zum Nachlesen oder zum Download zur Verfügung.

www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_8500/8500.pdf

Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

www.aufarbeitung.brandenburg.de

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam: www.zzf-pdm.de

Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg: www.politische-bildung-brandenburg.de

Landesarchiv Brandenburg: www.landeshauptarchiv-brandenburg.de

Gedenkstätte Lindenstraße 54 in Potsdam: www.potsdam.de/content/gedenkstaette-lindenstrasse-fuer-die-opfer-politischer-gewalt-im-20-jahrhundert

Fördergemeinschaft Lindenstraße: www.foerdergemeinschaft-lindenstrasse.de

Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam

www.gedenkstaette-leistikowstrasse.de/inhalt/index.html

Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder)

www.museum-viadrina.de/Ausstellungen/15_Gedenkstaette.htm

Menschenrechtszentrum Cottbus: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de

Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V. in Eisenhüttenstadt: www.alltagskultur-ddr.de

DDR-Museum Perleberg: www.ddr-museum-perleberg.de

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten: www.stiftung-bg.de

Ehemaliges NVA-Militärgefängnis Schwedt: www.militaergefaengnis-schwedt.de

BStU-Außenstelle Frankfurt (Oder): www.bstu.bund.de/DE/InDerRegion/Frankfurt/_node.html

Beauftragter für die Stasiunterlagen: www.bstu.bund.de

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

Robert-Havemann-Gesellschaft: www.havemann-gesellschaft.de

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft: www.uokg.de

Vereinigung der Opfer des Stalinismus: www.vos-ev.de

www.gruene-fraktion-brandenburg.de